Courier.

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

15. Jahrgang. 1911. 15. Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Allgemeines.

Artikel.

	Seite
Straßenbilder	10
Vom Kesseltreiben der Scharfmacher	21
Moabit und seine Helden (Rückblick auf den Prozeß)	22
Das Elend des Goldes	30
Stinnes und Moabit	33
Wo bleibt die preußische Wahlrechtsreform?	34
Ein Rückblick auf das Jahr 1910 . . 34, 65,	125
Opfer der Stinnesschen Scharfmacher (Moabit)	41
Preußische Erziehung der Massen	41
Preußische Verkehrsreaktion (Schiffahrtsabgaben) 48, 59, 83,	101
Berliner Bibliothekstag	49
Die ortsüblichen Tagelöhne	53
Großkapitalistische Menschheitsbeglücker	53
Ende der Moabiter Revolution (Preßstimmen)	58
Stinnes und Moabit	81
Hygiene-Ausstellung und Gewerkschaften	82
Der § 18 des preußischen Wasserstraßengesetzes	93
Der Mensch ist keine Ware	105
Zur Beitragsfrage in Berlin	106
Schwindelkassen	108
Die Staatsanwaltschaft ist die Hilfstruppe der Polizei (Dr. Halpert)	113
Schmeißfliegen (Nachklänge vom Moabiter System)	116
Ueber unsere Kraft (Groß- und Kleinbetrieb)	129
Wer schafft das Gold zu Tage	130
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Aachen	132
Die Entwicklung der Arbeitslöhne	139
Vom Berliner Straßenverkehr	139
Um Freiheit und Recht	141
Der internationale Charakter der Hafenarbeit	154
Moabit (Urteil und Folgerungen)	156
Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis	166
Ein Schreckensurteil in Bremen	167
700 Millionen neuer Lasten (N. V. O.)	173
Aus der Reichsversicherungs-Kommission	174
Menschheits-Ostern	177
Die lästigen Arbeiter	178
Nicht Zunft — Verband	189
Viersen: Christlich-katholische Verleumdungen	191
Streik bei der A. E.-G. in Berlin	192
Maientag	197
Ausnahmegesetze gegen Konsumvereine	206
Spiegelfechterei	209
Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Mannheims vor 20 Jahren und jetzt	211
Polizeiverordnung (Nahrungsmittel)	211
Beendeter Streik bei der A. E.-G. in Berlin	212
Der „Süddeutsche" gegen uns	221
Konkurrenz	222
Hochverräter an den Arbeiterinteressen	233
Gemeingefährlicher Eigensinn (Hafenarbeiterstreik 1896/97)	241
Christliche Arbeitervertretung	242
Gewerkschaftliche Notwendigkeit	245
Die Entwicklung der Arbeitslöhne von 1903 bis 1910	247
Richter gegen Gewerkschaften	254
Fischzug des bayrischen Arbeitgeberverbandes	254
Lage der Transportarbeiter in den U. S. of A.	261
Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910	273
Wandern (einst und jetzt)	285
Wo bleiben die Arbeitergroschen? (Hafenbote)	289
Die Arbeiter im Holzhandel	290
Gegen das Koalitionsrecht	313
Der Niedergang des Klerikalismus	330
Papierne Rechte	340
Die Zusammensetzung der katholischen Arbeitervereine	341
Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch 385, 373,	361
Leistungen der freien Gewerkschaften	363
Gelegenheitsarbeiter	364
Die Ortskrankenkassen im Jahre 1910	364
18. Deutscher Ortskrankenkassentag	365
Vom „Wohltun"	378
Ultramontane Verratspolitik	411
Krankenkassenzersplitterungskassen	412
Panzerplattenpatriotenkriegshetzerpresse gegen uns	413
Die Bergmann-Elektrizitäts-Gesellschaft	437
Zum Parteitag in Jena	445
Die Steigerung der Arbeitslöhne im Handels- und Verkehrsgewerbe in den Jahren 1903 bis 1909 in Deutschland 458,	446
Die Entwicklung der Verkehrseinrichtungen	449
Die Gewerkschaften als Kulturhebel	457
Der gewerbliche Arbeitsvertrag 505, 493, 481,	469
Die staatliche Streikbrecherorganisation	486
Weltenwende	506
Material für ein neues Zuchthausgesetz	507
Unsere Gauorganisation im 1. Halbjahr 1911	517
Deutsches Volk hungere weiter	519
Gewerkschaften und Reichstagswahl	520
Die Alkoholfrage	521
Die moralische Wirkung der Schutzzollpolitik	530
Dichtung und Wahrheit (Unternehmerverbände)	531
Die Ursachen der Volksarmut	541
Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen des D. T. A. im 1. Halbjahr 1911	566
Fürstliche Kohlenhändler	569
Fleisch- und Brotpreise in Deutschland und im Auslande	593
Friede auf Erden	601
Eine Sylvester-Rückschau	613
Jahreswende	614
1910 errang der Verband 4 145 000 Mk. Lohnaufbesserungen	209
Bürgerliche Wertschätzung der Gewerkschaftsbewegung	217
3 279 796 Stunden Arbeitszeitverkürzung 1910	221
Tarifabschlüsse des Verbandes 1910	233
Das Koalitionsrecht	241
Die deutsche sozialdemokratische Parteipresse	244
Erfolg der Verbands-Arbeitsnachweise	245
Gütergemeinschaft (Humes)	255
Unterstützungswesen im D. T. V.	261
Der Sozialismus ist...	279
Der christliche Sozialismus ist nicht ausgezogen	285
Zentrumskrankenkasse in Beuthen	288
Kindererziehung amerikanischer Milliardäre	288
Was will die Zeit? (Kopfleiste)	289
Abonnentenversicherung ist Schwindel	300
Lloyd George über Klassenjustiz	300
Alkohol als Todesursache (Preußen 1909)	348
Am 1. Juli 1911 sind **175 200** Mitglieder vorhanden	349
Die Leistungen der freien Gewerkschaften	361
Klagen aus der Heilanstalt Beelitz	372
19 Millionen Mark (freie Gewerkschaften)	373
Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter	375
39,117,666 Mk. Unterstützungen	385
Aufforderung zur Agitation	433
Pflicht eines klassenbewußten Arbeiters	445
Appell an die Rekruten	469
Die allgemeinen Reichstagswahlen	481
Transportarbeiterkalender	492
186,500 Mitglieder am 1. 10. 1911	493
Rote Kranzschleifen und Normalempfinden	504
476 Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1911	505
Großkapitalistische Verbrecher	516
Erfolge unseres Verbandes im ersten Halbjahr 529,	517
Am 12. Januar ist Reichstagswahl (Kopfleiste)	528
Am 12. Januar wird Quittung ausgestellt (Kopfleiste)	545
Kauft Lenau (Buchhandlung Courier)	552
Alle fünf Jahre	557
Das Wahlrecht zum Reichstag...	566
Der Sieg... (Reichstagswahl)	571
Auf die Schanzen (Reichstagswahl)	581
Die Schulden des Reichs und der Bundesstaaten	600
Aus dem „Geistesleben" eines amerikanischen Milliardärs	623

Notizen.

	Seite
Berlin, Polizeiverordnung über Fahrstraßen	8
Alkohol- und Nikotinvergiftung der Kinder	12
Arbeiter meidet den Schnaps	17
Ein tückischer Anschlag auf die Krankenkassen	28
Miete und Einkommen	32
Aufreizung zu Gewalttätigkeiten („Arbeitgeber-Zeitung")	35
„Courier", Auflage 150 000 (Kopfleiste)	45
Erziehung ist eine demokratische Aufgabe	47
Wohlfahrtseinrichtungen sind Handschellen	52
Ultramontaner Terrorismus	64
Berlin hat 40 000 Mitglieder	65
Paul Singer †	69
Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat 152 500 Mitglieder (Ende 1910)	70
Zeugen gesucht („Bremer Bürgerzeitung")	87
Alkohol und Wahnsinn	100
Zur Beitragsfrage in Berlin	125
Hamburg hat 30 000 Mitglieder	164
Betriebsvertrauensleute kontrolliert	167
Der Deutsche Transportarbeiterverband im ersten Quartal 1911	173
Appell für das Verbandshaus zu steuern	179
Appell zur Kontrolle der Einkassierer	185
600 Mitglieder in Memel	186
1. April 1911: Transportarbeiterverband zählt 164 000 Mitglieder	189
Vom Schnapsboykott	196
Umsätze der G. E. G.	196
Einladung zum Gewerkschaftskongreß	196

Soziales und soziale Gesetzgebung.

	Seite
Die Erhebungen betr. Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe . . 2, 14, 22, 36, 53, 59, 83,	94
Mutterschutz und Säuglingsernährung	9
Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission	15
Armenwesen	16
Reichsgericht entscheidet, daß Gefälligkeitsdienste evtl. gewerbliche Betriebsleistungen sind	17
Schaustellergehilfen verlangen Unterstellung unter die Sozialgesetzgebung	19
Kutscher können sich an das Sehen mit einem Auge gewöhnen (Entsch. d. Reichsvers.)	25
Ein tückischer Anschlag auf die Krankenkassen	28
Reichsversicherungsordnung und Gewerbekrankheiten	29
Der Arbeitslohn und seine gesetzliche Regelung	31
Die Unfallgefahren (Kaiserl. Statistisches Amt)	32
Miete und Einkommen (Statistik)	32

Seite

Aus der Reichsversicherungskommission 37, 48, 60, 96, 108, 120, 132, 142
Wohnungsfürsorge in deutschen Städten . . . 42
Nationalliberale und Sozialpolitik (Nationalliberale und Gelbe) 43
Krankenversicherung im Jahre 1909 43
Der erste Verkünder des internationalen Arbeiterschutzes 43
Fahrstuhlbetrieb ist versicherungspflichtig . . . 50
Die ortsüblichen Tagelöhne 53
Der erste deutsche Frauentag 96, 61
Frankfurt a. M., Aus dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung 75
Unfall bei Gefälligkeitsarbeit — Unfallrente zuerkannt 76
Hygiene-Ausstellung und Gewerkschaften . . . 82
Der Heimweg der Zeitungsausträger ist Dienstzeit (Schiedsgericht der Pfalz) 85
Ein nicht entschädigungspflichtiger Betriebsunfall 86
Genossenschaftliche Gartenstadt 89
Erblindung durch Heben schwerer Lasten als entschädigungspflichtiger Unfall anerkannt . . 99
Beuthen, Beanstandete Vertreterwahl zur Krankenkasse 100
Alkohol und Wahnsinn 100
Schwindelkassen-Praktiken 108
Sind Bierfahrer Handlungsgehilfen (Entgegenstehende Urteile) 109
Unfall bei Gefälligkeitsarbeit — Betriebsunfall (Reichsversicherungsamt) 112
Ein neuer Zentrumsschwindel (Gewerbeordnungskommission) 117
Die Invalidenversicherung im Jahre 1909 . . 126
Ueber 700 Millionen neuer Lasten (Reichsversicherungsordnung 130, 142
Ermüdung der Arbeiter als hauptsächliche Ursache der Betriebsunfälle 139
Fahrstuhl-Unfall, Entschädigungsklage abgewiesen 135
Das Familienleben des Hafenarbeiters 154
700 Millionen neuer Lasten (R. V. O.) . . 173
Aus der Reichsversicherungs-Kommission . 174, 179
Der Arbeiter hat die Unfallentschädigung bei privaten Versicherungsverträgen zu beanspruchen 178
Sklavenkontrakt der „Germania" 187
Das sozialpolitische Mäntelchen der Warenhäuser 188
Der Betrug mit der Witwen- und Waisenversicherung 223
Reichsversicherungsordnung und die Arbeiterinnen 246
Aus Gewerbeinspektor-Berichten 252
Zentrumskrankenkasse in Beuthen 288
Kampf um die Rente (Chauffeur) 293
Abonnentenversicherung (Feierabend) 300
Fuhrwerksbetrieb im Baugewerbe (Unfälle 2c.) 305
Die Arbeitersekretariate im Jahre 1910 . . . 314
„Belastung der Industrie" durch sozialpolitische Gesetze 315
Die Wirkung der „letzten" Reichsfinanzaufbesserung 341
Die Verdrängung des Menschen durch die Maschine 341
Errichtung einer Volksfürsorgekasse 349
Eine feine Krankenunterstützungskasse 352
Die Ortskrankenkassen im Jahre 1910 364
18. Deutscher Ortskrankenkassentag 365
Vom „Wohltun" (Margarethentag) 378
Die neue Reichsversicherungsordnung . . 387, 399
Der Jammer des Unfallversicherungsgesetzes . 392
Liebesgaben an die Landwirtschaft (Arbeiterversicherung) 400
Entwicklung der Invalidenversicherung 400
Steigerung der Lebensmittelpreise 402
Krankenkassenzersplitterungskassen 412
Fuhrwerks-Berufsgenossenschafts-Jubiläum . . 421
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 437
Entlastung der Armenpflege durch die Arbeiterversicherung 448
Ursache und Wirkung der Betriebsunfälle . . 449
Aus der Unfallversicherung (zwei Fälle) . . . 450
Der gewerbliche Arbeitsvertrag . 469, 481, 493, 505
Im Kampf um die Unfallrente 482
Jahresbericht der Hafeninspektion (1910) . 486, 494
Erfüllungsort für die Krankenfürsorge . . . 497
Eisenbahn haftet bei Unfällen für mangelhafte Beschaffenheit des Güterschuppens 497
Uebertretung von Unfallverhütungsvorschriften . 497
Die Erhöhung der Lebenskosten 504
Krampfanfälle als Unfallfolge 509
Zuckersteuer und Salzsteuer 516
Teuerung und Konsumvereine 521
Die Alkoholfrage 521
Karlsruhe, Zuständigkeit der Gewerbe-Inspektion 550
Steinkirchen, Ihr laßt den Armen schuldig werden 550
Gefahren des Fuhrmannsberufes (Unfallrente) 570
Staub ins Auge — Unfall anerkannt 571
Teuerungszulage der Berliner Brauereien . . 581
Sozialpolitik des Hauses A. Wertheim . . . 591
Karlsruhe, Von der Gewerbeinspektion . 592
Fleisch- und Brotpreise in Deutschland und im Auslande 593
Alkohol und Sterblichkeit 600
Freiherr von Ketteler 602
Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910 . . . . . 603, 615
Geht es den Einfuhrscheinen an den Kragen? . 611
Gleiwitz, Ortskrankenkassenwahlsieg . . . 611
Jugendgerichte 617
Vom Schlachtfeld der Arbeit 618
Ueber die gerechte Bemessung von Geldstrafen . 619

Aus der Polizei- und Gerichtspraxis.

Seite

Dank von der Polizei in Braunschweig (Verbrecherverfolgung mit Auto) 3
Auch Gefälligkeitsdienste sind evtl. gewerbliche Betriebsleistungen 17
Landgericht Köln entscheidet, daß Stempelkosten den Automobilführern zu Unrecht auferlegt wurden 18
Moabit und seine Helden (Rückblick auf den Prozeß) 22
Kutscher können sich an das Sehen mit einem Auge gewöhnen (Entscheidung des Reichsversicherungsamts) 25
Reichsgericht: Weitgehende Haftung der Autobesitzer 25
Reichsgericht: Was der Verkehr unbedingt vom Automobilisten fordert 25
Kollision zwischen Leiterwagen und Auto (Wiesbaden) 25
Aerzte unterstehen nicht der Gewerbeordnung (Automobilführer) 26
Leipzig: Die Fensterputzerunternehmer gegen Sängerlaub. S. freigesprochen 26
Hamburg, Gewerbegericht (Unterschied zwischen Lösch- und Ladearbeit nicht anerkannt) 27
Polizeibehörde und neuer Führerschein . . . 36
Landfriedensbruch — 20 Mk. Geldstrafe (Streik bei Apothekergesellschaft) 37
§ 153 in Leipzig (Fensterputzer) 39
Opfer der Stinnesschen Scharfmacherei (Moabit) 41
Stempelkosten (Automobilführer; Kritik der „Gründe") 46
Hafenbetriebsverein gegen Hafenarbeiterverband 49
Das schrittfahrende Automobil (Kammergericht) 50
Die Elberfelder Polizei schikaniert die Autoführer 50
Elberfeld, Regierungspräsident weist Beschwerde gegen Gewerbegericht ab (Fensterputzer) 50
Unfall bei Gefälligkeitsarbeit (Schadenersatz abgewiesen) Düsseldorf 52
Fahrlässige Tötung (Kutscher) Leipzig . . 52
Fahrlässige Tötung (Freispruch) Schweidnitz 52
Ende der Moabiter Revolution (Preßstimmen) . 58
Die erforderlichen Eigenschaften der Chauffeure (Reichsgericht) 86
Schutzleute und Gendarme als Zeugen gegen Chauffeure 95
Unrichtige Messung der Wegstrecke (bei Strafverfügung gegen Autoführer) 95
Polizistenhöflichkeit in Berlin (Ein „liberaler" Cauffeur) 97
Drei Stunden 26 Minuten Haft (Ordnung muß sind) 98
Fahrlässige Tötung (Reichsgericht) Zuruf genügt nicht 99
Der Eid des Schutzmannes (Kuriosa aus Elberfeld-Barmen) 109
Hallesche Polizeiverordnung ist rechtsgültig . 110
Schutzmannseide (Automobilführer) 121
Das Nummernschild der Autos ist eine Urkunde 121
Der Hamburger Polizeiherr über Autoverkehr . 121
Seine Hoheit — der Schutzmann (Uebergriffe der Polizei in München) 143
Der Amtsvorsteher und sein Gendari (Autosache) 143
Elberfeld-Barmen, Polizei gegen Chauffeure 144
Chauffeur wird bestraft, weil die Straße nicht beleuchtet ist (Reichsgericht) 144
Moabit (Urteil und Folgerungen) 156
Chauffeur wird freigesprochen trotz Rauchentwicklung 156
Chauffeur muß seine Schuldlosigkeit beweisen (Urteil) 157
Der Hafenbetriebsverein darf Arbeiter verhungern lassen (Urteil) 158
Ein Schreckensurteil in Bremen 166
Ungenaue Kündigungs-Klausel im Tarif (Bremen) 168
Trunkenheit ist Entlassungsgrund (G. G.) . . 171
Urteil über Droschkenkutscher-Höflichkeit . . 181
Freispruch des Kollegen S. in Leipzig . . 183
Betriebsunfall — höhere Gewalt 2c. (Autodroschke) 187
Bonn, Ein aufdringlicher Kontorbote und Packer 188
Chemnitz, Ein unbegreifliches Urteil (Markthelfer, Ueberarbeit) 195
Omnibus-Gesellschaft haftet für Verschulden ihrer Chauffeure 201
Denkzettel für haltlose Strafverfügung (Auto) . 201
Gericht konstatiert Tarifbruch der Hafenunternehmer (Hamburg) 201
Widerspruch in den Kündigungsbedingungen hebt Vereinbarung auf 203
Gratulation ist keine Bettelei 203
Schadenersatzklage der „Hansa" gegen Transportarbeiter-Verband abgewiesen 205
Kaufmann Ziegler in Berlin macht falsche Aussagen 212
Verurteilter prügelnder Unternehmer (Auto) . 213
Verlorene Führerscheine (Geldschneiderei) . . . 213
Verurteilter Droschkenführer (wegen Blechmarke am Bahnhof) 213
Unternehmer haftet bei ungenügendem Zugang zum Heuboden 215
Wert der Polizei-Aufzeichnungen (Freispruch des Kollegen Z.) 220
Zwei Urteile über fahrlässige Tötung (Auto) . 224
Erkämpftes Zeugnis (Auto) 235
Haftpflichtprozeß (Auto) 235
Der Schutzmann als Gedächtniskünstler (Freispruch — Auto) 236
Aerztliches Zeugnis nicht stempelpflichtig (O.-L.-Gericht Köln — Auto) 236
Der erste (Droschkenführer) braucht nicht auf dem Bock zu sitzen 236

Seite

Cottbus, Kaninchenfutter — Unterschlagung 239
Steglitz, Wegen Befolgung einer Polizeiverordnung — angeklagt 248
Breslau, Aufrechnung ist nicht zulässig (G. G.) 249
Vorsicht beim Rückwärtsfahren mit Automobilen 258
Frankfurt a. M., Hungerlöhne verstoßen gegen die guten Sitten (G. G.) 259
Magdeburg, Bildung rechtfertigt Beleidigungen 271
Kattowitz, Polizei kennt Versammlungsrecht nicht und fühlt sich beleidigt 288
15 km zu schnell bei Dunkelheit und Schlüpfrigkeit der Straße 293
Vorstrafen und Fahrerlaubnis (Chauffeur) . . 293
Oberlandesgericht Düsseldorf und Ladenschluß . 296
Cottbus, Polizei und frühstückende Kutscher . 298
Posen, Streikvergehen 300
Hafenbetriebsverein kontra Hafenarbeiterverband 306, 377
Gesetzentwurf gegen das Koalitionsrecht . . . 313
Berlin, Zwei freisprechende Urteile (Automobilsache) 319
Reichsverband gegen uns (Urteil gegen Lindow) 324
Posen, Urteil gegen Studzies 324
Keine „Arbeitswilligen"beleidigung 324
Zwei Reichsgerichtsurteile (Autosachen) . . . 330
Zwei Urteile aus Hamburg (Lastautomobilskandal) 331
Erfurt, Verurteilungen aus § 153 der G. O. 334
Erfurt, Verurteilung wegen (erlaubten) Streikpostenstehens 335
Der Kampf ums tägliche Brot 337
Ein unverständiges „Stempel"-Urteil (Auto) . . 354
Hamburg, Fahrlässige Tötung (Hafenarbeiter) 366
Eine wichtige Kammergerichtsentscheidung . . . 367
Posen, Korrigiertes Schöffenurteil 369
Elberfeld-Barmen, Ein unglaubwürdiger Schutzmann 381
Schwarze-Listen-Prozesse 389
Moter-Schleifen-Prozeß in Cöln 391
Kein Betriebsunfall (Reichsversicherungs-Amt) . 392
Im Namen des Königs (Urteil gegen Lindow) 396
Fahrscheinentziehung (Autosache) 402
Auslegung des neuen Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen 403
Dresden, Streikbrecher vor Gericht 403
Angebliche Verletzung des § 18 der Bundesratsverordnung 403
Scheuen der Pferde, Sehvermögen der Chauffeure 403
Schadenersatzanspruch des Eigentümers gegen den Führer 403
Hamburg, Usance rechtsgültig (G. G.) . . 404
Berlin, Gelegenheitsarbeiter vor Gewerbegericht 405
Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen 416
Berlin, Volle-Justiz 417
Chemnitz, Streikprozesse 417
Trier, Polizei kennt nicht Versammlungsrecht 418
Posen, Gegen Streikfünder 420
Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes 420
Dresden, Droschkenbesitzerterror vor Gericht . 422
Es gibt keine besseren Verteidiger als die Richter 428
Altona, Ausweisung eines Chauffeurs . . 438
Erfurt, Streikfünderfreispruch 454
Die oberschlesische Polizei und das Reichsvereinsgesetz 456
Berlin, Polizeipräsidium und Geschwindigkeitsmesser 464
Bierrevolten in Gleiwitz 465
Altona, Gewerbegericht gegen Kai- und Lagerhausgesellschaft 466
Hamburg, Pünktlichkeit beim Arbeitsantritt (G. G.) 488
Zusammenstoß zwischen Kohlenwagen und Trambahn 497
Zwei Verkehrsfragen 497
Ueber das Stehenlassen der Wagen auf der Straße 498
Rote Kranzschleifen und Normalempfinden . . 504
Urteil über die Geschäftsherreneigenschaft . . 510
Zweierlei Urteile bei Attentat auf Automobil . 510
Cottbus, Ein Rollwagen darf nicht Trab fahren 513
Halle, Was einem Polizisten geglaubt wird . 514
Das Automobilgesetz vor dem Reichsgericht . . 523
Fahrlässige Tötung, Freispruch weil Unfall . . 523
Zwei Freisprüche (Versagen der Steuerung usw.) 523
Der Zentrumstransportarbeiterverband auf der Anklagebank 542, 554
Spielende Kinder und die Gefahren der Straße 546
Gericht und Polizei sind Kameraden 546
Polizei und Richter-Streik 555
Zuchthauskurs ohne Zuchthausgesetz in Duisburg 557
Beleuchtung der Autoerkennungszeichen 558
Passantendummheiten 558
Fahrlässige Tötung 558
Urteil über einen Autofallensteller Heroldsberg 559
Interessantes Urteil über Haftpflicht 559
Es lebe die „Gerechtigkeit" und koste es einen Herzschlag 559
Es irrt der Schutzmann, solang er strebt . . . 571
Urteil über Haftung (Auto) 571
Haftet der Bierkutscher für Außenstände? . . . 571
Duisburger Polizeiübergriffe 572
Der Eid des Streikbrechers 572
Unfall bei der Herkomerfahrt 581
Tierhalterhaftung oder Automobilhaftung . . . 593
Kinderspiel ist keine „höhere" Gewalt 593
Plakatpolizeiverordnung und Gastwirt 593
Erfolgreiche Berufung (Autosache) 593
Chauffeurverschuldung und Besitzerhaftung . . 594
Wichtige Entscheidung (Lohnforderung) . . . 594
Reeder haften bei schlechtem Material 595
Wer den Prinzen zum Zeugen hat 605
Entscheidung über Sehschärfe der Chauffeure . . 605
Fahrlässige Tötung — drei Wochen 605

Seite

Steglitz, Ungültige Polizeiverordnung . . 606
Gleiwitz, Erst ein Jahr, dann ein Monat Gefängnis 609
Halle, Ein Richter gegen die frivole Anwendung des § 153 609
Ueber die gerechte Bemessung der Geldstrafen . 619
Kann gegen einen Arbeiterverband wegen Bruch des Tarifvertrages auf Schadenersatz geklagt werden? 619
Chauffeur ist verantwortlich für Loch in der Chaussee 620
Die Kassierer der Versicherungsgesellschaften sind Gewerbegehilfen 621
Berlin, Schweinerichterstreikfünder 621

Aus der Volkswirtschaft.

Artikel.

Das Elend des Geldes 30
Rückblick auf das Jahr 1910 . . . . 34, 65, 125
Wohnungsfürsorge in deutschen Städten . . . 42
Krankenversicherung im Jahre 1909 43
Der erste Verkünder des internationalen Arbeiterschutzes 43
Fleischpreise in Berlin 1902 bis 1909 44
Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Jahrzehnt (1901 bis 1910) 97
Ueber unsere Kraft (Groß- und Kleinbetriebe 2c.) 129
Wer schafft das Gold zu Tage (Banken, Unternehmer, Arbeiter) 130
Die Entwicklung der Arbeitslöhne 139
Vom Berliner Straßenverkehr 139
Konsumvereinbesteuerung, Tonnengeld 199
Kaigebühren in Hamburg (Die letzten . . .) . . 211
Die wirtschaftliche Lage der Mannheimer Arbeiter 218
Arbeitslöhne und Preise in Amerika 222
Konkurrenz 223
Der wirtschaftliche Untergrund der Witwenversicherung 247
Die Entwicklung der Arbeitslöhne von 1903 bis 1910 341
Die Wirkung der „letzten" Reichsfinanzaufbesserung 341
Die Verdrängung des Menschen durch die Maschine 352
Besteuerung des Volkes durch die kapitalistischen Syndikate 402
Steigerung der Lebensmittelpreise 433
Verbandsstatistik 435
Der Hungersnot entgegen 437
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 458
Die Steigerung der Arbeitslöhne im Handels- und Verkehrsgewerbe in den Jahren 1903 bis 1909 in Deutschland 446,
Wirtschaftliche Uebersicht (Poolstreitigkeiten, glänzende Profite in Aussicht) 463
Wirtschaftliche Uebersicht 483
Der Einfluß der Konjunktur auf die Lohnkämpfe 509
Teurung und Konsumvereine 521
Die moralische Wirkung der Schutzzollpolitik . . 530
Die Ursachen der Volksarmut 541
Wirtschaftliche Rundschau (Hunger) 570
Fleisch- und Brotpreise in Deutschland und im Auslande 593
Tarifverträge im Deutschen Reiche im Jahre 1910 603, 615

Notizen.

Miete und Einkommen (Statistik) 32
Vom Londoner Verkehr 32
Der Heidelberger Stadtrat und die Fleischnot . 32
Tribut an die Junker 128
Höhe der Löhne und Kosten der Lebenshaltung in England, Deutschland und Frankreich . 136
Geschäftsergebnisse der Warenhäuser 146
Neuinvestierungen im Verkehrsgewerbe . . . 147
Der Welthandel im Jahre 1910 175
Das Exportgeschäft in der elektrotechnischen Industrie 175
Der Riß im Kohlensyndikat 175
Belebung des Güterverkehrs 175
Indirekte Steuern 176
Tietz, Geschäftsbericht 187
Umsätze der G. E. G. 1910 196
Wie Proletarier leben 218
Starke Belebung des Güterverkehrs 218
Automobilstatistik 235
Kohlen- und Eisenproduktion 1910 242
Lebensmittelpreise und Haushaltungskosten . . 242
Steigerung der Brotpreise 242
Auslandabsatz der elektrotechnischen Industrie . 252
Geschäftsgang in der elektrotechnischen Industrie 306
Dividenden und Kurse der Chemischen Industrie 307
Kapitalerhöhungen im Bankgewerbe 307
Hamburgs Seehandel im Jahre 1910 316
Mehl- und Brotpreise 316
Das Niveau der Lebensmittelpreise 317
Ergebnisse der Kraftfahrzeugindustrie 354
Hitze und Arbeitsmarkt 426
Vom Weltmarkt 427
Die Heringspreise 427
Steigender Nahrungsmittelaufwand 427
Die Erhöhung der Lebenskosten 504
Zucker- und Salzsteuer 516
Geschäftsergebnisse der Hamburger Brauereien . 581
Die Schulden des Reichs und der Bundesstaaten 600
Geht es den Einfuhrscheinen an den Kragen . . 611
Die Lebensmittelteurung in amtlicher Beleuchtung 624
Die Preisschraube 624

Genossenschaftsbewegung.

Milanino (Genossenschaftliche Gartenstadt) . . 89
Bekanntmachung des Tarifamts 112
Besteuerung der Konsumvereine 138
Internationale Konsumvereins-Statistik 139

Seite

Das belgische Genossenschaftswesen 140
Umsätze der G. E. G. 1910 196
Konsumvereinsbesteuerung in Hamburg . . . 199
Eine Muster-Konsumgenossenschaft („Produktion") 200
Ausnahmegesetze gegen Konsumvereine . . . 206
Tarif-Amts-Sitzung 29. 4. 1911 228
Die G. E. G. 1910 (Artikel) 229
Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1910 292
Achter Genossenschaftstag des Z. d. K. . . . 302
Die britische Genossenschaftsbewegung im Jahre 1910 379
Das Genossenschaftswesen in Deutschland . . . 450
Konsumverein Leipzig-Plagwitz 482
Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend . . 499
Teuerung und Konsumvereine 521
Tarif-Amts-Sitzung 14. 12. 1911 611

Gewerkschaftsbewegung.

Aus der Amerikanischen Gewerkschaftsbewegung 17
Finanzgebahrung der englischen Gewerkschaften . 17
Die potugiesischen Transportarbeiter gaben eine Zeitung heraus 28
Geschichte der Bergarbeiter 30
Stinnes und Moabit 33
Rückblick auf das Jahr 1910 . . . 34, 65, 125
Die Organisation der Binnenschiffer des Rheins im Jahre 1910 35
Ein Jahr der Arbeitskämpfe 44
Notschrei der Unternehmer (Unternehmer im Transportgewerbe gegen uns) 45, 57
„Wohlfahrtseinrichtungen" sind Handschellen . . 52
Christentarif bei Kaisers Kaffeegeschäft . . . 69
Stinnes und Moabit 81
Gewerkschaften und Hygiene-Ausstellung . . . 82
Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1910 126
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Aachen . . 132
Der Transportarbeiterverband in Wyk auf Föhr 162
Koalitionsrecht in Theorie und Praxis . . . 165
Brauereiarbeiterverband kontra Transportarbeiterverband 167
Der Deutsche Transportarbeiterverband im ersten Quartal 1911 173
Die Handelskammer in Brandenburg a. d. Havel gegen den Deutschen Transportarbeiterverband 185
Nicht Zunft — Verband 189
Viersen, Christlich-katholische Verleumdungen 191
Unternehmerklage auf Schadenersatz abgewiesen . 205
Spiegelfechterei 209
Bürgerliche Wertschätzung 217
Der „Südwestdeutsche" gegen den D. T. V. . . 221
Tarifamts-Sitzung 29. 4. 1911 228
Zur Verhinderung zu großer Fluktuation . . . 229
Gemeingefährlicher Eigensinn (1896/97 Hafenarbeiter) 241
Gewerkschaftliche Notwendigkeiten 245
Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 273
Ein Agitator, wie er nicht sein soll (Wollermann vom Fabrikarbeiter-Verband) 291
Die internationale Gewerkschaftsbewegung 1909 293
Zum Gewerkschaftskongreß 301
Erfolge in Halle a. d. Saale 306
Gesetzentwurf gegen das Koalitionsrecht . . . 313
Die Arbeitersekretariate im Jahre 1910 . . . 314
Belastung der Industrie durch Sozialpolitik usw. 315
Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftskongresses 325, 337
Unsere Gauorganisation im 2. Halbjahr 1910 . 326
Der Kampf ums tägliche Brot 338
Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch 361, 373, 385
Leistungen der freien Gewerkschaften 363
Transportarbeiterstreiks in England 391
Eine gründliche Abfuhr der Scharfmacherei (Fuhrhalter/Südwestdeutsche) 397
Panzerplattenpatriotenkriegshetzerpresse gegen uns 413
Unsere Statistik 433
Die Steigerung der Arbeitslöhne im Handels- und Verkehrsgewerbe in den Jahren 1903 bis 1909 in Deutschland 446, 458
Die Gewerkschaftsbewegung als Kulturhebel . . 457
Eine christliche Schandtat in München (Lagerhaus) 460, 484, 543
Die staatliche Streikbrecherorganisation 486
Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen (1910) 496
Material für ein neues Zuchthausgesetz . . . 507
Der Einfluß der Konjunktur auf die Lohnkämpfe 509
Stuttgart, Auf zur Winteragitation . . 516
Unsere Gauorganisation im 1. Halbjahr 1911 . 517
Gewerkschaften und Reichstagswahl 520
„Gewerkschaft" gegen „Courier" 535
Der Zentrumstransportarbeiterverband auf der Anklagebank 542, 554
Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen des Transportarbeiterverbandes im ersten Halbjahr 1911 566
Gründung einer Zahlzelle in Lenggries . . . 576
Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910 . . . . . 603, 615
Tarifamts-Sitzung 14. 12. 1911 611
Reichsverband, Nationalliberale, Antisemiten und Zuchthausvorlage 614
Der achte internationale Gewerkschaftsbericht . 617
Vom Schlachtfeld der Arbeit 618
Ein Arbeiterverband kann wegen Tarifbruch nicht auf Schadenersatz verklagt werden 619
Christliche Phrase, christliche Taten 624

Aus dem Kampf mit den Unternehmer-Vereinigungen.

Vom Hafenbetriebsverein (Beschäftigung im November 1910) 4

Seite

Vom Kesseltreiben der Scharfmacher (Südwestdeutsche Arbeitgeber-Zeitung sucht Material) 21
Hafenbetriebsverein schreibt dem Hafenboten den Text vor 26
Dresdener Droschkenbesitzer und schwarze Listen 18, 38
Flußschiffermission im Dienst der Unternehmer (Elbe) 39
Ein Notschrei der Scharfmacher (Unternehmer im Transportgewerbe gegen uns) 45, 57
Dresdener Droschkenbesitzer terrorisieren . . . 62
Kieler Fensterputzerunternehmer terrorisieren . . 62
Spar- und Kautionskasse bei Gebr. v. Streit (Berlin) 74
Singer-Nähmaschine gegen die Organisation . . 75
Postelwitz ein Schifferpastor abgeblitzt . . 87
Schweißfliegen (Moabiter Nachklänge) 116
Ein neuer Zentrumsschwindel 117
Reeder wollen Hafen mit „begehrlichen" Arbeitern boykottieren 122
H. A. L. und H. B. V. wollen die Zwangskasse auf Schiffsreiniger ausdehnen . . . 145
Bremen, Unternehmersöldling blamiert sich . 148
Die Machtmittel des Hafenbetriebsvereins in Hamburg 153
Schwarze Listen (Verein Berliner Papiergroßhändler) 202
Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona . 218
Der „Südwestdeutsche" gegen uns . . 221
Schwarze Listen (Verein Berliner Papiergroßhändler) 225
Dresden, Zur Aushungerung der Droschkenführer 236
Karlsruhe, Terrorismus des „Südwestdeutschen" 240
Die „Südwestdeutsche A.-Z." für den Terrorismus 251
Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins 328, 339, 351
Die Arbeitgeberverbände Anfang 1911 329
Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das Handelsgewerbe in Breslau 333
Bericht des bayrischen Arbeitgeberverbandes . . 334
Stärkung des Kriegsfonds 352
Der Terrorismus der Unternehmer 389
Eine gründliche Abfuhr der Scharfmacherei (Fuhrhalter gegen Südwestdeutsche) 397
Dresden, Droschkenbesitzerterror vor Gericht . 422
Christen bekommen Unternehmerfußtritte . . . 427
Fuhrhalter gegen Südwestdeutschen Wolff . . . 529
Dichtung und Wahrheit (Unternehmerverbändebestrebungen) 531
Die dumme „Hansa" (Gelbe) 576
Die Streikversicherung der deutschen Unternehmer im Jahre 1910 618

Aus gegnerischen Arbeiter-Organisationen.

Berg vom „Kraftwagenführer" über unsere Unterstützungseinrichtungen und unsere Antwort 6
München-Gladbach in der Klemme . . 16
Der „Hafenbote" eine Unternehmerzeitung . . 26
Bankerott des Christlichen Transportarbeiterverbandes 32
Christliche Gewerkschaften sind Zentrumsgewerkschaften (Bad. Beob.) 32
Nationalliberale und Gelbe (Tafel über Sozialpolitik) 43
Syndikalisten in Schweden 44
Christentarif bei Kaisers Kaffeegeschäft 69
Schwindeleien des „Hafenboten" 70
Christlicher Arbeiterverrat in Elsfleth 86
Die Christen in Frankfurt a. M. segeln unter falschem Namen 159
Christliche Maulhelden in Elberfeld-Barmen . . 182
Viersen, Christlich-katholische Verleumdungen 191
Christliche Arbeitervertretung 242
Christlicher „Erfolg" — Schwindel (Transportarbeiter) 252
Posen, Polnische Quertreiber 259
Ein Kulturdokument christlicher Arbeitervertretung 316
Ultramontane Verratspolitik 411
Christen bekommen Unternehmerfußtritte . . . 427
Eine christliche Schandtat in München (Lagerhaus) 460, 484, 543
Der Zentrumstransportarbeiterverband auf der Anklagebank 542, 554
Christliche Phrasen und christliche Taten . . . 624

Aus dem Auslande.

Klassenjustiz in Frankreich (Durand, Sekretär der Kohlenarbeiter in Havre) 5
Kritische Situation der finnländischen Hafenarbeiter 6
Streik der Chauffeure und Expreßleute in New-York 9
Der internationale Arbeiterschutz im Transportgewerbe 13
Neue Bahnen für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung 17
Finanzgebarung der englischen Gewerkschaften 17
Die portugiesischen Transportarbeiter geben eine Zeitung heraus 28
Syndikalisten in Schweden 44
Kopenhagen, Sechsuhr-Ladenschluß . . 52
Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1910 126
Gründung des bulgarischen Transportarbeiterverbandes 136
Schweiz: Chauffeure organisieren sich modern 168
Streiks in den französischen Häfen . . 180
Hafenarbeiterbewegung in Belgien . . . 180
Hafenarbeiterbewegung in U. S. of A. . . . 180
Französische Sammelbüchse (Hafenarbeiter) 201
Arbeitslöhne und Preise in Amerika . . 218
Vertrag der Hafenarbeiter (Australien) . 219
Holland: Hafenarbeiterbewegung 219

Seite

Schweden: Erfolgreiche Bewegung (Hafenarbeiter) . . . 219
Finnland: Kampf der Hafenarbeiter für ihre Organisation . . . 219
Konferenz in Brüssel: Hafenarbeiter, Transportarbeiter usw. . . . 249
Organisationstätigkeit der Hafenarbeiter in New-York . . . 249
Ausstand der Hafenarbeiter in Oporto und Gaya . . . 249
Jahresbericht der holländischen Hafenarbeiter (Algemeene Bond) . . . 249
Streik der Schiffskesselreiniger in Antwerpen . . . 269
Die internationale Gewerkschaftsbewegung in 1909 . . . 293
Portugal: Chauffeure gegen ungerechte Gesetze . . . 294
Portugal: Tarif der Hafenarbeiter . . . 295
England: Schutz der Handelsangestellten . . . 297
Schweiz: Lohnbewegung der Transportarbeiter . . . 299
Wien: Lohnbewegung der Transportarbeiter . . . 299
Wien: Autounfallstatistik . . . 320
Die britische Genossenschaftsbewegung im Jahre 1910 . . . 379
Transportarbeiterstreiks in England . . . 391
London: Zählung der Automobile . . . 392
Zum Generalstreik in England . . . 409
Hafenarbeiterstreik in Calais . . . 416
Der britische Gewerkschaftskongreß über den Transportarbeiterstreik in England . . . 447
Wien: Leiden und Freuden der Chauffeure . . . 464
England: Das Automobil als Streikbrecher . . . 465
Dünkirchen: Sauvage †. Nachruf . . . 466
Weltenwende . . . 506
Die Streikbewegung in Großbritannien . . . 507
Wien: 20 Jahre Handelsarbeiterorganisation . . . 524
London: 6000 Chauffeure streiken . . . 535
Paris: Chauffeurstreik . . . 606
Luxemburg: Gründung einer Mitgliedschaft des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes . . . 610
Der achte internationale Gewerkschaftsbericht . . . 617
Rotterdam: Christlicher Verrat . . . 620

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Artikel.

Dank von der Polizei in Braunschweig (Verbrecherverfolgung) . . . 3
Berufs- oder Standesinteressen . . . 18
Grundsätze der Polizeibehörde bei der Erteilung des neuen Führerscheins . . . 36
Stempellasten (Kritik an den „Gründen") . . . 46
Auch Schutzleute oder Gendarms können sich irren . . . 95
Strafverfügungen (Unrichtige Messung der Wegstrecke) . . . 95
Herr von Strosser und Genossen (Preußischer Landtag) . . . 131
Der Amtsvorsteher von Glienicke (Zu schnelles Fahren) . . . 143
Erfolgreiche Lohnbewegung in Dresden . . . 192
Der Siegeszug des Automobils I und II . . . 265, 277
Dresden, Chauffeurstreik beendet . . . 267
Automobilbremsen usw. (Feuilleton) . . . 274
Chauffeurschulen . . . 280
Die Kraftquellen des Automobils (Feuilleton) 314, 350, 398, 434, 506
Nummerhandel in Berlin . . . 363
Eine Abfuhr des „Kartells" . . . 377
Die Autostrolcherei und ihre Ursachen . . . 389
Die Notwendigkeit von Geschwindigkeitsmessern an Automobilen (Feuilleton) . . . 458
Päpstlicher als der Papst (Stempel in Elberfeld) . . . 460
Zur Frage der Stellenvermittlung . . . 470
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Automobilführer . . . 486, 498, 508
Berliner Automobilausstellung . . . 530, 568
Männerstolz . . . 544
Die Chauffeure und die Reichstagswahl . . . 589
Streik in Königsberg gegen die Polizei . . . 590

Notizen.

Stempel müssen bezahlt werden (Finanzminister) . . . 5
Berliner Automobilführer protestieren gegen Finanzminister . . . 5
Automobilzählung in Berlin . . . 6
Berlin: Zwei Monat Gefängnis wegen Betrugs (Nichteinschaltung) . . . 6
Berlin: Berg vom „Kraftwagenführer" über unsere Unterstützungseinrichtungen und unsere Antwort . . . 6
Berlin: Helm gründet Krankenkasse. Seid gewarnt! . . . 18
Landgericht Köln entscheidet, daß Stempel kostenfrei sind . . . 18
Fahrlässigkeit: Unmittelbar hinter Straßenbahn fahren . . . 18
Düsseldorfer Behörde erhebt auch 3 Mk. für den Stempel auf Führerschein . . . 25
Die weitgehende Haftung bei Unglücksfällen . . . 25
Was der Verkehr unbedingt fordert (Reichsgerichtsurteil) . . . 25
Kollission zwischen Leiterwagen und Automobil . . . 25
Aerzte unterstehen nicht der Gewerbeordnung . . . 26
Auswahl des Chauffeurs („technisches" Zeugnis genügt nicht) . . . 38
Berlin: Lohnbewegung der Kraftdroschkenführer . . . 50
Das schrittfahrende Automobil (Kammergericht) . . . 50

Seite

Die Elberfelder Polizei schikaniert die Automobilführer . . . 50
Berlin: Amtliche Sachverständige . . . 61
Mitgliederzahl in Berlin . . . 61
„Politisch-Neutral" (Kartell, pp. . . .) . . . 61
Hamburg: Feindschaft gegen Auto (Köhler M. d. R.) . . . 61
Ein Monat Gefängnis für zu große Schnelligkeit (Leipzig) . . . 61
Autounglück in Berlin — 60 Mk. Monatsgehalt ohne Station . . . 71
Der Besitzer muß sich um die Vorschriften kümmern (G. G. Hamburg) . . . 71
Die Harburger Kollegen entscheiden sich für den Verband . . . 71
Ein nicht entschädigungspflichtiger Betriebsunfall . . . 85
Die Haftpflichtversicherung macht unschuldige Kollegen brotlos . . . 86
Düsseldorf, Anrufstellen für Motordroschken . . . 86
Düsseldorf, Streik beim „Autoverkehr" . . . 86
Die erforderlichen Eigenschaften der Chauffeure (Reichsgericht) . . . 86
Polizistenhöflichkeit in Berlin (ein „liberaler) Chauffeur) . . . 97
Berlin, Autoführer sind die ersten, die 60 Pf. Wochenbeitrag entrichten . . . 98
Berlin, Gastwirt Lange schikaniert und denunziert Autoführer . . . 98
Führerschein-Erneuerung . . . 109
Der Eid des Schutzmannes (Kuriosa aus Elberfeld-Barmen) . . . 109
Zulassung erhöhter Fahrgeschwindigkeit im Regierungsbezirk Düsseldorf . . . 109
Unfall beim Platzen des Reifens . . . 109
Berlin, Vortrag über Chauffeur und Schutzmann vor Gericht . . . 120
Schutzmannseide . . . 121
Das Nummernschild ist Urkunde . . . 121
Abgeblitzte Hausagrarier in Hamburg (Polizeiherr über Autoverkehr) . . . 121
Hannover, Vierzig Mark Monatslohn bei den Norgelith-Werken . . . 133
Harburg, Herr Fach vom „Kartell" sucht Dumme . . . 133
Hamburg, Herrn Fach schwimmen die Felle davon . . . 133
Düsseldorf, Unternehmer wollen uns Tarif (Unikum) aufdrängen . . . 144
Elberfeld-Barmen, Erst mit Gummischlauch bedroht, dann wegen „Unterschlagung" verhaftet und wie ein Verbrecher behandelt . . . 144
Elberfeld-Barmen, Polizei macht Publikum gegen uns scharf . . . 144
Fahrlässige Tötung (6 Monate Gefängnis) . . . 144
Fahrlässige Körperverletzung. Chauffeur wird bestraft weil die Straße nicht beleuchtet ist . . . 144
Chauffeur freigesprochen trotz Rauchentwicklung . . . 156
Das Auge des Kraftwagenführers . . . 157
Gendarmeriewachtmeister Goldbach (Langsam fahren) . . . 165
Ein Chauffeur muß beweisen, daß er unschuldig ist (Urteil) . . . 165
Köln, Die Lage der Droschkenchauffeure . . . 165
Entziehung des Führerscheins . . . 168
Anträge an die Magistrate der Städte, Nürnberg-Fürth . . . 168
Chauffeure der Schweiz organisieren sich modern . . . 168
Anschluß der Hamburger Privat-Chauffeure . . . 181
Ein Chauffeur belehrt einen Landrichter, Hamburg . . . 181
Betriebsunfall — höhere Gewalt 2c. . . . 187
Ein vernünftiges Urteil (Freispruch — Haftpflicht . . . 192
Alkoholgenuß, Ursache fahrlässiger Tötung . . . 193
Reptilienorgane („Chauffeur" gegen uns) . . . 200
Die Omnibus-Gesellschaft haftet für Verschulden ihrer Chauffeure . . . 201
Streik bei der Gesellschaft „Düsseldorfer Autoverkehr" . . . 201
Denkzettel für haltlose Strafverfügung . . . 201
Kaufmann Ziegler in Berlin macht falsche Aussagen . . . 212
Berliner Branchenversammlung protestiert gegen die zu lange Arbeitszeit . . . 213
Ein roher Patron (Unternehmer prügelt) . . . 213
Kommunale Fahrschulen . . . 213
Verloren gegangener Führerschein (Geldschneiderei) . . . 213
Kommunale Fahrschule gesichert? . . . 224
Der „Kraftwagenführer"-Dünkel . . . 224
Lohnbewegung der Dresdener Droschken-Chauffeure . . . 224
Besitzer wegen fahrlässiger Tötung bestraft . . . 224
Fahrlässige Tötung . . . 224
Appell an die Privat-Chaffeure . . . 229
Erkämpftes Zeugnis (Berlin) . . . 235
Wo gibt es die meisten Automobile (Statistik) . . . 235
Schadenersatz (Haftpflichtprozeß) . . . 235
Chauffeure gesucht, die den D. T.-V. nicht angehören, Dresden . . . 235
Beendeter Streik, Düsseldorf . . . 235
Der Schutzmann als Gedächtniskünstler, Hamburg . . . 236
Zeugnisstempel nicht kostenpflichtig (Oberlandesgericht) . . . 236
Zwei Chauffeure getötet — Folgen der staatlichen Ueberschußwirtschaft . . . 236
Die „Automobilwelt" hetzt gegen die „Strolche" . . . 247
Die blödsinnige Steglitzer Polizeiverordnung . . . 248
Zum Streik in Dresden . . . 248
Berliner Verkehrsstatistik (Unglücksfälle) . . . 258
Leipziger Volkszeitung und wir . . . 258
Vorsicht beim Rückwärtsfahren . . . 258
Dunkelheit und Schlüpfrigkeit der Straße — 15 km zu schnell (Urteil) . . . 293

Seite

Vorstrafen und Fahrerlaubnis . . . 293
Kampf um die Rente . . . 293
Streik und Tarif in Stuttgart . . . 294
„Autostrolche" . . . 307
Ein Chauffeur, der übelriechende Gase auspufft . . . 308
Berlin, Zwei freisprechende Urteile (Fahrlässige Körperverletzung usw.) . . . 319
Düren, Der Oberbürgermeister sucht Denunzianten . . . 320
Wien, Zur Unfallstatistik . . . 320
Zwei Reichsgerichtsurteile (Fahrlässige Tötung) . . . 330
Zwei Urteile aus Hamburg (Geräusch der Lastwagen) . . . 331
Baden, Atteste für Chauffeurlehrer . . . 331
Leipzig, Schrittfahrende Autos . . . 331
München, Fortbildungskursus . . . 331, 403
Staatlich subventionierte sozialdemokratische Autos . . . 331
Der geschäftsführende Journalist Helm . . . 331
Wer den Zulassungsschein nicht bei sich hat wird bestraft . . . 343
Konkurrenzneid (Hamburger und Altonaer Gesellschaften) . . . 343
Die Stempelabgabe ist zu Unrecht erhoben (Oberlandesgericht) . . . 343
Berlin, Arbeitsnachweis und Chauffeurschulen . . . 353
Unfallstatistik . . . 354
„Kraftwagenführer" gegen „Vorwärts" . . . 354
Ein unverständiges „Stempel"-Urteil . . . 354
„Kartell" und „Genossenschaft" . . . 354
Ergebnisse der Fahrzeugindustrie . . . 354
Die strolchende „Automobilwelt" . . . 354
Amtliche Sachverständige in der Pfalz . . . 355
Kraftwagenzählung in Paris . . . 355
Kapitalismus und Flieger . . . 355
Höflichkeit — und koste es die Selbstachtung . . . 365
Der „Kraftwagen" anerkennt den Interessengegensatz zwischen Chauffeuren und Besitzern . . . 366
Wie sich die Wiesbadener vor Strafmandaten schützen . . . 366
Halle, Illustration zum Elend der Chauffeur-„Schulen" . . . 380
Attentat auf ein Automobil . . . 392
München, Vermehrung der Autodroschken . . . 392
London, Zählung der Automobile . . . 392
Der „Hauptpunkt" des Allg. Chauffeur-Clubs Berlin . . . 392
Wie man Mitglied der „Chauffeur-Genossenschaft" wird . . . 392
Fahrscheinentziehung . . . 402
Auslegung des neuen Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen . . . 403
Dresden, Streikbrecher vor Gericht . . . 403
Angebliche Verletzung des § 18 der Bundesratsverordnung . . . 403
Gerichtsurteile (Sehvermögen, Scheuen der Pferde) . . . 403
Schadenersatzanspruch des Eigentümers gegen den Führer . . . 403
Das „Kartell" gegen uns (Magdeburg) . . . 414
Hamburg, Für das Delegiertensystem . . . 414
Dollarfaulenzerin und Chauffeur . . . 415
Einfluß der Hitze auf die „Radwelt" . . . 428
Sechs-Kilometer-„Geschwindigkeit" . . . 428
Uebereifrige Polizei in Hamburg . . . 428
Es gibt keine besseren Verteidiger als die Richter . . . 428
Rad gegen Auto . . . 428
Altona, Ausländer, Fremde sind es meist . . . 438
Hupenerlaß des Ministers . . . 438
Berlin, Einberufung einer Chauffeurkonferenz . . . 438
„Herren"fahrer und „Kraftwagenführer" . . . 438
„Chauffeurgenossenschaft"-Praxis . . . 438
„Kraftfahrlehrer-Verband" . . . 438
Würdigung des Kraftdroschkenführers . . . 438
Berliner Umgegend, 25 Kilometer-Tempo . . . 439
Stempelpflichtigkeit des Führerscheins . . . 439
Die Wirkung des Magdeburger „Kartell"-Flugblatts . . . 451
Der preußische Hupenerlaß in der Hamburger Bürgerschaft . . . 464
Berlin, Polizeipräsidium und Geschwindigkeitsmesser . . . 464
Mängel der Unfallstatistik . . . 464
Protektion bayrischer Kindsköppe . . . 464
Leiden und Freuden der Wiener Chauffeure . . . 464
England, Das Automobil der Streikbrecher . . . 465
Berlin, Stempelkosten-Eingabe . . . 473
Berlin, Zweierlei Polizeihöflichkeit . . . 473
Berlin, Auto-Betriebs-A.-G. (Geschäftsergebnis) . . . 473
Düsseldorf, Autoraserei? . . . 473
Düsseldorf, Stempelkosten-Eingabe . . . 473
Magdeburg, Gründung einer Sektion . . . 473
Magdeburg, Autofallen . . . 473
Die Erziehung der Fuhrleute . . . 487
„Mützenschilder und Klubwimpel sind wesentliche Mittel, dem Kraftwagenführer seinen schwierigen Beruf zu erleichtern" („Kraftwagen") . . . 487
Der couragierte Gendarm Hanisch . . . 487
Ein Gendarm, der mehr als Brot essen kann . . . 487
Berlin, Der größte Schuft . . . 499
Druckfehlerteufel usw. . . . 499
Gesundheitliche Schädigungen . . . 499
Berlin, Erweiterung des Droschkenbezirks . . . 510
Berlin, Geschäftsergebnis der Kandelhardt A.-G. . . . 510
Berlin, Genauigkeitsgrad der Geschwindigkeitsmessung . . . 510
Berlin, Große Agitationsversammlung . . . 510
Urteil über die Geschäftsherreneigenschaft . . . 510
Zweierlei Urteile bei Attentat auf Automobile . . . 510
Unfall durch unbeleuchtete Bahnschranken . . . 510
München, Tarifabschluß . . . 511
Nürnberg-Fürth, Versammlung . . . 511
Das Automobilgesetz vor dem Reichsgericht . . . 523
Fahrlässige Tötung — Freispruch, weil Unfall . . . 523

Seite

Zwei Freisprüche (Versagung der Steuerung usw.) 523
Eine „Kartell"größe als Vandalist 523
Ministererlaß betr. Prüfungsvereinfachung . . 523
Berlin, Mißstände im Droschkengewerbe . . 534
Berlin, Schikane bei Stempelgebührenerstattung 534
Hamburg-Altonaer Konkurrenzkampf . 534
Magdeburg, Aufforderung betr. Strafmandate 534
Magdeburg, Unfallgefahren im Chauffeurberuf 534
München, Anzeige-Spezialisten 534
London, 6000 Wagen streiken 534
Berlin, Kuhfladenbrauner Anstrich 535
Berlin, Kuhfladenbraun und Elfenbeinfarben 545
Bankerott der „Chauffeur"-Krankenkasse 546
Spielende Kinder und Gefahren der Straßen . 546
Polizei und Gericht sind Kameraden 546
Männerstolz und Kinderspielzeug 546
Der autorasende Kaiser und der Simplizissimus 546
Agitation in Charlottenburg 558
Düsseldorf, Stellung zur Chauffeurkonferenz 558
Urteil über Beleuchtung der Erkennungszeichen . 558
Passantendummheit (Urteil) 558
Fahrlässige Tötung 558
Entlarvter Autofallensteller in Heroldsberg . . 559
Interessantes Urteil über Haftpflicht 559
Es irrt der Schutzmann, solang er strebt . . . 571
Magdeburg, Arbeitsvertragmonstrum . . . 571
Urteil über Haftung 571
Reaktionäres zum „Strolchen" 580
„Pflichttreue" Chauffeure 581
Unfall bei der „Herkomerfahrt" 581
Hamburg, Enorme Strafverfügungen . . . 581
Automobilhalter- oder Tierhalterhaftung . . . 593
Düsseldorf, Erfolgreiche Berufung . . . 593
Hamburg, Versammlung 594
Chauffeurverschuldung und Besitzerhaftung . . 594
Wichtige Gerichtsentscheidung 594
Wer den Prinz zum Zeugen hat 605
Eine Oberverwaltungsgerichtsentscheidung von grundsätzlicher Bedeutung (Sehschärfe) . . 605
Stoppkommando in Berlin und Umgegend 605
Fahrlässige Tötung — drei Wochen 606
Ungültige Polizeiverordnung 606
Charlottenburger Programmerklärung 606
Nürnberg-Fürth, Polizeischikane . . . 606
Chauffeurstreik in Paris 606
Der Skandal des Prozentfahrens 619
Berlin, Abgeänderte Droschkenordnung . . 620
Wenn die Chaussee ein Loch hat, muß der Chauffeur büßen 620
Pariser Konferenz der Herren 620

Arbeiterinnen.

Zeitungsträgerinnen der „Königsberger Volkszeitung" schließen Tarif ab 5
Lohnverhältnisse der Zeitungsträgerinnen in Würzburg 5
Netzstrickerinnen in Bremerhaven organisieren sich 39
Der erste Deutsche Frauentag 61, 96, 119
Heidelberg, Zeitungsausträgerinnen (Tageblatt sucht Dumme) 85
Der Heimweg der Austräger ist Dienstzeit (Schiedsgericht der Pfalz) 85
Berlin, Tarif mit „Vorwärts"spedition . . 120
Die Arbeiterinnen in der Berufszählung . . 181
Die Arbeiterinnen und die Reichsversicherungs-Ordnung 246
Vertrag mit der „Magdeburger Volksstimme" 293
Frankfurt a. M. Protest gegen Arbeitsnachweis 342
Halle: Lage der Zeitungsausträgerinnen usw. 451
Arbeiterinnen und Reichstagswahlen 602

Bierfahrer.

Lohnbewegung in Hamburg 50
Streik der Jungbierfahrer in Berlin (E. Weber) 71
Tarifabschluß in Hamburg 72
Zur Lohnbewegung in Hamburg (Taktik des Brauereiarbeiter-Verbandes) 107
Sind Bierfahrer Handlungsgehilfen? (Entgegenstehende Urteile) 109
Tarifbewegung in Leipzig 193
Bierfahrer-2c.-Bewegung in Hamburg . . 201
Versammlung in Leipzig weist Angebot ab . . 213
Rückblick auf die Lohnbewegung in Leipzig 234
Streik in Salzungen 294
Fuhrwerksbetrieb im Braugewerbe 305
Striegau, Lohnerhöhung 308
Traunstein, Schikanierungen der Organisierten 308
Leipzig, Tarif mit Schultheiß 392
Bamberg, Schwarz-gelber Verrat 465
Bierrevolution in Gleiwitz 465
Leipzig, Rückblick auf Lohnbewegung . 465
Görlitz, Tarif mit Bescheerer 535
Die Verhältnisse in Lauscha 535
Haftet der Bierkutscher für Außenstände? . . . 571
Teuerungszulage in Berlin 581
Geschäftsergebnisse der Hamburger Brauereien . 581
Halle, Stellung zur Tarifkündigung . . . 594

Droschkenführer.

Terrorismus der Dresdener Droschkenbesitzer 18
Selbstmord eines 70 Jahre alten Droschkenführers 26
Die Dresdener Droschkenbesitzer retten das Gewerbe durch schwarze Listen 38
Terror der Dresdener Droschkenbesitzer . . 62
Hamburg, Wahl der Branchenleitung . . . 62
Hamburg, Wahl der Sektionsleitung . . . 72

Seite

Drei Stunden 26 Minuten Haft (Ordnung muß sein) 98
Berlin, Wahl der Branchenleitung 110
Hallesche Polizeiverordnung ist rechtsgültig . 110
Ein Urteil über die Höflichkeit 181
Die Blechmarke vergessen — verurteilt 213
Der erste braucht nicht auf dem Bock zu sitzen . 236
Dresden, Zur Aushungerung der Droschkenführer 236
Dresden, Zur Aushungerung der Droschkenführer (Protestversammlung) 236
Königsberg, Protest gegen Fahrordnung 308
Berlin, Notfall und Konzession 380
Dresden, Droschkenbesitzerterror vor Gericht 422
Hamburg, Uebertritt des Lokalvereins? . 429
Dresden, Unternehmerterrorismus 451
Dresden, Und immer wieder Terrorismus der Unternehmer 473
Berlin, Umwälzung im Droschkenfuhrgewerbe 499
Die „Wahrheit" über Droschkenkutscher 499
Berlin, Halteplatzfragen 535
Neumünster, Streik und Erfolg 535
Berlin, Fiat justitia — nur ein Droschkenkutscher 559
Hamburg, Stellung zur Reichstagswahl . 572
Berlin, Sonntagsruhe im Droschkengewerbe 582
Königsberg i. Pr., Polizeischikane . . . 582
Königsberg i. Pr., Streik gegen Polizei 590

Fahrstuhlführer und Portiers.

Fahrstuhlbetrieb ist versicherungspflichtig . . . 50
Berlin, Wahl der Branchenleitung 72
„Arbeitsplan" für einen „Hausmann" 110
Arbeiterschutz (Vortrag) 121
Fahrstuhl-Unfall, Entschädigungsklage abgewiesen 135
Fahrstuhlführer-Nöten in Berlin 193
Unsere Gegner — Berlin 139, 280
Technische Entwicklung des modernen Fahrstuhlwesens 343
Berlin: Vortrag über Druckknopfsteuerung . 465
Berlin: Vortrag über Kraft- und Zentralwesen 500
Berlin: Vortrag über Partei und Gewerkschaft 572

Fensterputzer.

Leipzig, Die Unternehmer verklagen Sängerlaub. S. freigesprochen 26
§ 153 der Gewerbeordnung in Leipzig . 39
Elberfeld, Regierungspräsident weist Beschwerde gegen G. G. ab 50
Leipzig, Bericht und Neuwahl 51
Berlin, Streik bei der Fensterreinigungsanstalt m. b. H. 60
Mitgliederzahl in Dresden 62
Terror der Unternehmer in Kiel 62
Versammlung in Hannover 72
München, Wahl der Sektionsleitung . . . 73
Hamburg, Wahl der Branchenleitung . . . 86
Sklavenbetrieb in Saarbrücken (Jckrath u. Co.) 98
Hamburg, Gefährdung von Menschenleben (Mangelnde Unfallverhütung) 134
Hannover, Warnung vor Walter (Denunziant) 134
Nürnberg-Fürth, Abschluß eines neuen Tarifs 134
Berlin, Wahl der Branchenleitung . . . 145
Ungenaue Kündigungsklausel im Lohntarif (Bremen) 168
Lebensgefährliche Fensterkonstruktion (Hamburg) 168
Zabrze: Tarifvertrag 169
Bremen: Tarifvertrag 193
Kundenschröpfung in Thüringen und Sachsen . 213
Solingen: Verstoß gegen Unfallverhütungsvorschriften 224
Frankfurt a. M.: Tarif 236
Frankfurt a. M.: Streik bei Müller und Tarifabschluß 248
München: Baukontrolleure und Fensterputzer 258
Posen: Polnische Quertreiber 259
Elberfeld-Barmen: Streik 268
Braunschweig: Tarif 272
Breslau: Tarifablauf 320
Berlin: Einheitstarif 342
Frankfurt a. M.: Fensterputzernachweis . 355
Wiesbaden: Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse 404
Hannover: Tarif 415
Breslau: Tarif 439
Wiesbaden: Agitationsversammlung . . 439
Frankfurt a. M.: Tarif mit 4 Firmen . 451
Chemnitz: Der tariffeindliche Krippe . . 473
Leipzig: Die streitbare „Saxonia" . . . 473
Dresden: Stellung zum Tarif 487
Hannover: Erhebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse 488
Dresden: Streik und Niederlage . . 559, 524
Darmstadt: Lohn- und Arbeitsverhältnisse 582
Bochum: Behinderte Bewegungsfreiheit? . . 620
Hamburg: Unfallgefahren unseres Berufes 620

Hafenarbeiter.

Artikel.

Die Beschäftigung im Hamburger Hafen im November 1910 (Mängel des Arbeitsnachweises des Hafenbetriebsvereins 4
Der Hamburger Hafen im Dezember (87 Unglücksfälle, 5 Todesfälle) 24
Schwindeleien des „Hafenboten" 70
Beschäftigung im Hamburger Hafen im Jahre 1910 70

Seite

Der Hamburger Hafen am Anfang des neuen Jahres (Unfälle) 137, 149
Die Machtmittel des Hafenbetriebsvereins in Hamburg 153
Der internationale Charakter der Hafenarbeit . 154
Das Familienleben des Hafenarbeiters . . . 154
Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Königsberg 155
Unfallverhütung und Arbeiterschutz im Hamburger Hafen 161
Die wirtschaftliche Lage in den Unterweserhäfen 166
Der Arbeiter hat die Unfallentschädigung bei privaten Versicherungsverträgen zu beanspruchen 178
Streik der Schauerleute in Memel 186
Erhöhung des Tonnengeldes und der Kaigebühren (Hamburg) 199
Aus den Jahresberichten der Hafeninspektionen in Bremen und Bremerhaven . 210
Gemeingefährlicher Eigensinn (Hafenarbeiterstreik 1896/97) 241
Wallwitzhafen, Beendeter Streik . . . 257
Wo bleiben die Arbeitergroschen („Hafenbote") . 289
Düsseldorf, Streik bei Cretschmar . . . 304
Hafenbetriebsverein contra Hafenarbeiterverband 306, 377
Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins 328, 339, 351
Zum Abwehrkampf in Flensburg . . . 329
Papierne Rechte 340
Beschäftigungsgrad in deutschen Hafenplätzen . 352
Die roten Schleifen in Köln a. Rh. . . . 390
Wirtschaftliche Uebersicht (Schiffahrtspool, Profite der Reedereien, ideelle Bestrebungen) . . . 433
Jahresbericht der Hafeninspektion (1910) 486, 494
Material für ein neues Zuchthausgesetz . . . 507
Die Hafenarbeiter und der Reichstag 553
Zuchthauskurs in Duisburg (Streik bei Rh. W. Sp. G.) 557
Der Hafenbetriebsverein als Friedenstörer . . 568
Hafeninspektion wird von „Hansa" gelobt . . . 591

Notizen.

Schauerleute Hamburg, Mißstände, Lohnzahlung, Arbeitsordnung 19
Stettin, Sektionswahlen 2c. 19
„Hafenbote" gegen uns 26
Arbeitsmarkt in Hafenplätzen 1910 26
Nadelstiche für Hamburger Schauerleute (schofle Unternehmer, Gewerbegericht) 27
Differenzen der Eiverführer mit Förthmann u. Behne 27
Differenzen bei der Auslegung des Kohlenarbeitertarifs in Hamburg bei Appel (Arbeitsniederlegung) 27
Bewegung in Frankfurt a. M. 27
Das amerikanische Antitrustgesetz gegen die deutschen Schiffahrtsgesellschaften 27
Bremen, Schlechte Arbeitsmethode (Scheerstock) 39
Die Netzarbeiter organisieren sich in Bremerhaven 39
Gelbe Vereine am Hamburger Kai (Branchenwahl) 62
Schauerleute in Hamburg (Branchenwahl) . 63
Brake, Nach dem Streik 73
Hamburg, Wahl der Sektionsleitung . . 73
Stettin, Stellungnahme zum Lohntarif . . 73
Christlicher Arbeiterverrat in Elsfleth (Imprägnieranstalt) 86
Situationsbericht aus Flensburg 87
Hamburg, Schiffsmaler und -Reiniger (Beförderung, schlechtes Material, Arbeitszeit) 87
Die Entwicklung in Frankfurt a. M. . . 98
Die Entwicklung in Mannheim 98
Riesa, Bestrafter Unternehmerterrorismus . 98
Jahresabschlüsse der vier größten Reedereien in Hamburg 99
Berlin, Wahl der Branchenleitung . . . 110
Hamburg, Baggerer schließen Tarif ab . 110
Die Kölner Polizei stört einen Leichenzug . 110
Betriebs- und Kapitalkonzentration (H. A. L.) . 121
Intensität der Arbeit 122
Boykottierung der Häfen wegen „Begehrlichkeit" der Arbeiter 122, 134
Stettiner Hafenarbeiter beraten Tarif . . 122
Der „Hafenbote" ist blödsinnig geworden . . . 134
Danzig, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Weichselholzarbeiter 134
Hamburg, Differenzen bei dem Westf. Kohlenkontor 134
Hamburg, Daumschrauben für Schiffsreiniger (H. A.-L.-Kontraktarbeiter) 134
Hamburg, Die Kontraktschauerleute erhalten 50 Pf. mehr?? 134
Hamburg, Kontraktschauerleute spüren, daß „Wohlfahrtseinrichtungen" Fesseln sind . . 134
Mannheim-Ludwigshafen, Lohnbewegung (1500 Mann) 135
Arbeitsmarkt in den Hafenplätzen Winter 1910 bis 1911 145
Emden, Netzstrickerinnen ausgesperrt 145
Hamburg, H.-A.-L. und H.-B.-V. wollen die Zwangskasse auf Schiffsreiniger ausdehnen 145
Regensburg, Lage der Hafenarbeiter . . 146
Hamburg, Der „Hafenbote" als „Witzblatt" (illustriert) 157
Geestemünde, Ende der Aussperrung . . 157
Hamburg, Hafen-Betriebs-Verein verurteilt Hafenarbeiter zum Hungertode 158
Hamburg, Bunkerbetriebe-Tarifabschluß . . 158
Ludwigshafen: Tarifbewegung . . . 158
Spandau, Streik bei Thomas 158
Bremen, Mißstände im Hafengebiet . . . 169
Danzig, Tarifabschluß (Weichselholzarbeiter) 169
Königsberg, Lage der Kohlenarbeiter . 169

Seite

Königsberg, Tarif bei Radowski . . . 170
Magdeburg, Streik bei der Elblagerhaus-Aktiengesellschaft 170
Berlin, Wahl der Branchenleitung . . . 181
Magdeburg, Vertrag mit der Elblagerhaus A. G. 182
Stettin, Beschlüsse über Arbeitsangelegenheiten 182
Der Arbeitsmarkt in Hafenstädten 194
Duisburg, Tarif mit Backhaus jr. 194
Hamburg, Mißstände im Ewerführereibetrieben (Wasserpumpen) 194
Hamburg, Beschwerdekommissionswahl der Schauerleute 194
Mannheim, Aussperrung 194
Aufruf für die französischen Hafenarbeiter . . 201
Frankfurt a. M., Sympathieerklärung für Mannheim 201
Karlsruhe, Sympathieerklärung für Mannheim 201
Mannheim, Vermittlungsversuche 201
Hamburg, Gericht konstatiert Tarifbruch der Unternehmer 201
Neuß a. Rh., Traurige Zustände 202
Regensburg, Tarifabschluß mit der Kgl. U. Fl. S. A. G. 202
Wallwitzhafen, Maßregelung und Streik 202
Hamburg, „Wohlfahrtskasse" der Kohlen A.-Sch. und andere Mißstände 213
Hamburg, Wo bleibt der Hafeninspektor? 214
Hamburg, Ausbeutung der Kesselreiniger durch die H. A. L. 214
Wallwitzhafen, Streik wird zur Machtprobe 214
Hamburg, Die knickrige Staatskaiverwaltung 224
Hamburg, Der Ruf: „Wo bleibt der Hafeninspektor" (S. 214) hat geholfen 224
Mannheim, Aussperrung beendet . . . 224
Stettin, Mängel im Lohntarif 224
Hamburg, Keine Maßregelung wegen Maifeier 237
Hamburg, Lebensgefahr beim Laden des Schiffes 237
Hamburg, Lohnbewegung: Kesselreiniger . 237
Sonderburg, Streik (zwei Notizen) . . 237
Memel, Tarifauslegungsdifferenz . . . 238
Arbeitsmarkt in den Hafenplätzen 248
Zum Streik in Wallwitzhafen 248
Hamburg, Schauerleute, Hafenbetriebsverein, Mißstände 2c. 248
Harburg, Gewerbegerichtliche Differenzen . 249
Verschiedene Auslandsberichte 249
Mannheim, Opfer der Ausbeutung (Unglücksfall) 259
Duisburg, Bürgerliche Presse im Dienst der Kapitalisten 269
Magdeburg, Von der Gemeinde in den Tod getrieben 269
Straßburg-Mehl, Lohnbewegung . . . 269
Leipzig, Die Zuchthausordnung bei Teichmann 270
Magdeburg, Bildung rechtfertigt Beleidigungen 271
München, Lohnbewegung bei der Wach- u. Schließgesellschaft 271
Hamburg, Machtverhältnisse im Hafen (Versammlung) 281
Hamburg, Streik auf den Getreidehebern . 282
Sonderburg, Abwehrkampf 282
Berlin, Lohnbewegung der Bretterträger . 295
Hamburg, Zum Streik auf den Getreidehebern 295, 296
Regensburg, Streik bei der S. D.-D.-G. 296
Sonderburg, Niedrige Machination der Unternehmer 296
Flensburg, Tarifabschluß 308
Frankfurt a. M., Greuliche Mißstände . 309
Memel, Stellungnahme zum evtl. Tarif . . 309
Stettin, Protest gegen Mißstände 2c. . . 309
Straßburg, Tarifabschluß 309
Hamburg, Beschäftigung im Mai (H. B. V.) 320
In der Falle (Kontraktschauerleute) 320
Hamburg, Deutschsprechende Winschleute . . 320
Hamburg, Mißstände im Staatskaibetrieb . 321
Posen, Agitationsversammlung 321
Nordenham, Mißstände und Unglücksfälle 321
Hamburg, Günstige Wirkung des englischen Streiks 331
Hamburg, Mißstände bei der D. A. D. G 332
Hamburg, Ewerführer- und Holzplatzarbeiterstreik 332
Hamburg, Fiasko des Hamburg-Altonaer Flußdampferschiffervereins von 1888 . . . 332
Hamburg, Spitzelsystem im Kaibetrieb . . 332
„Reform im Speditionsbetrieb" in Hamburg („Hansa") 343
Hamburg, Lohnbewegung der Kesselreiniger 344
Hamburg, Neues vom Maßregelungsbureau 344
Hamburg, Hafenbetriebsverein contra Kontraktarbeiter 345, 393
Hamburg, Arbeitsnachweis oder Arbeiternachweis 355
Hamburg, Hafenbetriebsverein gegen Nacht- und Sonntagsruhe 355
Hamburg, Die Beschäftigung im Juni . . 355
Hamburg, Fahrlässige Tötung (ein sonderbares Urteil) 366, 380
Hamburg, Aufforderung an die Hafeninspektion 367
Hamburg, Der Hafenbetriebsverein als Sklavenhalter 367
Mannheim, Erfolg bei Stinnes 367
Stettin, Mängel im Tarif 367
Hamburg, Unglücksfälle 380
Fernhaltung von Zuzug nach Hamburg . . 392
Streiks in Frankreich, Rußland 2c. 392

Seite

Tarif der Schweizer Hafenarbeiter 392
Arbeitsverhältnisse in Australien 392
Hafenbetriebsverein lockt Arbeiter nach Hamburg 393
Hamburg, Differenzen bei Nepperschmidt . 393
Hamburg, Friwoles Spiel mit Menschenleben 393
Hamburg, Quertreiberei des Allerweltverb. 393
Hamburg, Schlechtes Material (Jarl) . . 393
Hamburg, Unglücksfall 393
Hamburg, Vertragstreue des Haf.-Betr.-Ver. 393
Hamburg, Folgen des Londoner Streiks . 394
Hamburg, Sympathieerklärung zum englischen Streik 404
Hamburg, Usance im Ewerführereibetrieb rechtsgültig 404
Hamburg, Selbsthilfe 404
Hamburg, Angst vor Oeffentlichkeit hat die H. S. D. G. 404
Hamburg, Der Hohn auf den Schichtwechsel 404
Hamburg, Famoser Arbeitsvertrag (Flußdampferschiffer) 404
Rendsburg, Erfolgreiche Lohnbewegung . 404
Sonderburg, Tarif beendet Streik . . . 405
Hamburg, Tarifbrüche 415
Hamburg, Sperre über Koksewert . . . 415
Hamburg, Das Herz des Kaidirektors Winter 415
Hamburg, Wo bleibt der Schichtwechsel . . 415
Hamburg, Dank von der Woermann-Linie . 416
Kiel, Bericht der Lohnkommission . . . 416
Magdeburg, Erfolgreicher Streik . . . 416
Straßburg, Lohnbewegungen 416
Calais, Streik 416
Bremen, Lloyd-Idylle 429
Hamburg, Wenn der Kaiser kommt . . . 429
Hamburg, Arbeitslosigkeit und H. B. V . 430
Hamburg, Der „Winter" der Staatskaiarbeiter 430
Frankfurt a. M., Lohnerhöhungen . . . 439
Quertreiberei einer nicht existenzberechtigten Organisation 439
Hamburg, Mörder Kapitalismus 440
Hamburg, Hafeninspektion??? 440
Hamburg, Gefährlichkeit der Hafenarbeit . 440
Hamburg, Lohnbewegungen 440
Hamburg, Winter schwärmt für Marokko . 440
Hamburg, Reederprofite 440
Straßburg, Vertagte Lohnbewegung . . 440
Ursachen des englischen Kampfes 441
Folgen des englischen Kampfes 441
Hamburg, Unglücksfälle 452
Hamburg, Die doppelzüngige „Hansa" . . 452
Duisburg, Gegorene Lügen anläßlich des Streiks 452
Altona, Wie die Kai- und Lagerhausgesellschaft mit den Arbeitern umspringt . . . 466
Bremen, Mißstände am Hafen (Br. L. G.) 466
Hamburg, Unglücksfall, weil der Scherstock fehlt 466
Dünkirchen, Sauwage †. Nachruf . . . 466
Schiffahrtspobl gesichert (vergl. Wirtschaftliche Uebersicht S. 463) 466
Hamburg, Traurige Lage der Kaiarbeiter 474
Hamburg, Schifferschule 474
Hamburg, Die Kontraktschauerleute protestieren 474
Hamburg, Hafenbetriebsverein lockt Arbeitslose 474
Hamburg, Reichsverbändlerische Frechheit . 474
Hamburg, Ein blutbefleckter Wize . . . 474
Duisburg, Terrorismusschwindel 474
Hamburg, Wenn das Kind in den Brunnen gefallen 488
Hamburg, Pünktlichkeit beim Arbeitsantritt 488
Hamburg, Schwerer Unfall durch „Sparsamkeit" 500
Neufahrwasser, Krase der Zentrumsheld 500
Hamburg, Das fällige Opfer des Reiherstiegs 511
Hamburg, Mangelhafte Schiffsmalerstellagen 511
Hamburg, Beschäftigung im Hafen (Schwindel) 511
Hamburg, Ein streitbarer Verbandsgegner . 512
Hamburg, Eingabe der Verholgänge wegen Unterkunftsraum 512
Harburg, Eigenartige Logik des Gewerbeger. 512
Hamburg, Gang Schröder (Kohlenarbeiter) . 524
Lübeck, Erfolreiche Lohnbewegung . . 524, 535
Stettin, Mängel im Tarif 524
Hamburg, Der bellende Mops („Gewerkschaft") 535
Hamburg, Skandalöse Arbeiterbeförderung . 536
Hamburg, Das schlechte Arbeitsmaterial der H. A. L. 536
Bremerhaven, Lloydterrorismus (Hinsch) 547
Hamburg, Hafenbetriebsvereinspraktiken . 548
Hamburg, Neuer eiserner Konkurrent . . 548
Hamburg, Neues vom Maßregelungsinstitut 548
Hamburg, Für Alsterschiffer 548
Thorn, Tarif für Kornträger 548
Hamburg, Hafenbetriebsverein contra Kesselreiniger 559
Hamburg, Skandalöse Arbeiterbeförderung . 559
Nordenham, Unfälle bei der Midgard . 560
Hamburg, „Freiwillige" Lohnerhöhung . . 572
Hamburg, Hungerpeitsche des Hafenbetriebsvereins 572
Hamburg, Schlechtes Material bei der H. A. L. 572
Hamburg, Schlechtes Material bei Woermann 572
Hamburg, Schlamperei bei der Arbeiterbeförderung 572
Der Südwestdeutsche Wolff spintisiert über die Vertragstreue des Hafenarbeiterverbandes . 572
Duisburg, Polizeiübergriffe beim Streik . 572
Duisburg, Der Eid des Streikbrechers . . 572
Hamburg, Stellung zur „freiwilligen" Lohnerhöhung 582
Berlin, Versammlung 583
Hamburg, Für 5 Pf. Petroleum gespart; Erfolg: Unglücksfall und 14 pCt. Dividende 583
Hamburg, Der Tote im Schiffsraum . . 583
Hamburg, Ein unsoziales Gewerbegerichtsurteil 583

Seite

Hamburg, Arbeiterausschuß am Staatskai . 583
Duisburg, Es wird Winter 583
Flensburg, Ein Mann gespart — ein Bein ab 584
Stettin, Jede Sonn- und Feiertagsarbeit wird verweigert 584
Dessau, Herr Ziegler als „Herr im Hause" 594
Duisburg, Beschluß über Arbeitervermittlung 594
Hamburg, Arbeitsnachweisfrage 595
Hamburg, Verbandstöter Winter 595
Reichsgerichtlich konstatierte Fahrlässigkeit eines Reeders 595
Hamburg, Ewerführer — Differenzen . 607
Hamburg, Vergewaltigung der Akkordarbeiter durch die H. A. L. 607
Hamburg, Anschauungsunterricht (Profitwut) 607
Hamburg, Die notleidenden Stauer . . . 607
Hamburg, Todessturz in den Schiffsraum . 620
Hamburg, Ins Wasser gestürzt, ertrunken . 620
Hamburg, Verrottetes Ladegeschirr . . . 620
Rotterdam, „Christlicher" Verrat . . . 620
Hamburg, Beschäftigung im Hafen, Mangel an Kaiarbeitern wegen Hungerlöhne . . . 620

Binnenschiffer und Flößer.

Artikel.

Die statistischen Erhebungen betr. Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe 2, 14, 22, 36, 53, 59, 83, 94
Binnenschiffer des Rheins im Jahre 1910 . . 35
Delegierten-Versammlung (Elbe, Oder, märkischen Wasserstraßen) 38
Preußische Verkehrsreaktion (Schiffahrtsabgaben 48, 59, 83, 101
Der § 18 des preußischen Wasserstraßengesetzes 93

Notizen.

Tarif mit Dresdener Kohlenfirmen 6
Hamburger Schifferversammlung nimmt Stellung zur Konferenz 6
Karl Senz aus Kl.-Rosenburg mißhandelt seinen „Jungen" 6
Binnenschiffer-Quittung 19
N. N. F. G. Unfallgefahren (Hamburg) . 19
Schiffer Haas prügelt (Rhein) 39
Rheinschiffer Mannheim, Referat über Schiffahrtsabgaben 39
Die Flußschiffermission regt sich wieder (Elbe) . 39
Rheinschifferversammlungen 51
Ballokal und kein Versammlungslokal 51
Segelschutenkasse 51
Adressen werden gesucht 62
„Altes Schifferhaus" in Lauenburg . . . 62
Hamburg nimmt Stellung zur Delegiertenversammlung 62
Warnung für kranke Kollegen 62
Flößer, Abänderung des Floßverkehrs auf den märkischen Wasserstraßen (Kriegerverein) . . 63
Christlicher Schwindel auf dem Rhein 63
Tarifstreitigkeiten mit den V. E. G., A.-G. (Schiedsspruch) 73
Bekanntmachung betr. „Seemann" 86
„Schifferhaus" in Lauenburg (Berichtigung) 87
Poselwitz Schiffermission erleidet glatte Abfuhr 87

Handelsarbeiter.

Artikel.

Dr. Landsberger, Vorsitzender des Charlottenburger Kaufmannsgerichts über die Sonntagsruhe 2
Landesfriedensbruch — 20 Mk. Geldstrafe (Streik bei Apothekergesellschaft) 37
Sonntagsruhe und Berliner Stadtverordneten . 119
Frankfurt a. M., Arbeitsverhältnisse bei Schepeler 217
Hamburg, Lohnbewegung 267
Die Arbeitsverhältnisse bei der A. E.-G. . . . 291
Breslau, Kampf um die Sonntagsruhe . 303
Magdeburg, Der Kampf um die Sonntagsruhe 376
Berlin, Zum Streik bei Carl Stiller . . . 471
Am Vorabend der (Metallarbeiter-)Aussperrung 569
Die Handelsarbeiter und der Reichstag 577
Sozialpolitik bei A. Wertheim 591

Notizen.

Berlin, „Viktoria"-Einnehmer. Der Bureauarbeiterverband gegen uns 7
Mißstände beim Breslauer Konsumverein . . . 19
Reichsgesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe . 27
Hausagrarier 2c. protestieren gegen die Sonntagsruhe 40
Elende Lohnverhältnisse bei der „Friedrich-Wilhelm" (Einkassierer) 40
Das schofle Versandhaus Liemann (keine Bezahlung für Sonntagsarbeit) 51
Bekanntmachung des bayrischen Staatsministeriums (Mindestruhezeit) 51
Berlin, Wahl der Branchenleitung . . . 73
Berlin, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 74
Berlin, Spar- und Kautionskasse bei Gebr. v. Streit 74
Die Singer Nähmaschine gegen die Organisation 75
Streik bei der Teppichfabrik Freibisch in Treptow 103
Berlin, Erweiterung der Sonntagsruhe . . 110
Karlsruhe, Von der Wach- und Schließgesellschaft 110
Berlin, Mißstände bei der Firma Eschmann u. Co. 123
Berlin, Kollegen aus den Wäsche-Verleihgeschäften beraten über den neuen Tarif . . 123
Berlin, Kaufhaus Liemann durchbricht die Vereinbarung 123

Seite

Breslau, Herr Ehrlich (Herz u. Ehrlich) vespert und frühstückt nicht 123
Dresden, Rechtsanspruch auf Weihnachtsgratifikation (Vortrag) 123
Liegnitz, Käse-Pucher will mit dem Verbande nichts zu tun haben 123
Halle, Mißstände in den Handelsbetrieben . 135
Hamburg, Kolporteure verlangen Konferenz 140
Berlin, Lage der Depeschenboten 146
Berlin, Stellungnahme zur Sonntagsruhe . 146
Bremen, Ruhezeit der Angestellten . . . 146
Geschäftsergebnis der Warenhäuser 146
Hungerlöhne in Rostock treiben zum Diebstahl 146
Straßburg, Versammlung verlangt Sonntagsruhe 146
Halle a. S., Streik der Messenger-Boys . . 158
Ohrfeigentaktik bei Cohn in Berlin . . . 170
Lohnverhältnisse bei Fuchs-Henel in Breslau 170
Kelling in Breslau als Organisationsfeind 170
Einkassierer in Dortmund: Unwürdige Verhältnisse 170
Warenhaus Tietz: Geschäftsbericht 187
Berlin, Mißstände bei der Singer Co. . . 187
Berlin, Sklavenkontrakt der „Germania" . 187
Bonn, Ein aufdringlicher Packer und Kontorbote 188
Das sozialpolitische Mäntelchen der Warenhäuser 188
Bremen, Sonntagsruhe (Bürgerschaft) . . 194
Breslau, Lohnerhöhung bei Scholz u. Mumm 194
Burg b. M., Lohnerhöhungen 194
Charlottenburg, Einschränkung der Sonntagsarbeit 194
Markthelfer können keine Bezahlung für Ueberarbeit verlangen 195
Diebstähle im Kolportagebetrieb (Hamburg) 195
Hamburg, Hausdiener 2c. (Branchenleitungswahl) 195
Stuttgart, Mißstände im Buchhandel („Union") 195
Stuttgart, Statistische Erhebungen . . . 195
Berlin, Schwarze Listen (Papiergroßhändler) 202
Breslau, Wach und Schließgesellschaft (Koalitionsgegner) 202
Magdeburg, Kaffevogel entläßt Arbeiter nach 34jähriger Tätigkeit 202
Magdeburg, Kriegervereinlicher Verbandstöter wandert ins Gefängnis 203
Breslau, Sonntagsruheverletzung billigt die Polizei! 214
Breslau, Eingabe wegen völliger Sonntagsruhe 215
Augsburg, Wach- und Schließgesellschaft: Lohnerhöhung 225
Berlin, Sonntagsruhüberwachungskommission 225
Berlin, Schwarze Listen im Papiergroßhandel 225
Berlin, Traurige Lohnverhältnisse bei Littauer 226
Beelitz, Die Hausdiener der Heilstätte organisieren sich 226
Frankfurt a. M., Vorsintflutliche Zustände im Gewerbe 226
Königsberg, Streik bei den Ostdeutschen Margarinewerken 226
Leipzig, Lohnbewegung bei Sperling . . 227
Breslau, Der „Muster-Arbeitsvertrag" der Putzgeschäfte 238
Karlsruhe, Protestversammlung gegen die Beschränkung der Sonntagsruhe 239
Leipzig, Arbeitszeitverkürzung bei Helmer u. C. 239
Sozialdemokratischer Antrag (wegen Sonntagsruhe) im Stadtparlament Berlin 249
Berlin, Versammlung protestiert gegen Mißstände in Warenhäusern 249
Breslau, Aufrechnung ist nicht zulässig . . 249
Eisenach, Zehnstundentag bei Weinstein . . 250
Lage der Kollegen in Fürth i. B. 250
Hamburg, Hausdiener vor der Tür (Lohnbewegung) 250
Frankfurt a. M., Hungerlöhne verstoßen gegen die guten Sitten (G. G.) 259
Hildesheim, Selterswasserhallen (schlechte Arbeitsverhältnisse) 259
Berlin, Einkassierer und Kassenboten verlangen Sonntagsruhe (Versammlung) . . 269
Elberfeld-Barmen, Erfolgreicher Streik bei Kirberg 270
Berlin, Tarifabschluß (Mineralwasserarbeiter) 282
Düsseldorfer Oberlandesgericht zum Ladenschluß 296
Frankfurt a. M., Erfolg bei Müller . . 296
Görlitz, Kampf um die Sonntagsruhe . . 296
Leipzig, Streik bei Hupfeld 296
Leipzig, Unternehmer zahlen Verbandsbeiträge für Arbeiter 296
Stuttgart, Lohnverhältnisse bei der Union 297
Frankfurt a. M., Tarifabschluß bei Bamberger u. Hertz 309
Mannheim, Tarif bei Scharff 309
Berlin, Lohn- und Arbeitsverhältnis bei Mannheimer 321
Schmalkalden, Die ausgepreßte Zitrone (Arbeiterehre) 321
Berlin, Arbeitsverhältnis der Einnehmer bei der Friedrich Wilhelm 332
Bielefeld, Streik bei Seppeler 333
Breslau, Arbeitgeberverband für das Handelsgewerbe 333
Hamburg, Tarif der Hausdiener vor der Tür 333
Berlin, Stellung zum Kampf bei Scherl, Mosse, Ullstein 345
Frankfurt a. M., Tarif mit Eisenhandlung 345
Die „Teilzahlungs-Praxis" beschimpft die Arbeiter 356

Seite

Gesucht ein Mädchen für alles, das „nicht von einer gewissen politischen Richtung angekränkelt" ist 356
Mannheim, Zur Sonntagsruhe 356
Eine wichtige Entscheidung zum Ladenschluß (M.-G.) 367
München, Tarif mit Käsereien 367
Hannover, Mißstände 394
Clausthal, Lage der Hausdiener . . . 405
Ruhezeit in offenen Verkehrsstellen 416
Ein Dorado im Saarrevier 417
Verkehrstage und Sonntagsruhe 441
Leipzig, Tarif mit Arbeiterturnern . . . 441
Magdeburg, Tarif mit Freytag 441
Hannover, Tarif der Hilfsarbeiter . . . 453
Königshütte, Ein Dorado für Einkassierer 453
Berlin, Erfolg bei Salomonis 466
Berlin, Appell der Rollkutscher an die Packer 2c. 466
Berlin, Lohnerhöhung bei Scherl (Mißstände) 466
Dresden, Versammlung über Postzustände . 467
Frankfurt a. M., Das Elend der Radler 467
Karlsruhe, Schöner Erfolg 467
Berlin, Verschleppung der Sonntagsruhe . 474
Berlin, Chemikalienbranche, Lohnerhöhung, Streik 475
Bremen, Auflösung des „Küper"verbandes . 475
Fürth, Verunglückter Fischzug der Christen . 476
Leipzig, Revision des Lohntarifs 476
Salzwedel, Erfolg bei B. Ewald . . . 476
Bielefeld, Interna (Seppeler) 488
Breslau, Der noble Stiebler 488
Darmstadt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse 489
Fürth, Arbeitsverhältnisse 489
München, Tarif mit Oberpollinger . 500, 586
Berlin, Lohnbewegung bei Streit 512
Berlin, Stellung zum Kampf im Buchbindergewerbe 512
Berlin, Versommerte Lohnbewegung . . . 512
Breslau, Freiwillige Lohnerhöhung (Grund) 512
Breslau, Lohnbewegung (Montangesellschaft) 512
Hamburg, Denunziant und A...lecker Voß 513
Mannheim, Traurige Lohnverhältnisse . . 513
Berlin, Lohnbewegungen bei Rex und bei Reese 524
Berlin, Vereinheitlichung der Kirchenzeiten 524
Wien, 20 Jahre Organisation 524
Hannover, Versammlung verlangt völlige Sonntagsruhe 525
Mannheim, Streik bei Koppel Temmler . 536
Berlin, „Alle Tage anders" — Praktiken . 548
Berlin, Schlappe Einkassierer 2c. 548
Berlin, Traurige Lage der Kolporteure . 548
Düsseldorf, Die „erstklassigen" gegen die Sonntagsruhe 549
Weidenhagens Anwürfe gegen die Kolporteure . 549
Heidelberg propagiert die Sonntagsruhe . 549
Leipzig, Tarifentwurf (Markthelfer pp.) 549, 586
Berlin, Sonntagsruhe und Kirchenzeit . . 560
Berlin, Schlechte chirurgische Laboratoriums- und Kliniksbedarfsartikel-Organisationsverhältnisse 560
Berlin, Versammlung der Sektion der Markthelfer und Boten, Hausdiener und Kutscher aus den Buchhandlungen, Papier- und Pappen-en gros-Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien und Papierverarbeitungsindustrie über die Ablehnung der Lohnerhöhungsanträge 560
Dresden, Lohnerhöhung 560
München, Lohnerhöhung bei Singer Co. . 561
Plauen, Singer Co. gibt keine Antwort . 561
Frankfurt a. M., Tarif mit Grand-Bazar 573
Posen, Agitationsversammlung 573
Berlin, Abrechnung mit den Warenhäusern 584
Berlin, Das Kartoffelherz der „Viktoria" . 585
Berlin, Traurige Lage der Singer-Kassierer 585
Breslau, Unzufriedenheit der Kolporteure mit der „Volkswacht" 586
Gera, Tietztarifverlängerung 586
Leipzig, Verschleppung der Lohnbewegung 586
Berlin, Die Macht der Krämer, die Angst der Regierung 595
Halle, Tarif mit acht Unternehmern . . . 595
Leipzig, Erfolgreich beendete Lohnbewegung 595
Leipzig, Schindluderspiel mit der Weihnachtsheiligkeit 596
Leipzig, Stellung zur Lohnerhöhung . . 596
Stuttgart, Schlechtes Organisationsverhältnis 596
Berlin, Vereinbarung mit Fraenkel . . . 607
Leipzig, Tarif mit Fischhandlungen 608, 621
Die Kassierer der Versicherungsgesellschaften sind Gewerbegehilfen 621

Jugendbewegung.

Der Kampf um die Arbeiterjugend (Erster Verbandstag des Deutschen Jugendverbandes . 3
Die erzieherische Fürsorge für die schulentlassene Jugend (Preußische Vorlage) 25
Thronrede im preußischen Dreiklassenzirkus . . 47
Jugendbewegung in Hamburg 52
Sozialdemokratischer Rowdy 123
Unsere Aufgabe gegenüber der Jugend . . . 168
Hamburg: Versammlung 182
Berlin: Entwicklung im Jahre 1910 . . . 200
Zur Geschichte unserer Jugendbewegung in Berlin 209
Hamburger Jugendbewegung 259

Seite

Hamburger Jugendversammlung (Agitation) . . 345
Berlin: Bericht über Wanderung 356
Hamburg: Versammlung 357
Berlin: Versammlung 380
Berlin: Ausflüge 394
Berlin: Annahme der höheren Beiträge 417, 405
Berlin: Annahme der höheren Beiträge . 430
Berlin: Versammlungen 441
Hamburg: Lohnbewegung der Meiereimitfahrer 476
Magdeburg: Furchtbare Ausbeutung . . 500
Berlin: Geistige Hebung („humoristische" Vorträge) 550
Berlin: Versammlung (Präsenzliste) . . . 561
Berlin: Verhältnisse in den Warenhäusern . 561
Berlin: Lichtbildervortrag 573
Berlin: Versammlungen 597
Breslau: Gründungsversammlung . . . 597
Hamburg: Erfolgreicher Streik 597
Berlin: Wahl der Sektionsleitung . . . 608
Berlin: Versammlung (Weihnacht) . . . 608
Halle: Versammlung (Weihnacht) 608
Jugendgerichte 617

Schaustellergehilfen.

Der „Komet" (Unternehmerzeitung) gegen uns . 16
Versammlung in Hamburg verlangt Unterstellung unter die Sozialgesetzgebung . . . 19
„Filmzeitung" beschwört beide Teile 52
Hexenschaukel (Unternehmer gegen Transportarbeiterverband) 84
Bremen, Zeugen gesucht 87
Die Lage der Dresdener Kinoangestellten . 88
Unternehmer fragen nach Verbandszugehörigkeit . 124
Eine polizeilich nicht gebilligte Arbeitsordnung . 124
Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Langenfalza 124
Leipzig, Lebensgefährliche Arbeit bei einer Millionenfirma 124
Weida, Wahl des Vorstandes 124
Kiel und Leipzig, Agitationsversammlungen 159
Agitationsversammlung in Flensburg . . 171
Mißstände bei Ren 195
Hamburg, Lokalverein schließt sich an . . 203
Leipzig, Mißstände bei Welikugel . . . 297
Breslau, Protest gegen Polizeimaßnahmen . 334
Mannheim, Mißstände usw. 346
Würzburg, Arbeiterverräter 357
Agitationsberichte aus Hof, Kiel und Lübeck 368
Magdeburg, Henkel heißt der Mann . . 394
Coburg, Kometenleuchten 417
Erfurt, Hinausgeworfener „Polizeier" . . . 430
Nürnberg-Fürth, „Globus"- und „Komet"-Briefe 442
Hamburg, Mißstände in den Kinos . . . 453
Zur Lage der Schaustellergehilfen 500
Breslau, Ruhetag der Kino-Angestellten abgelehnt 536
Lindau i. B., Warum sind die Unternehmer unsre Gegner 573
Würzburg, Unsere wirtschaftliche Lage . . 573
Leipzig, Erfolgreiche Lohnbewegung . . . 597
Breslau, Kein Schluß am 24. Dezember 1911 621

Transportarbeiter.

Artikel.

Tarif mit den Fräserei- und Schneidemühlenbetrieben 3
Kutscher können sich an das Sehen mit einem Auge gewöhnen 25
Krankheiten der Pferde 114
Berlin, Tarifbewegung der Schilderanmacher und Helfer 133
Seine Hoheit — der Schutzmann (Uebergriffe der Polizei in München) 142
Stuttgart, Zusammenstöße und kein Ende . 185
Zur Lage der Transportarbeiter in Görlitz 186
Zur Lohnbewegung in Frankfurt a. M. . 190
Lohnbewegung in Dresden 192
Transportarbeiterstreik in Mülhausen (Els.) 198
Lohnbewegung der Berliner Handtuchfahrer 198
Elberfeld-Barmen, Streik der Fuhrleute 222
Elberfeld-Barmen, Streik der Fuhrleute beendet 234
Chemnitzer Straßenbahnverwaltung sucht Denunzianten 246
Sklaventum der Kölner Fuhrleute 279
Zur Bewegung bei der A. E. G. 286
Harburg, Streik der Kutscher 303
Berlin, Tarifabschluß im Leitergerüstgewerbe 317
Hamburg, Arbeitsverhältnis bei der Wa- und Schließgesellschaft 317
Nürnberg-Fürth, Lohnbewegung der Schließwächter 318
Kiel, Lohnbewegungen im 2. Quartal . . 318
Augsburg, Zur Kohlenarbeiterbewegung . 353
Barmen, Der Polizeiinspektor als Festredner 378
Köln, Lohnbewegung bei der Wach- und Schließgesellschaft 390
Düsseldorfer „Vereinbarung" 412
Berlin, Lohn- und Arbeitsverhältnis der Sektion 5 413
Düsseldorf, Lohnbewegung (Fuhrleute) . 425
Halle, Lohnbewegung (Kohlenarbeiter) . . 425
Mannheim-Ludwigshafen, Rückblick (5 Jahre) 426
Königsberg, Erfolgreiche Lohnbewegung 428
Köln, Tarif der Fuhrleute 2c. 436
Hamburg, Tarif der Möbeltransportarbeiter 448
Düsseldorf, Streik der Fuhrleute . 450, 462
München, Eine christliche Schandtat 460, 484, 543
Nürnberg-Fürth, Zur Lohnbewegung . 461

Seite

Berlin, Aus dem Betriebe der A. E. G. 461
Düsseldorf, Zur Lohnbewegung . . . 470
Fürth, Ein patriarchalischer Betrieb . . . 485
Würzburg, Lebens- und Berufsverhältnisse 485
Stettin, Lohnbewegung der Rollkutscher . . 495
Dortmund, Streik der Kartoffelkutscher . . 496
Krieg oder Friede im deutschen Möbeltransportgewerbe 529
Darmstadt, Streik der Möbeltransportarbeiter 532
Essen, Arbeitsverhältnisse im Fuhrmannsberuf 545
Der Schweinerichterstreik und die Polizei . . . 555
Transportarbeiter und Reichstagswahl . . . 565
Am Vorabend der (Metallarbeiter-)Aussperrung 569
Lohnbewegungen der Müllkutscher von Berlin 580
Sozialpolitik bei A. Wertheim 591
Berlin, Tarif im Getreidespeichergewerbe . 604
Berlin, Schweinerichterstreikfünder 621
Breslau, Pohl berichtigt d. h. bestätigt . 622
Ratibor, Billige Ohrfeigen für Unorganisierte 622

Notizen.

Mißstände bei der Speditionsfirma Weißenhorn u. Co. in Augsburg 7
Die Eisenbahndirektion muß Rücksicht auf den Deutschen Transportarbeiterverband nehmen 7
Klägliche Zustände bei der Dünge-Abfuhr-Gesellschaft in Chemnitz 7
Das Kgl. Eisenbahn-Verkehrsamt in Halle errichtet für die Anlieferung einzelner Kolli einen besonderen Schalter 7
Der Fuhrherrenverein in Kassel terrorisiert 8
Ein Kulturdokument aus Liegnitz (Langner gibt einen Wochenlohn von 15,50 Mk. und entzieht die Weihnachtsgratifikation) . . . 8
Celle, Quertreibereien der Blauen mißlungen 20
Magdeburg, Quertreibereien der Brauereiarbeiter 20
Waldenburg, Mißstände auf dem Güterboden des Bahnhofs 20
Die „Südwestdeutsche" hetzt (Frankfurter Molkerei) 27
Sklavenhandel in Zerbst 28
Die „Südwestdeutsche" ist in uns verliebt . . 28
Greiz, Eine Versammlung nimmt Stellung zu Mißständen auf den Güterböden 28
München, Schmutzkonkurrenz der Unternehmer 40
Würzburg, Lohnerhöhung der Güterführer 40
Schlechte Bremsen (Unfall) 52
Fahrlässige Tötung (Leipzig) 52
Fahrlässige Tötung (Schweidnitz) 52
Berlin, Branchenwahl 63
Chemnitz, Raubbau an Leben und Gesundheit 64
Berlin, Ein gebildeter Unternehmer (Trotzmann) 75
Beuthener Firma zahlt Prämien an die Polizei, wenn ihre Kutscher mit Strafmandaten bedacht werden (Kalusa) 75
Frankfurt a. M., Aus dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung 75
Rudolstadt, Appell an die Kollegen . . 76
Spandau, Unfall bei Gefälligkeitsarbeit (Unfallrente zuerkannt) 76
Würzburg, Geschäftsbericht für 1910 . . 76
Bromberg, Hungerlöhne (15 Mk. die Woche) 88
Hirschberg, Die Firma May gegen uns . 88
Schmalkalden, Mißstände beim „Stadtvater" Recknagel 88
Vom eigenen Fuhrwerk totgefahren 99
Fahrlässige Tötung (Reichsgericht) Zuruf genügt nicht) 99
Höchst a. M., Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen den Verband 99
Spandau, Ein falscher „Rubin" (Schulze u. Hoppe) 99
Berlin, Streik beim „Königl. Hofspediteur" (Vereinbarung) 111
Elberfeld-Barmen, Müllkutscher sind minderen Rechts 111
Frankenberg i. S., Strafherabsetzung — Gebührerhöhung 111
Halle, Gründung der Fahrschule (Wir vom Vorstand ausgeschlossen) 111
Organisationsverhältnisse in Osnabrück . . 111
Unfall bei Gefälligkeitsarbeit — Betriebsunfall (Reichsversicherungsamt) 112
Berlin, Leitergerüstarbeiter über Tarifentwurf 124
Augsburg, Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kutscher. Scharfe ortspolizeiliche Vorschriften 135
Fahrstuhlunfall, Entschädigungsklage abgewiesen 135
Charlottenburg, Submissionsblüte bei der Müllabfuhr (der leidende Teil) . . . 135
Düren, Mißstände usw. 135
Mannheim-Ludwigshafen, Lohnbewegung 135
Stuttgart, Tarifdifferenzen (Epting) . . 136
Stuttgart, Mißstände beim städtischen Reinigungsamt 136
Waldenburg, Unorganisierte Packer (Karte zeigen lassen) 136
Zittau, Unfall, Vorsicht beim Deichselausziehen 136
Neuinvestierungen im Transportgewerbe . . 147
Bremen, Arbeitgeberverband gegen uns . . 147
Freiburg i. B., Tarif der Möbeltransportarbeiter 147
Traurige Arbeitsverhältnisse in Gießen . . 147
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Koblenz . 147
Leipzig, Vertrag mit der Firma M. Schramm 147
Verkehrsmisere in Mannheim 147
Sorau, Balke ist ein Feind unserer Organisation 148
Stuttgarter Eldorados für Kutscher . . 148
Flensburg, Ausbeutung bei Andersen . . 159
Rendsburg, Vereinbarung mit Denker . 160
Schwerin, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 160

Seite

Spandau, Streik bei Weichhard 160
Stuttgart, Tarifabschluß mit Wohlfahrt . 160
Weimar, Lohnbewegung der Transportarbeiter 160
Pfister in Aschaffenburg als Esel . . 171
Chemnitz, Lohnbewegung 171
Elberfeld-Barmen, Streikfieber der Unternehmer 171
Fürstenwalde, Wiedereinstellung zweier Kollegen 171
Herford, Lohnbewegung und Tarifabschluß 171
Mannheim, Streik und Tarifabschluß . . 171
München, Trunkenheit ist Entlassungsgrund . 171
Oschersleben, Lohnerhöhung 171
Posen, Streik und Tarifabschluß 172
Rudolstadt, Segen der sozialen Gesetzgeb. 172
Schwabach, Streik und Tarifabschluß . . 172
Weißenfels, Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung 172
Berichtigung der Zwenkauer Mühle . . . 172
Augsburg, Streik und Tarifabschluß . . 182
Christliche Maulhelden in Elberfeld-Barmen 182
Mißstände in Elbing 183
Frankfurt (Oder), Lohnbewegung im Speditionsgewerbe 183
Helmstedt, Lohnbewegung der Speditionsarbeiter 183
Erfolg der Kutscher in Nowawes 183
Schönebeck, Eigenartige Zustände . . . 183
Erfolg der Speditionsarbeiter und Kutscher bei Weichhardt in Spandau 183
Lohnverhältnisse in Stralsund 184
Stuttgart, Schlechte Organisationsverhältnisse 184
Stuttgart-Eßlingen, Erfolgreich beendete Lohnbewegung 184
Waldenburg, Erfolgreicher Streik . . . 184
Zwenkau i. S., Erfolgreich beendeter Streik 184
Altenburg, Lohnbewegung endet mit Tarifvertrag 188
Cottbus, Lage der Kutscher (Mißstände) . 195
Duisburg, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 196
Liegnitz, Lohnbewegung und Streik . . . 196
Nowawes, Tarif bei Mehlmann 196
Nürnberg, Streikende Unternehmer . . . 196
Solingen, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 193
Werden, Streik bei Castens u. Rippe . . 196
Widerspruch in den Kündigungsbedingungen macht die Vereinbarung ungültig 203
Erfolgreicher Streik der Schilderanmacher in Berlin 203
Gratulation ist keine Beiteiei (Nach Ansicht des Gerichts) 203
Lohnerhöhung in Göppingen 203
Grimma i. S., Traurige Organisationsverhältnisse 203
Karlsruhe, Erfolgreicher Streik (Möbeltransporteure) 203
Karlsruhe, Friedrich Jost ist ein roher Patron 203
Straßburg i. E., Schlechte Organisationsverhältnisse 204
Stuttgart, Organisationsverhältnisse . . 204
Waldenburg, Lohnaufbesserung 204
Altenburg, Abflauen der Bewegung trotz Schikanen 215
Frankfurt a. M., Wenn Streikbrecher Möbel transportieren 215
Göttingen, Frühling und unsere Organisation 215
Leipzig, Ungenügender Zugang zum Heuboden 215
Pasing, Tarif mit Heim u. Pauli . . . 215
Tilsit, Tarif im Speditionsgewerbe . . . 215
Wittenberge, Tarif der Kohlenarbeiter . 216
Würzburg, Verunglückte Lohnbewegung . 216
Würzburg, Kohlenarbeiter schlecht organisiert 216
Berlin, Unternehmer-Willkür bei Lutze . . 227
Bielefeld, Eine weltabgeschiedene Arbeitsordnung 227
Meerane, Gemeindebetrieb — Musterbetrieb 227
Salzwedel, Unternehmer brechen Vereinbarungen 228
Cottbus, Kaninchenfutter — Unterschlagung 239
Cottbus, Fester Kutschersitz fehlt — Unglücksfall 239
Cöthen, Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse 239
Glauchau, Lohnerhöhung 239
Karlsruhe, Terrorismus der Möbelspediteure 240
Penig i. S., Streik und Lohnzulage . . . 240
Reichenbach, Lohnbewegung und Kgl. sächs. Eisenbahnverwaltung 240
Plauen, Lohnbewegung und Kgl. sächs. Eisenbahnverwaltung 240
Tilsit, Tarif mit Speditionsfirma . . . 240
Das „Wort" beweihräuchert die Fuhrwerksberufsgenossenschaft 250
Dresden, Stellungnahme zum Tarifablauf . 250
Hamburg, Tarif mit Markthallen-Gesellschaft 250
Fürth i. B., Tarif mit 20 Firmen 250
Schkeuditz, Streik und Sieg der Geschirrführer 251
Stuttgart, Versammlung protestiert gegen Dienstvertrag 251
Stuttgart, Versammlung nimmt Stellung zur neuen Verkehrsordnung 251
Die Südwestdeutsche Arbeitgeber-Zeitung schwärmt für den Terrorismus 251
Tilsit, Lohnbewegung bei Kayser (Nachtrag) 252
Altenburg, Streik bei Oehlert 259
Danzig, Abwehrstreik bei der Firma Berliner Holzkontor 260
Darmstadt, Schlechte Löhne 260
Harburg, Streik (Streikbrecher-Belohnung) . 260
Stuttgart, Lohnaufbesserung 260

Seite

Tilsit, Streik bei Werblonsky (Tarif) . . . 260
Essen, Leitergerüstarbeiter-Streik 271
Traurige Verhältnisse in Darmstadt . . . 271
Leipzig, Differenzen in Schwerfuhrwerksbetrieben 272
Meerane, Mißstände (städtische Abfuhr) . . 272
Lohnverhältnisse in Dortmund 283
Arbeitsverhältnisse in Dortmund 283
Hamburg, Kampf auf den Holzplätzen . . 283
München, Speditionsarbeitertarif 283
München, Der Mißstand Pfister 283
Ohligs, Erfolgreicher Streik 283
Schönebeck, Frivoler Unternehmerterrorismus 284
Stuttgart, Streik bei Ostertag 284
Teuchern, Mißstände 284
Berlin, Streik in den Eisenkonstruktionswerkstätten 297
Braunschweig, Lohnbewegung bei Louis Fricke 297
Cottbus, Wenn Kutscher frühstücken wollen . 298
Danzig, Zustände bei Busenitz 298
Frankfurt a. M., Streikbrecher sind Verbrecher 298
Hamburg, Zum Streik der Holzplatzarbeiter 298
Landau, Miserable Verhältnisse 298
Magdeburg, Aussperrung bei Georges (Holzhandlung) 299
Rendsburg, Lohnbewegung bei Paap u. Co. 299
Saarbrücken, Traurige Verhältnisse . . . 299
Schweinfurt, Unfall 299
Theißen, Unfall 299
Posen, Verurteilungen wegen Streikvergehen 300
Augsburg, Lohnerhöhung 310
Chemnitz, Abstellung von Mißständen . . . 310
Elberfeld-Barmen, Eine verschlimmbesserte Zuchthaus-(Arbeits-)Ordnung bei Koch u. Mann 310
München, Tarif mit Straßenreinigung . . 310
Reichenbach, Vorbeigelungenes Streikbrechermanöver 311
Rendsburg, Erfolgreiche Lohnbewegung . 311
Tilsit, Tarifabschluß (Holzplatzarbeiter) . . 311
Berlin, Leitergerüstarbeiter für Lokalzuschlag 322
Bielefeld, Arbeitsordnung 322
Elberfeld-Barmen, Mehr Lohn — weniger Wohltaten 322
Schlafmützen von Lissa und Fraustadt . 322
Posen, Agitationsversammlung 322
Regensburg, Billige Arbeitskräfte . . . 322
Suhl, Traurige Arbeitsverhältnisse . . . 323
Berlin, Tarif der Leitergerüstarbeiter . . . 333
Bericht des bayrischen Arbeitgeberverbandes . . 334
Chemnitz, Zum Streik der Möbeltransporter (Tarif) 334
Erfurt, § 153 der GO. (2 Monate Gefängnis) 334
Erfurt, Verurteilung wegen (erlaubten) Streikpostenstehens 335
Flensburg, Tarif der Kutscher 335
Gelsenkirchen, Der organisationsfeindliche Herr Verlage 335
Helmstedt, Eine schmutzige Quelle . . . 335
Landsberg a. d. Warthe, Auch eine Arbeitsordnung 335
Mannheim, Tarif mit Eisengeschäften . . 336
Meißener Organisationsverhältnisse . . . 336
Aschaffenburg, Es regt sich langsam . . 346
Bayreuth, Tarif (Kutscher) 346
Elberfeld-Barmen, Tarif bei Bächer . 346
Frankfurt a. M., Lohnerhöhung 346
Nuß, Streik (Holzarbeiter) 346
Stuttgart-Cannstatt, Vereitelte Tarifumgehung 346
Seckenburg, Streik bei den Holzindustriellen 346
Chemnitz, Streik und Sieg bei der Düngerabfuhr 257
Feuerbach, Tarif bei Scherrieble 357
Lausch, Schlechte Organisations- und Arbeitsverhältnisse 358
Suhl, Schneidiger Regierungspräsidente . . . 358
Stuttgart, Streik bei Mertz 358
Berlin, Tarifanerkennung bei Stöcking . . 367
Berlin, Siegreicher Streik der Baukutscher . 368
Dresden, Einleitung der Lohnbewegung . . 368
Freising, Lohnbewegung mit Fußwaschung 368
Cöln, Abschluß der Bewegung 368
Posen, Korrigiertes Schöffenurteil 369
Rathenow, Lohnerhöhung (Mühle) . . . 369
Saarbrücken, Unternehmer gegen Fahrschule? 369
Stuttgart, Tarif mit Munz 369
Elberfeld-Barmen, Heilsarmee und Herberge zur Heimat handeln mit Streikbrechern 381
Elberfeld-Barmen, Lohnbewegung (Dicke u. Co.) 381
Elberfeld-Barmen, Ein unglaubwürdiger Schutzmann 381
Elberfeld-Barmen, Ein Fuhrmannsvereinler als Streikbrecher 381
Essen, Erziehungsmethoden der Fuhrmannsvereine 381
Cöthen, Frechheit der Bahnverwaltung . . 394
Remscheid, Erfolg bei Tücking u. Völpel . 394
Berlin, Gelegenheitsarbeiter vor Gewerbegericht 405
Breslau, Schlechte Verhältnisse bei Simon . 406
Dresden, Lohnbewegung 406
Glauchau, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 406
Hannover, Unhaltbare Zustände 406
Leisnig i. S., Unorganisierte bei Richter . 406
Reichenbach, Schutz den „Arbeitswilligen" . 406
Berlin, Volle-Justiz 417
„Rohheit" der Kutscher 417
Chemnitz, Streikprozesse 417
Darmstadt, Lohnbewegung 418
Essen, Elende Verhältnisse 418
Fürstenwalde, Lauheit der Kollegen . . 418

Seite

Hamburg, Lohnkommissionsbericht 418
Iserlohn, Traurige Zustände 418
Pirmasens, Mißglückte Lohnbewegung . . 418
Die Ulmer wachen auf 419
Breslau, Notleidende Unternehmer . . . 431
Wiesbaden, Unternehmerbrutalität . . . 431
Aachen, Russische Zustände 442
Darmstadt, Streik und Tarif 442
Dresden, Möbeltransportarbeitertarif . . . 442
Frankfurt a. M., Lage der Fuhrleute . . 443
In Osnabrück wird's Tag 443
Wegesack, Erfolgreiche Lohnbewegung . . . 443
Weißenfels, Erfolgreiche Lohnbewegung . 443
Clausthal-Zellerfeld, Elende Verhältnisse 453
Dresden, Differenzen aus dem neuen Tarifvertrag 453
Erfurt, Der abgeblitzte Streikbrecher . . . 454
Neunkirchen, Der tote Stumm geht um . 454
Plauen, Lohnzahlung am Sonntag . . . 454
Zabrze, Elend, Elend, Elend 454
Berlin, Mißstände in den Arbeitsverhältnissen 467
Eßlingen, Tarif und Lohnerhöhung . . . 467
Jauer, Lauheit der Kollegen 468
Ludwigsburg, Lage der Arbeiter . . . 468
Theißen, Grauenhafte Zustände 468
Tilsit, Streik und Sieg 468
Danzig, Tarif mit Dubke 476
Dresden, Nachtrag zum Tarif 477
Karlsruhe, Sauerkraut und Schweinsknöchel 477
Pinneberg, Elende Lage der Kutscher . . 477
Pirna, Rückgang des Schwerfuhrgewerbes . 477
Stuttgart, Tarifverträge 477
Stuttgart, Ein niedriger Bursche (Munz) . 478
Die Erziehung der Fuhrleute 487
Beuthen, Traurige Arbeitsverhältnisse . . 489
Bremerhaven, Streik bei Brauns . . . 489
Breslau, Lohnerhöhung 489
Charlottenburg, Lohnerhöhung bei Krause 490
Dortmund, Streik bei Fley 490
Eisenach, Erfolg bei Weinstein 490
Frankfurt a. M., Tarif mit Paketfahrt A.-G. 490
Glauchau, Streik bei „Pocol" 490
Ludwigshafen, Möbeltransportarbeitertarif 491
Neustadt a. d. Orla, Streik bei Orlamünder 491
Osnabrück, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 491
Nixdorf, Streik der Rollkutscher usw. . . 492
Schönebeck, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 492
Straßburg, Streik der Möbeltransporter . 492
Berlin, Eine neue Straßenordnung . . . 501
Der Benzheimer Wolff und wir 501
Cöthen, Die Eisenbahndirektion in Nöten . 501
Mannheim, Streik im Petroleumbetrieb . 501
Sulzbach, Christenunglück 501
Wetzlar, Ein leichtgläubiger Kollege . . . 502
Nixdorf, Tarifentwurf (Müllkutscher) . . . 513
Chemnitz, Arbeitsnachweis als Maßregelungsinstitut 513
Cottbus, Ein Rollwagen darf nicht Trab fahren 513
Magdeburg, Zwei tödliche Unfälle . . . 514
Nürnberg-Fürth, Lohnerhöhung bei Pleinsteiner 514
Halle, Was einem Polizeier geglaubt wird . 514
Nürnberg-Fürth, Tarifdurchbrechung . 514
Nürnberg-Fürth, Rückblick auf Lohnbewegung 514
Trier, Verbrecherversammlung 514
Celle, Interesselosigkeit der Kollegen . . . 525
Frankfurt a. M., Tarif mit Dampfmolkerei 525
Nürnberg-Fürth, Ungeregelte Verhältnisse im Möbeltransportgewerbe 526
Nixdorf, Streik der Müllkutscher (Tarif) . . 526
Soden, Todesfall (schlechte Bremsvorrichtung) 526
Dresden, Tarif mit Petroleumgeschäft . . 536
Frankfurt a. M., Organisationsfeinde . . 537
Halle a. d. Saale, Terrorist mit Kinderpistole 537
Karlsruhe, Erbärmliche Verhältnisse . . . 537
Neumünster, Streik der Kohlenarbeiter . . 537
Bremen, Tarif der Kohlenarbeiter 550
Karlsruhe, Zuständigkeit der Gewerbe-Insp. 550
Nürnberg-Fürth, Tarif mit „Lumina" 550
Steinkirchen, Ihr laßt den Armen schuldig werden 550
Wetzlar, Waldschmidt berichtigt, d. h. bestätigt 550
Berlin, Mißstände auf dem Anhalter Bahnhof 561
Celle, Traurige Lohnverhältnisse 562
Freiberg i. S., Miserable Arbeitsverhältnisse 562
Halberstadt, Schlechte Lohnverhältnisse . 562
Plauen i. V., Auszahlung des Lohnes in der Woche 562
Die Gefahren des Fuhrmannsberufes 510
Staub ins Auge — Unfall anerkannt 571
Ludwigsburg, Es stürmt gegen uns . . 574
Arnstadt, Mangelndes Interesse der Kollegen 586
Berlin, Neue Polizeiverordnung 587
Berlin, Speditionsbranchenversammlung . . 587
Dresden, Sieg bei der Innungskrankenkassenvertreterwahl 587
Elberfeld, Tarif mit Kartoffelhandlungen 587
Iserlohn, Der Fuhrmannsverein gegen uns 587
Lübben, Organisationsfortschritte 587
Reutlingen, Streik bei Weith 587
Karlsruhe, Von der Gewerbe-Inspektion . 592
Tierhalter- oder Automobilhaftung 593
Aalen, Denunziantengesindel 597
Berlin, Versammlung (60 Pf.-Beitrag) . . 597
Magdeburg, Straßenpolizeiverordnung . 597
Offenbach a. M., Elektron — Peter Karg . 598
Stolp i. P., Eine „Pocol"-Stallverordnung . 598

Seite

Stuttgart, Zentrumsverbandsschwindel . 598
Stuttgart, Häckselschneiden — Tarifbruch . 598
Worms, Tarif (Möbeltransporteure) . . . 599
Brieg, Lauheit der Kollegen — Schlechte Bezahlung 608
Darmstadt, Wolf der Wahrheitsfanatiker . 608
Dresden, Tarifdifferenzen (Möbeltransport) 608
Dresden, Lohnbewegung (Lastkutscher) . . 609
Gleiwitz, Erst ein Jahr, dann ein Monat . 609
Gunzenhausen i. B., Himmelschreiende Zustände 609
Halle, Ein Richter gegen die frivole Anwendung des § 153 609
Hamburg, Tarif mit Pianotransportgeschäften 609
Küstrin, Streik der Schwellenträger . . . 609
Luxemburger als Mitglieder unserer Organisation 610
Mainz, Tarif mit der Amerikanischen Petroleumgesellschaft 610
Mannheim, Errichtung einer Fahrschule . 610

Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen.

Lohnbewegung in den Berliner Fräsereien . . 3
Lohnbewegung der Binnenschiffer (Dresdener Kohlenfirmen) 6
Lohnbewegung der Ewerführer bei Förthmann u. Behne in Hamburg 27
Lohnbewegung der Kohlenarbeiter bei Appel in Hamburg 27
Berlin, Streik bei Progreß (Automobilführer) 50
Berlin, Fensterputzerstreik 60
Berlin, Streik der Jungbierfahrer (Weber) . 72
Düsseldorf, Streik beim „Autoverkehr" . 86
Riesa, Aussperrung bei Schäfer 98
Streik bei Feibisch (Teppichfabrik) in Treptow . 103
Streik beim „Königlichen Hofspediteur" in Berlin 111
Mannheim-Ludwigshafen, Lohnbewegung 135
Stuttgart, Differenzen über die Auslegung des Tarifs 136
Emden, Netzstrickerinnen ausgesperrt . . . 145
Leipzig, Streik bei M. Schramm beendet . 147
Königsberg, Lohnbewegung der Hafenarbeiter 155
Geestemünde, Ende der Aussperrung . . 157
Halle a. S., Streik der Messenger-Boys . . 159
Schwerin, Erfolgreiche Lohnbewegung der Speicherarbeiter 160
Spandau, Streik bei Weichhard (Kutscher) . 160
Weimar, Lohnbewegung der Transportarbeiter 160
Streik bei Freese 167
Streik der Weichselholzarbeiter in Danzig . 169
Streik der Kohlenarbeiter in Königsberg 169
Magdeburg, Streik beim Elblagerhaus, A.-G. 170
Chemnitz, Lohnbewegung im Transportgewerbe 171
Fürstenwalde, Wiedereinstellung zweier Kollegen 171
Herford, Erfolgreiche Lohnbewegung im Speditionsgewerbe 171
Streik der Kutscher in Mannheim . . . 171
Posen, Streik in den Speditionsbetrieben . 172
Schwabach, Streik im Kutscherbetrieb . . 172
Lohnbewegung der Holzarbeiter in Köln a. Rh. 179
Lohnbewegung bei Schichau in Danzig 182
Augsburg, Streik der Transportarbeiter . 182
Frankfurt a. d. Oder, Lohnbewegung im Speditionsgewerbe 183
Helmstedt, Lohnbewegung der Speditionsarbeiter 183
Stuttgart-Eßlingen, Lohnbewegung der Transportarbeiter 184
Waldenburg i. Schl., Streik bei M. Brüschke u. Co. 184
Zwenkau i. S., Beendeter Streik 184
Streik der Schauerleute in Memel 186
Altenburg, Lohnbewegung, Transportarbeiter 188
Frankfurt a. M., Streik der Möbelpacker . 190
Lohnbewegung (Transportarbeiter) in Dresden 192
Streik bei der A. E.-G. in der Brunnen- und Voltastraße 192
Mannheim, Aussperrung (Hafen- und Speditionsbetriebe) 194
Duisburg, Erfolgreiche Lohnbewegung der Kutscher 196
Liegnitz, Streik der Kutscher 196
Verden, Streik bei Castens u. Rippe . . 196
Transportarbeiterstreik in Mülhausen (Els.) 198
Lohnbewegung der Berliner Handtuchfahrer 198
Streik bei „Auto-Verkehr" in Düsseldorf 201
Bewegung der Bierfahrer in Hamburg . . 201
Wallwitzhafen, Maßregelung und Streik 202
Berlin, Erfolgreicher Streik der Schilderanmacher 203
Karlsruhe, Streik im Möbeltransgewerbe 203
Waldenburg, Lohnerhöhung 204
Streik der Holzplatzarbeiter in Memel . . . 205
Beendeter Streik bei der A. E.-G. in Berlin 212
Wallwitzhafen, Streik wird zur Machtprobe 214
Würzburg, Verunglückte Lohnbewegung . 216
Elberfeld-Barmen, Streik der Fuhrleute 222
Dresden, Droschkenchauffeure stehen in Lohnbewegung 224

Seite

Mannheim, Hafenarbeiteraussperrung beendet 224
Augsburg, Erfolgreiche Lohnbewegung bei W. u. Sch.-G. 225
Königsberg, Streik bei den Ostdeutschen Margarinewerken 226
Leipzig, Lohnbewegung bei Sperling . . 227
Leipzig, Rückblick auf Leipziger Lohnbewegung (Bierfahrer) 234
Elberfeld-Barmen, Beendeter Streik der Fuhrleute 234
Dresden, Chauffeure gesucht, die dem D. T.-V. nicht angehören 235
Düsseldorf, Beendeter Streik der Chauffeure 235
Hamburg, Lohnbewegung der Kesselreiniger 237
Sonderburg, Streik der Hafenarbeiter (zwei Notizen) 237
Penig i. S., Streik der Ziegeleikutscher . . 240
Reichenbach, Transportarbeiterbewegung . 240
Plauen, Transportarbeiter-Bewegung . . . 240
Dresden, Zum Streik der Autodroschkenführer 248
Frankfurt a. M., Streik der Fensterputzer bei Müller 248
Wallwitzhafen, Zum Streik der Hafenarbeiter 248
Eisenach, Zehnstundentag bei Weinstein . 250
Hamburg, Lohnbewegung der Hausdiener vor der Tür 250
Schkeuditz, Geschirrführer-Streik und Sieg 251
Tilsit, Lohnbewegung bei Kayser (Nachtrag) 252
Memel, Aussperrung beendet 255
Lohnbewegungen im Gau Thüringen . . 256
Wallwitzhafen, Streik beendet 257
Danzig, Abwehrstreik beim Berliner Holzkontor 260
Harburg, Streik der Kutscher 260
Stuttgart, Lohnaufbesserungen 260
Tilsit, Streik bei Werblonsky 260
Hamburg, Lohnbewegung (Handelsarbeiter) 267
Dresden, Chauffeurstreik beendet 268
Elberfeld-Barmen, Streik der Fensterputzer 268
Duisburg, Streik bei Schweitzer 269
Straßburg-Kehl, Lohnbewegung der Hafenarbeiter 269
Elberfeld-Barmen, Streik bei Kirberg 270
München, Lohnbewegung bei der Wach- und Schließ-Gesellschaft 271
Essen, Leitergerüstarbeiter-Streik erfolgreich 271
Leipzig, Lohnbewegung in Fuhrbetrieben 272
Hamburg, Streik auf den Getreidehebern 282
Sonderburg, Abwehrstreik der Hafenarbeiter 282
Ohligs, Erfolgreicher Streik bei Fricke . . 283
Pasing, Lohnaufbesserung bei Stiehel . . 284
Stuttgart, Streik bei Ostertag 284
Berlin, Zu der Bewegung bei der A. E.-G. 286
Streik auf den Holzplätzen in Hamburg . 290
Stuttgart, Ziegeleichauffeure 294
Salzungen, Streik der Bierfahrer . . . 294
Berlin, Lohnbewegung der Bretterträger . 295
Hamburg, Zum Streik auf den Getreidehebern 295, 296
Regensburg, Streik bei der S. D.-D.-G. 296
Sonderburg, Zum Kampf der Hafenarbeiter 296
Frankfurt a. M., Lohnbewegung bei Müller 296
Leipzig, Streik bei Hupfeld 296
Berlin, Streik in den Eisenkonstruktionswerkstätten 297
Branschweig, Lohnbewegung bei L. Fricke 297
Hamburg, Zum Streik der Holzplatzarbeiter 298
Magdeburg, Aussperrung bei Georges . 299
Rendsburg, Lohnbewegung bei Paap u. Co. 299
Harburg, Streik der Kutscher 303
Düsseldorf, Streik der Hafenarbeiter . . 304
Striegau, Lohnerhöhung der Bierfahrer . 308
Augsburg, Lohnerhöhung (Speditionsarbeiter) 310
Rendsburg, Lohnerhöhung (Holzplatzarbeiter) 311
Tilsit, Tarifabschluß (Holzplatzarbeiter) . . 311
Danzig, Zum Streik bei Schichau 312
Berlin, Tarifabschluß im Leitergerüstgewerbe 317
Nürnberg-Fürth, Lohnbewegung der Schließwächter 318
Kiel, Lohnbewegungen im 2. Quartal . . 318
Flensburg, Zum Abwehrkampf der Hafenarbeiter 329
Bielefeld, Streik bei Seppeler 333
Chemnitz, Streik der Möbeltransporteure . 334
Danzig, Streik bei Schichau 336
Hamburg, Lohnbewegung der Kesselreiniger 344
Frankfurt a. M., Lohnerhöhung 346
Ruß, Streik der Kutscher 346
Seckenburg, Streik bei Holzindustriellen . 346
Danzig, Streik bei Schichau 348
Chemnitz, Streik bei der Düngerabfuhr . 357
Stuttgart, Streik bei Mertz 358
Mannheim, Lohnerhöhung bei Stinnes . 367
Berlin, Siegreicher Streik der Bau- 2c.-Kutscher 368
Dresden, Möbeltransporteurlohnbewegung . 368
Freising, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 368
Köln, Bewegung der Fuhrleute und Lagerarbeiter 368
Elberfeld-Barmen, Streik bei Schlüter u. Libbert 381
Elberfeld-Barmen, Lohnbewegung bei Dicke u. Co. 381

Seite

Köln, Zur Lohnbewegung bei der Wach- und Schließgesellschaft 390
Hamburg, Differenzen bei Nepperschmidt . 393
Remscheid, Lohnerhöhung bei Völpel . . 394
Magdeburg, Erfolgreiche Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1911 401
Rendsburg, Lohnbewegung (Hafenarbeiter) 404
Sonderburg, Hafenarbeiterstreik-Beendigung 405
Dresden, Lohnbewegung (Transportarbeiter) 406
Glauchau, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 406
Reichenbach, Streikbrecherbeleidigungssühne 406
Leipzig, Wirtschaftliche Kämpfe 413
Danzig und Elbing, Waffenstillstand bei Schichau 414
Hamburg, Sperre über Kokeswerk 415
Kiel, Bericht der Lohnkommission (Hafenarbeiter) 416
Magdeburg, Erfolgreicher Hafenarbeiterstreik 416
Straßburg, Lohnbewegung 416
Darmstadt, Lohnbewegung 418
Pirmasens, Mißglückte Lohnbewegung . 418
Trier, Polizei kennt nicht Versammlungsrecht 419
Düsseldorf, Lohnbewegung der Fuhrleute 2c. 425
Halle, Lohnbewegung der Kohlenarbeiter . 425
Königsberg, Erfolgreiche Lohnbewegung (Kohlenarbeiter) 428
Frankfurt a. M., Lohnerhöhung (Hafenarbeiter) 439
Hamburg, Lohnbewegungen (Hafenarbeiter) 440
Straßburg, Vertagte Lohnbewegung . . 440
Darmstadt, Streik der Kohlenarbeiter . . 442
Dresden, Lohnbewegung beendet 442
Vegesack, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 443
Weißenfels, Lohnbewegung (Kutscher) . 443
Düsseldorf, Streik der Fuhrleute . 450, 462
Frankfurt a. M., Streik der Fensterputzer 451
Duisburg, Hafenarbeiterstreik 452
München, Eine christliche Schandtat . . . 460
Nürnberg-Fürth, Zur Lohnbewegung (Spedition) 461
Rostock, Streik der Kohlenkutscher 462
Berlin, Erfolg bei Salomonis 466
Berlin, Lohnerhöhung bei Scherl 466
Karlsruhe, Lohnerhöhung bei B. Finstein 467
Eßlingen, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 467
Tilsit, Streik und Sieg 468
Berlin, Streik bei Carl Stiller 471
Berlin, Lohnerhöhung (Chemiebranche) . . 475
Salzwedel, Erfolg bei Ewald 476
Hamburg, Jugendliche Lohnbewegung . . 476
Bremerhaven, Streik bei Brauns . . . 489
Breslau, Lohnerhöhung 489
Charlottenburg, Lohnerhöhung bei Krause 490
Dortmund, Streik bei Fley 490
Eisenach, Lohnerhöhung bei Weinstein . . 490
Frankfurt a. M., Tarif mit Packetfahrt, Aktien-Gesellschaft 490
Glauchau, Streik bei „Pocol" 490
Neustadt a. d. Orla, Streik bei Orlamünde 491
Osnabrück, Erfolgreiche Lohnbewegung . 491
Mixdorf, Streik der Rollkutscher 492
Straßburg, Streik der Möbeltransporteure 492
Schönebeck, Erfolgreiche Lohnbewegung . 492
Stettin, Lohnbewegung der Rollkutscher . 495
Dortmund, Streik der Kartoffelkutscher . . 496
Mannheim, Streik im Petroleumbetrieb . 501
Straßburg, Streik und Erfolg 501
Berlin, Lohnbewegung bei Streik 512
Berlin, Stellung zum Kampf im Buchbindergewerbe 512
Berlin, Verschommerte Lohnbewegung . . . 512
Breslau, Lohnbewegung (Montangesellschaft) 512
Frankfurt a. M., Erfolg der Einkassierer und Kassenboten 513
Mixdorf, Tarifentwurf (Müllkutscher) . . . 513
Nürnberg-Fürth, Lohnerhöhung bei Pleinsteiner 514
Dresden, Streik der Fensterputzer 524
Lübeck, Erfolgreiche Hafenarbeiterbewegung 524
Mixdorf, Streik der Müllkutscher 526
Darmstadt, Streik der Möbeltransporteure 532
Neumünster, Streik der Droschkenkutscher 535
Mannheim, Streik beim Sackjuden . . . 536
Neumünster, Streik der Kohlenarbeiter . 537
Dresden, Lohnerhöhung 560
München, Lohnerhöhung der Einkassierer . 561
Plauen, Singer Co. gibt keine Antwort . 561
Lohnbewegung der Müllkutscher Berlin 2c. . 580
Reutlingen, Streik bei Weith 587
Königsberg i. Pr., Droschkenführerstreik gegen Polizei 590
Leipzig, Erfolgreiche Lohnbewegung . . 596
Hamburg, Erfolgreicher Streik der Jugendlichen 597
Leipzig, Lohnbewegung der Kino-Angestellten 597
Aalen, Lohnbewegung (Transportarbeiter) . 597
Berlin, Lohnerhöhung bei Fraenkel . . . 607
Leipzig, Lohnbewegung Markthelfer) . . 608
Dresden, Lohnbewegung (Lastkutscher 2c.) . 609
Küstrin, Streik der Schwellenträger . . . 609

Tarifverträge und Vereinbarungen.

Tarifabschluß im Fräsereigewerbe zu Berlin 3
Tarifabschluß mit der Königsberger Volkszeitung (Frauen) 5
Binnenschiffer mit Dresdner Kohlenfirmen . . 6
Tarifabschluß mit Hamburger Brauereien . . 72

Seite

Tarifstreitigkeiten der Binnenschiffer mit der V. E. G. A.-G. (Schiedsspruch) 73
Hamburg, Tarif der Baggerer 110
Vereinbarung mit dem „Königl. Hofspediteur" in Berlin 111
Tarifdifferenzen der Rollkutscher in Berlin . . 113
Tarif der Austrägerinnen mit Vorwärts-Spedition 120
Tarif der Schildermacher in Berlin . . . 133
Nürnberg-Fürth, Fensterputzer schließen Tarif ab 134
Freiburg i. B., Möbeltransportarbeiter schließen Tarif ab 147
Leipzig, Transportarbeiter schließen mit Schramm Vertrag 147
Hamburg, Kohlenarbeitertarif (Bunkereibetriebe) 158
Spandau, Tarif mit Thomas (Hafenarbeiter 158
Flensburg, Vereinbarung mit der Speditionsfirma Denker 160
Stuttgart, Tarifabschluß mit Wohlfahrt (Kutscher) 160
Zabrze, Tarifvertrag (Fensterputzer) . . . 169
Danzig, Tarifabschluß (Weichselholzarbeiter) 169
Königsberg i. Pr., Tarif mit Radowski 170
Herford, Tarifabschluß im Speditionsgewerbe 171
Mannheim, Tarifabschluß (Kutscher) . . . 171
Posen, Tarif im Speditionsbetrieb . . . 172
Schwabach, Tarif für Fuhrleute 2c. . . . 172
Magdeburg, Vertrag mit der Elblagerhaus A.-G. 182
Augsburg, Tarifabschluß (Transportarbeiter) 182
Nowawes, Tarifabschluß (Kutscher) . . . 183
Tarif in Memel (Hafenarbeiter) 186
Altenburg, Tarifvertrag (Transportarbeiter) 188
Frankfurt a. M., Tarifvertrag (Möbelpacker) 190
Leipzig, Bierfahrer Tarifabschluß 193
Bremen, Fensterputzertarif 193
Breslau, Lohnerhöhung bei Scholz u. Mumm 194
Burg b. M., Lohnerhöhungen (Handelsarb.) 194
Nowawes, Tarif mit O. Mehlmann . . 196
Regensburg, Tarif mit Kgl. U. Fl. S. A.-G. (Hafenarbeiter) 202
Göppingen, Lohnerhöhung (Sped.-Firma) 203
Holzlagerplatzarbeiter in Memel (Tarif) . . 205
Pasing, Tarif mit Heim u. Pauli . . . 215
Tilsit, Tarif im Speicher- und Speditionsgewerbe 215
Wittenberge, Tarif mit Kohlenfirmen . 216
Elberfeld-Barmen, Vereinbarung der Fuhrleute 234
Frankfurt a. M., Fensterputzertarif . . . 236
Memel, Hafenarbeitertarifauslegungsdifferenzen 238
Leipzig, Arbeitszeitverkürzung bei Hellmer u. Co. 239
Cöthen, Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse 239
Glauchau, Lohnerhöhung (Transportarb.) . 239
Pening, Lohnerhöhung der Kutscher . . . 240
Tilsit, Tarif mit Speditionsfirma 240
Frankfurt a. M., Tarif der Fensterputzer 248
Hamburg, Tarif Transportarbeiter mit Markthallen-Gesellschaft 250
Fürth, Tarif Kutscher mit 20 Firmen . . 250
Tilsit, Tarif mit Werblonsky 260
Hamburg, Tarif mit Detailgeschäften . . 267
Braunschweig, Tarif (Fensterputzer) . . 272
Berlin, Tarifabschluß (Mineralwasserarbeiter) 282
München, Speditionsarbeitertarif . . . 283
Magdeburg, Vertrag mit „Volksstimme" (Arbeiterinnen) 293
Stuttgart, Chauffeurtarif mit Ziegeleien 294
Harburg, Tarif der Kutscher 303
Flensburg, Hafenarbeitertarif 308
Straßburg, Tarif der Hafenarbeiter . . 309
Frankfurt a. M., Tarif mit Bamberger u. Hertz 309
Mannheim, Tarif mit Scharff 309
München, Tarif mit Straßenreinigung . . 310
Nürnberg-Fürth, Tarif der Schließwächter 318
Hamburg, Tarif der Hausdiener vor der Tür 333
Stuttgart, Tarif mit der Lagerhausgesellschaft 333
Berlin, Tarif der Leitergerüstarbeiter . . 333
Chemnitz, Tarif der Möbeltransporter . . 334
Flensburg, Tarif der Kutscher 335
Mannheim, Tarif mit Eisengeschäften . . 336
Berlin, Einheitstarif in der Reinigungsbranche 342
Frankfurt a. M., Tarif mit Eisenhandlung 345
Bayreuth, Tarif Kutscher 346
Elberfeld-Barmen, Tarif mit Bächer 346
Augsburg, Tarif der Kohlenarbeiter . . 353
Feuerbach, Tarif mit Scherrieble . . . 357
Stuttgart, Tarif mit Mertz 358
München, Tarif mit Käsereien 367
Cöln, Abschluß der Bewegung (Tarif) . . 368
Rathenow, Lohnerhöhung (Mühle) . . . 369
Stuttgart, Tarif mit Mineralwassermunz 369
Cöln, Tarif mit der Wach- und Schließgesellschaft 390
Leipzig, Tarif mit Schultheiß 392
Rendsburg, Hafenarbeitertarif 404
Sonderburg, Hafenarbeitertarif 405
Hannover, Fensterputzertarif. 415
Cöln, Tarif der Fuhrleute usw. 436
Breslau, Fensterputzertarif 439
Leipzig, Tarif mit Arbeiterturner . . . 441
Magdeburg, Tarif mit Freitag 441
Darmstadt, Tarif Kohlenarbeiter 442
Dresden, Möbeltransportertarif 442
Hamburg, Tarif der Möbeltransporter . . 448
Frankfurt a. M.: Tarif der Fensterputzer . 451
Hannover, Tarif der Handelsarbeiter . . 453

Seite

Nürnberg-Fürth, Tarifvertrag (Spedition) 461
Aus Mecklenburg, Tarifverträge (Rostock, Wismar und Schwerin) 462
Eßlingen, Tarif (Transportarbeiter) . . 467
Düsseldorf, Transportarbeitervertrag . . 470
Danzig, Kohlenarbeitertarif 476
Dresden, Anerkennung des Möbeltransportertarifs 477
Stuttgart, Tarifverträge 477
Göppingen, Tarif mit Wackler 491
Ludwigshafen, Tarif (Möbelspediteure) 491
München, Tarif mit Oberpollinger . 586, 500
München, Tarif der Automobilisten . . . 511
Lübeck, Tarif der Hafenarbeiter . . 536, 521
Frankfurt a. M., Tarif mit Dampfmolkerei 525
Mixdorf, Tarif der Müllkutscher 526
Görlitz, Tarif mit Bescheerer 535
Dresden, Tarif mit Petroleumgeschälten . 536
Neumünster, Tarif der Kohlenarbeiter . 537
Die Tarifabschlüsse des D. T. V. 541
Thorn, Tarif für Kornträger 548
Bremen, Tarif der Kohlenarbeiter . . . 550
Nürnberg-Fürth, Tarif mit „Lumina" 550
Frankfurt a. M., Tarif mit Grand-Bazar 573
Tarif der Müllkutscher Berlin usw. . . . 580
Gera, Tiefstarifverlängerung 586
Elberfeld, Tarif mit Kartoffelhandlungen 587
Halle, Handelsarbeitertarif 595
Worms, Tarif der Möbeltransporter . . . 599
Berlin, Tarif im Getreidespeichergewerbe . 604
Berlin, Vereinbarung mit Fraenkel . . . 607
Leipzig, Tarif mit Fischhandlungen . 608, 621
Hamburg, Tarif m. Pianotransportgeschäften 609
Mainz, Tarif mit der Amerik. Petr.-Gesellsch. 610

Zur Ladenschlußbewegung.

Bekanntmachung des bayerischen Staatsministeriums über Mindestruhezeit 51
Kopenhagen, Sechsuhr-Ladenschluß . . 52
Leipziger Handelsangestellten verlangen 7 Uhr-Schalter-Schluß (Versammlung) . . 270
Eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf 296
Köln, Früherer Ladenschluß am Sonnabend . 296
Eine wichtige Kammergerichtsentscheidung . . . 367
Ruhezeit in Verkaufsstellen 416
Berlin, Ladenschluß am „Heilig"abend . . 595
Breslau, Kino am 24. Dezember nicht geschlossen 621

Zur Sonntagsruhe.

Dr. Landsberger, Vorsitzender des Charlottenburger Kaufmannsgerichts über die Sonntagsruhe 2
Reichsgesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe? 27
Hausagrarier gegen Sonntagsruhe 40
Keine Bezahlung für Sonntagsarbeit (M. Liemann) 51
Bayrische Staatsministerium (Sonntagsruhe pp.) 51
Berlin, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe (Vortrag) 74
Berlin, Erweiterung der Sonntagsruhe . . 110
Berlin, Sonntagsruhe und Stadtverordnete . 119
Berlin, Stellungnahme zur Sonntagsruhe (V. V.) 146
Straßburg, Versammlung für die Sonntagsruhe 146
Bürgerschaftsverhandlung in Bremen . . . 194
Einschränkung der Sonntagsarbeit in Charlottenburg 194
Sonntagsruheverletzung mit Billigung der Breslauer (!) Polizei 214
Breslau, Eingabe des Verbandes (völlige Sonntagsruhe) 215
Berlin, Bericht der Sonntagsruhe-Ueberwachungskommission 225
Karlsruhe, Protest gegen Beschränkung der der Sonntagsruhe 239
Berlin, Sozialdemokratischer Antrag im Stadtparlament 249
Berlin, Einkassierer verlangen Sonntagsruhe (Versammlung) 269
Görlitz, Kampf um die Sonntagsruhe . . 296
Landau, Die „Sonntagsruhe" in Landau 298
Breslau, Kampf um die Sonntagsruhe . 303
Mannheim, Ein Erfolg 356
Magdeburg, Der Kampf um die Sonntagsruhe 376
Kauft nicht am Sonntag (Kopfleiste) 421
Verkehrstage und Sonntagsruhe 441
Berlin, Protest gegen Sonntagsruheverschleppung 474
Berlin, Vereinheitlichung der Gottesdienstzeiten? 524
Hannover, Versammlung verlangt völlige Sonntagsruhe 525
Düsseldorf, Die „erstklassigen" gegen die Sonntagsruhe 549
Heidelberg propagiert die völlige Sonntagsruhe 549
Berlin, Sonntagsruhe und Kirchenzeit . . 560
Berlin, Sonntagsruhe im Droschkengewerbe 582
Stettin, Verweigerung jeder Sonntagsarbeit 584

Fahr- und Fachschulen.

Gründung des Verbandes deutscher Fachschulen . 15
Gründung der Halleschen Fahrschule (Wir vom Vorstand ausgeschlossen) 111
Von der Fahrschule in Hannover 138
Kommunale Chauffeurschulen 213
Kommunale Chauffeurschulen gesichert? . . . 224

Seite

Chauffeurschulen 280
Saarbrücken: Unternehmer gegen Fahrschule? 368
Gründung einer Fahrschule in Kottbus . . 424
Mannheim: Errichtung einer Fahrschule . 610

Arbeiterschutz, Unfallverhütungsvorschriften und Unfälle.

Die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung für Transportarbeiter 13
Unfallgefahren bei der N. N. F. D. G. . . 19
Hamburger Hafen im Dezember 87 Unfälle, davon 5 tötliche 24
Die Unfallgefahren (Kaiserl. Statistisches Amt) 32
Schlechte Arbeitsmethode in Bremen (Hafenarbeiter) 39
Der erste Verkünder des internationalen Arbeiterschutzes 43
Vergehen gegen den Arbeiterschutz (Statistik) . 116
Die ersten Unfälle im Jahre 1911 im Hamburger Hafen 137, 149
Ermüdung der Arbeiter als hauptsächliche Ursache der Betriebsunfälle 139
Arbeiterschutz und Unfälle im Hamburger Hafen 161

Arbeitsnachweis und Arbeitsmarkt.

Die Beschäftigung im Hamburger Hafen im November 1910 (Mängel des Arbeitsnachweises des Hafenbetriebsvereins) 4
Dresdener Droschkenkutscher gegen Unternehmer-Arbeitsnachweis 18
Der Arbeitsmarkt in Hafenplätzen 1910 . . . 26
Die Beschäftigung im Hamburger Hafen im Jahre 1910 70
Berlin, Unser Arbeitsnachweis im 4. Quartal 1904 100
Berlin, Unser Arbeitsnachweis vermittelte 23 966 Arbeiter (1910) 107
Arbeitsmarkt in den Hafenplätzen im Winter 1910/1911 145
Arbeitsmarkt in den Hafenplätzen 194
Bericht des Berliner Verbands-Arbeitsnachweises 228
Erfolg der Verbands-Arbeitsnachweise . . . 245
Arbeitsmarkt in den Hafenplätzen 248
Hamburg: Beschäftigung im Mai (Hafenarbeiter 320
Arbeitsnachweis der Berliner Verwaltung im 2. Quartal 1911 336
Frankfurt a. M.: Arbeiterinnen protestieren gegen die Art der Arbeitvergebung . . . 342
Beschäftigungsgrad in deutschen Hafenplätzen . 352
Arbeiternachweis oder Arbeitsnachweis? 355
Hamburg: Beschäftigung im Juni (Hafenarbeiter) 355
Hitze und Arbeitsmarkt 426
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 437
Stellenvermittlung für Automobilführer . . . 470
Arbeitsnachweis der Berliner Verwaltung im 3. Quartal 504
Chemnitz: Arbeitsnachweis als Maßregelungsinstitut 513
Hamburg: Beschäftigung im November (Hafenarbeiter) 620

Gedichte.

Zum neuen Jahr 1
Sperrt sie ein! 23
Klassenkampf 59
Ihr wollt den Volksgeist niederringen 94
Rastlos vorwärts mußt du streben 101
Hoffnung 119
Du sollst 131
Auf! 137
Der Proletar 143
Klagen 191
Arbeiterfeiertag 199
Philister 211
Leben 223
Freiheitskampf 234
Horch ein Geläut 247
Pfingsten 253
Der Dieb 285
Worte sind nur blinde Schüsse 291
Du bist das Volk 303
Ein harmloses Rätsel 315
Wir sind die Arbeit! Die Macht! 328
Erlösung 363
An den Proletar! 387
An den Maschinen 399
Arbeit 411
Guter Rat 423
Wir wollen nicht Heloten sein 447
Die Praktischen 459
Stark 471
Der Kapitalverbrecher 483
Christliche Predigt 495
Moral 507
Krieg 521
Seltene Treue 531
Im Schnellzug 543
Herbst 556
In Reih und Glied 569
An das Zentrum 579
Das Haus am Wege 591
Unser Weihnachtsbaum 603
Sturm 615

Feuilletons.

Mutterschutz und Säuglingsernährung 9
Geschichte der Bergarbeiter 30
Großkapitalistische Menschheitsbeglücker . . . 53

Seite

Der Lastträger 65
Milanino (genossenschaftliche Gartenstadt) . . . 89
Krankheiten der Pferde 114
Spielhagen und die Arbeiterbewegung 125
Das Lasttier im Orient 137
Der Schnapsteufel 150
Absolutismus und Umsturz von ehedem . . . 173
Kampf dem Fusel 241
Automobilbremsen 2c. 274
Märchen der Wirklichkeit 290
Die Kraftquellen des Automobils . 314, 350, 398, 434, 506
Protestantische Ketzerverfolgung 374
Fromme Wohltätigkeit 386
Der Triumph unseres Wirkens 410
Macht auf! 422
Die „Zukunft" der Menschheit 446
Die Notwendigkeit der Geschwindigkeitsmesser an Automobilen 458
Ein sozialpolitisches Gleichnis 482
Das Problem der Straßen 494
Der Krieg 519
Betrachtungen zur internationalen Automobilausstellung in Berlin . . . 530, 568, 614
Heinrich von Kleist († hundert Jahre) . 542, 554
Klerikale Schundliteratur 578
Dämon Alkohol 590
Freiherr von Ketteler 602
Jahreswende 614

Kongresse und Konferenzen.

Zweite Konferenz des Gaues 10 (Hannover) . 4
Erste Konferenz des Gaues 1 (Ost- und Westpreußen) 14
Delegiertenversammlung der Binnenschiffer Elbe, Oder 2c. 38
Erste Konferenz im Gau 7 (Nord-Bayern) . . 41
Einladung zum Gewerkschaftskongreß 196
Zum Gewerkschaftskongreß 301
Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses . . 325, 337
Einladung zur Gaukonferenz (6) 492
5. Konferenz des Gaues Schlesien-Posen . . . 499
Einladung zur Gaukonferenz (12) 504
Konferenz Bremen-Oldenburg 578
Konferenz Gau Süd-Bayern 579

Literarisches.

12, 44, 67, 116, 124 (Moabit), 128, 148, 152, 160, 164, 188, 240, 244, 264, 275, 288, 324, 336, 383, 396, 420, 504, 516, 528, 552, 576, 600, 611, 624

Bekanntmachungen der Buchhandlung „Courier".

88, 100, 205, 312, 552

Oertliche Bekanntmachungen.

88, 100, 112, 252, 260, 284, 456, 468, 528, 552, 564, 588

Abrechnung der Hauptkasse.

64, 231, 432, 540

Abrechnung der Verwaltungsstellen.

64, 232, 432, 540

Gau-Uebersicht.

326, 517

Aufrufe.

456, 468

Mitteilungen des Vorstandes.

28, 40, 52, 88, 100, 112, 124, 148, 160, 172, 184, 204, 216, 228, 252, 260, 272, 284, 300, 312, 324, 336, 348, 360, 372, 384, 396, 408, 420, 432, 444, 456, 468, 480, 492, 504, 516, 628, 540, 552, 564, 576, 588, 600, 612

Bekanntmachungen des Vorstandes.

8, 20, 40, 52, 64, 76, 88, 100, 112, 124, 136, 148, 184, 204, 228, 252, 272, 312, 336, 360, 372, 396, 408, 444, 456, 468, 480, 492, 504, 528, 552, 564, 576, 588, 612, 624

Fakultative Unterstützungseinrichtungen.

88, 152, 384, 444, 612

Briefkasten und Berichtigungen 2c.

64, 112, 136, 172, 228, 240, 252, 260, 272, 284, 300, 312, 336, 348, 408, 420, 432, 456, 468, 480, 528, 540, 550, 564, 576, 588

Oeffentliche u. Mitgliederversammlungen.

Aachen 273
Aken a. d. E. 63
Altena 599
Altenburg i. S. 54, 188, 514
Ansbach 271, 563
Arnstadt 66
Aschersleben 358
Baden-Baden 587
Bamberg 66

Seite

Barby 358
Beelitz i. d. M. 226, 574
Bergedorf 478
Berlin 40, 61, 63, 66, 72, 73, 74, 77, 98, 103, 110, 113, 120, 121, 123, 140, 145, 149, 163, 176, 182, 213, 219, 249, 258, 262, 269, 274, 280, 294, 299, 322, 323, 347, 370, 395, 407, 419, 431, 478, 502, 526, 537, 588, 610, 622
Bernburg 10, 299, 563
Beuthen 419, 574
Bielefeld 77, 163, 419
Bitterfeld 574
Bochum 478, 502, 563, 623
Brake i. Oldbg. 66, 229
Brandenburg 103, 263
Braunschweig 272, 550
Bremen 89
Bremerhaven 39, 89, 230, 370, 550
Breslau 126, 150, 163, 243, 282, 320
Bromberg 77
Bunzlau 66, 538
Celle i. H. 77, 563
Charlottenburg 66, 126, 502
Chemnitz 77, 455
Claustal-Zellerfeld 563, 588
Coburg 312
Cöln 55, 207, 244
Cöpenick 538
Cöthen 239
Cottbus 358, 478
Cuxhaven 78, 163, 574
Danzig 89, 114, 219, 382, 551
Darmstadt 114, 260, 300, 599
Delitzsch 10, 115, 206
Dessau 66, 127, 150, 206, 563, 574
Dresden 19, 62, 115, 123, 236, 243, 259, 312, 323, 347, 370, 382, 526
Düsseldorf 263, 539
Eisenach 67, 479
Elberfeld-Barmen 66, 207, 312, 371
Elbing 263, 382, 599
Elmshorn 347, 527
Emden 10, 67
Erfurt 103, 140, 502
Erlangen 54
Essen a. d. Ruhr 176, 371, 551
Flensburg 67, 150, 171, 207, 219, 274, 347, 419, 443, 574
Flörsheim 610
Forst i. d. L. 115
Frankental i. d. Pf. 599, 610
Frankfurt a. M. 54, 98, 127, 230, 263, 323, 382, 502, 563
Frankfurt a. O. 207, 358, 502
Freiburg i. Schl. 54, 443
Fürstenwalde a. d. Spree 54, 89, 312, 407, 455, 574, 623
Gelsenkirchen 127, 623
Gera 54
Glatz 11
Gleiwitz 89, 575
Görlitz 104, 230, 443, 575
Göttingen 323, 575
Goslar 115
Gotha 479
Grabow 78
Greiz i. V. 28
Grünberg i. Schl. 127
Güstrow 610
Hagen i. W. 78
Halberstadt 407, 431
Halle 11, 54, 140, 163, 219, 274, 323, 347, 371, 443, 514, 575
Hamburg 11, 19, 20, 52, 62, 72, 73, 78, 90, 104, 115, 127, 140, 151, 163, 164, 168, 181, 182, 194, 195, 213, 219, 220, 224, 237, 243, 248, 264, 274, 281, 287, 347, 358, 371, 407, 432, 455, 479, 514, 527, 551, 575, 610
Hameln 67
Hamm i. W. 599
Hannover 72, 90, 134, 243, 408, 527
Harburg 55, 71, 151, 164, 207, 563
Haynau i. Schl. 90, 151, 275, 432, 563
Heerdt 323
Heide i. Holst. 11, 116
Heidelberg 43, 480, 564
Heilbronn 264, 480
eppens 11
Herford i. W. 67
Hildesheim 78, 176, 527
Hirschberg i. Schl. 20, 176, 207, 275, 444, 564, 599
Höchst a. M. 20, 78, 207, 288, 432, 564
Hof i. B. 55, 207
Homburg 32, 382
Jauer 20, 78, 610
Jena 55, 551
Insterburg 623
Iserlohn 515
Itzehoe 300
Jüterbog 456
Karlsruhe 588
Kassel 116, 151
Kattowitz 275
Kiel 90, 159, 220, 358, 515
Königsberg i. Pr. . . . 43, 208, 264, 360, 539, 575
Königslutter 551
Könnern a. S. 444
Krefeld 78
Küstrin 503
Lauban 382
Landsberg a. d. W. 56, 151, 395, 564
Langenbielau 78

	Seite
Leer i. Ostfriesland	78, 104
Leipzig	51, 56, 79, 91, 140, 159, 213, 230, 270, 275, 360, 382, 503, 552, 599
Liegnitz	12, 79, 140, 207 264, 288, 336, 372, 444, 480, 503, 515, 575, 588, 611
Lindau	250
Löwenberg	480
Magdeburg	116, 244, 419, 564
Mainz	151, 170, 188, 244, 348, 527, 575, 599
Malchin	104
Mannheim-Ludwigshaven	39, 91, 527
Marburg	78, 230
Maserwitz	480
Meerane	67
Memel	56, 372, 383
Mühlhausen i. Th.	116
Mülhausen i. Els.	231, 395
Mülrose	43
München	12, 73, 104, 231, 258, 348, 372, 383, 503, 539
Neumünster	575
Norden	116
Nordenham	91, 116, 232
Nordhausen	67, 275, 599
Nowawes	264, 420, 456, 575
Nürnberg-Fürth	54, 128, 134, 168, 250, 275
Offenbach	79
Ohlau	232, 264
Oldenburg	44, 207, 348, 515

	Seite
Oppeln	116, 264
Papenburg	91, 116, 515
Pasing	67
Passau	67
Pirmasens	176, 610
Plauen i. V.	79
Posen	79, 275, 321, 322, 323
Potsdam	67, 323, 383, 564
Rahlstedt (Alt-)	408
Rathenow	91, 104
Reichenbach i. Voigtl.	564
Rendsburg	91
Riesa	56, 176, 288, 336, 395, 552
Rixdorf	67, 323, 564
Roßwein	56
Rostock	140, 360, 527
Rudolstadt	152
Ruß	275
Rüstringen	164, 515
Saarbrücken	503, 575
Salzwedel	67
Sangerhausen	79, 540
Seckenburg	300
Selb	575
Siegen	456
Solingen	207, 395, 599
Spandau	92, 232, 383, 552, 575
Schmiedeberg	12
Schönebeck	79, 324

	Seite
Schwabach	91
Schweinfurt	611
Schwerin	80
Stettin	73, 182, 225, 264, 420, 528, 623
Stolp	80, 92, 140, 372, 432
Striegau	80, 383, 456
Stuttgart	44, 152, 220, 227, 251, 383, 528, 588 611
Tempelhof-Mariendorf	599
Theißen	12
Thorn	503
Tilsit	56, 383, 396, 504
Trier	324
Ulm	56, 272
Vegesack	92
Velten	92
Waldenburg	444, 516, 564, 599
Weißenfels	588
Weißwasser	288
Wetzlar	408
Wiesbaden	80, 420
Wismar	104
Wildeshausen	207
Wittingen	176
Worms	92, 244, 383, 576, 623
Würzburg	128, 195, 275, 372, 396, 480, 516, 600
Zeitz	80
Zittau	80, 540
Zwenkau i. S.	104
Zwickau	600

Verantwortl. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg. — Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H. — Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Courier.

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsschluß
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 1. | Berlin, den 1. Januar 1911. | 15. Jahrg.

1911

Zum neuen Jahre.

Von neuem auf dem Zifferblatt der Zeit
Hebt nun der Jahreszeiger an zur Runde.
Von neuem häuft sich mählig Leid zu Leid, —
Von neuem schlägt das Dasein Wund' um Wunde.
Rastlos der Tage Kette ab sich rollt:
Den einen bringt das Schicksal Not und Jammer, —
Den andren Glück und Lebenslust und Gold.
Amboß der eine — und der andre Hammer!

Du sinnst? Ist dir zum Grübeln auch noch Frist?
Wist du nicht ganz ins Joch gezwungen werden,
Dann zög're nicht! Zeig', daß ein Mensch du bist
Zum Glück und zum Genuß bestimmt auf Erden!
Scheß' dich den Brüdern an, die unentwegt
Erlehtern wollen ihre Lebensbürde,
Die laut verlangen, daß, wer Pflichten trägt,
Auch Rechte hat auf seine Menschenwürde!

Den Einzelnen zerbricht der harte Tag
Wie dürres Holz. Wo Viele sich verbinden
Zur zähen Abwehr und zum Angriffsschlag,
Da werden stark die Einzelnen sich finden!
Du, Mann der Arbeit, bleibt dir groß noch Wahl
Lang' zu erwägen, welcher Weg der deine?
Schlürft nicht dein Mark, dein Blut das Kapital?
Und gibt es nicht statt Brod dir Hungersteine?

Wohin du schaust, sie schrauben in die Höhe
Den Preis für Kleidung und für Nahrungsmittel.
Der Winter kam mit Eis und Frost und Schnee:
Du stehst und frierst im dünnen Arbeitskittel . . .
Und zu der Teurung protzten auf die Macht
Sie keck und höhnten der Proteste Mahnen:
Die heute ihr uns fernsteht — aufgewacht!
Organisiert Euch! Strömt zu uns'ren Fahnen!

Nur wenn wir stark sind, ist bei uns der Sieg
In diesem Kampf der ringenden Gewalten.
Und ist auch hart und grausam dieser Krieg,
Wir werden ihn bestehn und Treue halten!
Wir werden ihn auf u n s' r e Art besteh'n:
Nicht mit den Waffen . . . Für das Hohe, Wahre
Wird man begeisterungerweckend streiten seh'n
Uns, wie im alten, auch im neuen Jahre!

Die statistischen Erhebungen betreffs Einführung der Sonntags- und Nachtruhe in der Binnenschiffahrt.

II.

Wir schlossen den ersten Artikel mit dem Hinweis, daß zuerst durchweg nur religiöse Motive den Stein ins Rollen brachten, bald darauf wurden aber auch andere Gründe ins Feld geführt. Das Gebahren der Privatschiffahrt war ein eigenartiges Schauspiel. Auf dem Rhein waren die Partikulierschiffer der treibende Teil, man muß es den Leuten nachsagen, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Oeffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände hinwiesen. Trotzdem wäre die Sache doch wohl eingeschlafen, wenn nicht inzwischen die Schiffsmannschaften selbst auf dem Plan getreten wären. Auf den anderen Stromgebieten wie Elbe, Oder nahm man jahrelang an den Erhebungen fast gar keinen Anteil; die Privatschiffer waren Gegner der Sonntags- und Nachtruhe und sind es zum Teil heute noch. Das Eintreten des Hafenarbeiterverbandes für die Interessen der Binnenschiffer brachte erst wieder neues Leben in diese Bewegung, und vor allen Dingen verstand die Organisation es, das Augenmerk der Schiffsmannschaften auf die eminente Bedeutung der Frage zu lenken. Der Hafenarbeiterverband hat aber auch von der Zeit an, wo der Beirat für Arbeiterstatistik sich mit den Erhebungen beschäftigte, alles getan, um zu helfen, die Arbeiten des Beirates brauchbar zu machen und zu fördern. Das erstere war notwendig, denn die Verhältnisse, die erforscht werden sollten, war der Körperschaft, der die Arbeit aufgetragen war, unbekannt, und die herangezogenen Berater aus Schiffahrtskreisen hatten in den meisten Fällen aus begreiflichen Gründen kein Interesse.

Die vorzunehmenden schriftlichen Erhebungen waren nicht leichter Art. Man hatte allerdings beschlossen, die Erhebungen nur auf die gewerblichen Binnenschiffahrtsbetriebe zu erstrecken und die Flößerei ganz auszuschalten, ferner, die gewöhnlichen Boote, Nachen, Gondeln und ähnlichen kleinen Fahrzeuge, welche zum Uebersetzen und zu Lustfahrten benutzt werden. Auch die Arbeitszeit der Kapitäne wurde von den Ermittelungen ausgeschlossen, weil diese sich nur auf die Schiffsmannschaften erstrecken sollte, der Kapitän aber auf Grund § 21 des B. G. hier nicht zuzurechnen ist. Der Vorsitzende der Kommission wies auch darauf hin, daß anzunehmen sei, daß die Unternehmer den Erhebungen Schwierigkeiten in den Weg legen würden und wies auf das Verhalten der Sächsisch-Böhmischen Dampferschiffahrtsgesellschaft hin, welche seinerzeit der sächsischen Regierung erklärt hatte, sie lasse sich nicht in ihren Betrieb hineinreden.

Daß die Befürchtung berechtigt war, hat sich dann bei den Erhebungen bewahrheitet. Leider tat man nichts dagegen; ein wirksames Mittel wäre gewesen, die Hilfe des Hafenarbeiterverbandes anzunehmen. — Der Genosse Molkenbuhr als Mitglied der Kommission regte diese Frage wiederholt an, fand aber bei den übrigen Mitgliedern kein Gehör; wir haben trotzdem versucht, nach Kräften mitzuwirken und verweisen auf die von uns damals herausgegebenen Tagebücher, die dem Beirat auch vorgelegen haben. Wir waren von vornherein überzeugt, daß mit dem Material des Beirates nicht erschöpfend die Verhältnisse ergründet werden könnten. Auch die Beteiligung wäre eine regere gewesen, wenn man die Organisation nicht zurückgewiesen hätte. Doch hier waren andere Mächte im Spiel, der Zentralverein für Fluß- und Kanalschiffahrt war schon wiederholt in Aktion getreten, und als nun die Sache anscheinend für die Reedereibesitzer bedrohliche Formen annahm, arbeitete der Zentralverein mit doppeltem Eifer und Erfolge. Allerdings ging sein Wirken dahin, die Erhebungen so zu gestalten, daß an den bestehenden Verhältnissen auch nicht das Geringste geändert zu werden brauchte. Vor allem hatte er es darauf abgesehen, den Verband der Hafenarbeiter in Eingaben zu verdächtigen. Es heißt da in einer Eingabe, welche sich mit der Ausgestaltung der Fragebogen befaßt, wörtlich: „Wenn der sozialdemokratische Verband der Hafenarbeiter, Abteilung für Binnenschiffahrt, seinerseits, um nämlich für die sozialistischen Ideen ein günstiges Ergebnis der Enquete herbeizuführen, dem ihm zugänglichen Schiffspersonal solche Tagebücher überweisen will, so erhellt sich schon hieraus die Schwierigkeit der Enquete. Andererseits geht aber auch daraus hervor, welchen Zwecken diese Enquete von seiten der Sozialdemokratie dienstbar gemacht werden soll.“ Diese Probe sollte eigentlich genügt haben, um diesen Verein von seiner Mitwirkung bei den Erhebungen auszuscheiden. Doch man tat das Gegenteil; einem Teil der Anträge des Zentralvereins zwecks Umgestaltung der Fragebogen wurde Folge geleistet. Auch der Termin wurde auf Wunsch des Zentralvereins geändert.

Es war dann vom Beirat beschlossen, die Erhebungen im Jahre 1904 vorzunehmen, doch konnte dies, weil die Schiffahrt wegen des niedrigen Wasserstandes ruhte, nicht geschehen. Es wurde dann das Jahr 1905 genommen. Ferner war vorgesehen, falls die schriftliche Befragung noch kein endgültiges Urteil zulasse, Sachverständige zu vernehmen. Letzteres ist dann bekanntlich auch geschehen.

Bei der Erhebung hatte man den Schiffahrtsbetrieb in drei Klassen geteilt: A. Fährbetriebe, B. Dampf- und Motorbetriebe und C. Schiffe ohne eigene Betriebskraft. Wir können im Rahmen dieser Artikel nicht im einzelnen auf die Ausgestaltung der Fragebogen eingehen, haben dies ja früher getan; nur soviel sei gesagt, daß dieselben an Klarheit zu wünschen übrig ließen. Der Fragebogen für die Abteilung A. umfaßt 50 Fragen, für B. 86 und für C. 57. Befragt wurden von A. 29,21 pCt., von B. 25,69 pCt. und von C. 13,07 pCt. An die Arbeitgeber wurden 1934 und an die Arbeitnehmer 1969 Fragebogen gesandt. Die Fragebogen verteilen sich wie folgt auf Klasse A. Fährbetriebe, insgesamt 354, davon 176 für Arbeitgeber, 178 für Arbeitnehmer; Klasse B. Dampf- und Motorbetriebe, insgesamt 663, davon 332 für Arbeitgeber, 331 für Arbeitnehmer; Klasse C. Schiffe ohne eigene Triebkraft, insges. 2886, davon 1426 für Arbeitgeber, 1460 für Arbeitnehmer. Betriebe wurden befragt zusammen 3297 und zwar von Klasse A. 343, von B. 536 und C. 2418.

Von den Fragebogen gingen 3685 ein. Brauchbar waren für A. 197, für B. 450 und für C. 1278. Also ganze 53 pCt. Es waren dann noch 532 Arbeitnehmerfragebogen, die von Arbeitgebern ausgefüllt waren; auch diese Fragebogen wurden unbegreiflicherweise den Fragebogen der Arbeitnehmer zugezählt. Damit erhöht sich der Prozentsatz auf 63. Die meisten Fragebogen waren von den Unternehmern zurückgeliefert. Die Mannschaften hatten, wie nachgewiesen wurde, aus Furcht vor Entlassung die Ausfüllung unterlassen. Ja, ein Teil hatte, weil Strom- und Ortspolizei mitwirkte, aus Furcht vor Steuern sich gedrückt. Auch ein Zeichen der Zeit.

Trotz der eigentümlichen Art der Erhebung und des winzigen Teils der befragten Betriebe und Personen, kamen doch schon Zustände ungeheuerlicher Art zum Vorschein. Ein Beweis, daß es allenthalben in der Binnenschiffahrt Mißstände gibt, und daß diese so massenhaft auftraten, daß sie mit keinen Mitteln zu verdecken waren. Wurde da, um ein Beispiel herauszugreifen, doch festgestellt, daß auf 145 Schleppschiffen mit 296 Mann Besatzung die Arbeitszeit länger als 24 Stunden war. Doch trotzdem besaß der Referent, Geheimrat Neumann, die Stirn, zu erklären:

„Die Erhebungen hätten bereits eine Anzahl gewichtiger Momente ergeben, welche es fraglich erscheinen lassen, ob für die Segelschifffahrt überhaupt und allgemein an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht werden könne, und ob eine solche geboten erscheine.“

Man scheute sich wohl kurzerhand abzubrechen, denn in der Zwischenzeit hatte die Organisation der Schiffsmannschaften auf allen Flüssen bedeutende Fortschritte gemacht; auf der Elbe hatte soeben ein mehrwöchiger Kampf getobt und der Ruf der organisierten Schiffsmannschaften erschallte immer deutlicher. Dies mag wohl auch Anlaß gegeben haben, in den Erhebungen fortzufahren. Es wurde dann beschlossen, Auskunftspersonen zu vernehmen.

Die mündlichen Vernehmungen fanden dann vom 11. bis zum 14. Dezember 1907 und vom 28. bis 30. April 1908 statt. Auf diese werden wir im nächsten Artikel eingehen.

Ein vernünftiges Wort über die Sonntagsruhe.

Die Bemühungen der Arbeiterorganisationen, eine Verkürzung der Sonntagsarbeitszeit in Groß-Berlin herbeizuführen, hat, wie wir bereits in verschiedenen Nummern dieses Blattes mitgeteilt haben, verschiedene Unternehmervereine auf den Plan gerufen, deren Bestreben dahin geht, eine Erweiterung der Sonntagsruhe mit allen Mitteln zu vereiteln. Dieses rückständige Treiben hat nun einen unparteiischen Mann veranlaßt, die Herren Scharfmacher recht gut abzuführen. Es ist dies der Magistrats-Assessor Dr. Landsberger in Charlottenburg, der als Vorsitzender des dortigen Kaufmannsgerichts etwas von der Sache versteht. Dieser schreibt zur Sache in einem hiesigen Blatte:

„Bestimmungen über die Sonntagsruhe trifft zunächst die Reichs-Gewerbeordnung. Danach dürfen im Handelsgewerbe Gehilfen an den gewöhnlichen Sonntagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden; die Sonntagsarbeit kann für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Bei statutarischer Feststellung der durch Ortsstatut eingeschränkten Beschäftigungszeit haben die Aufsichtsbehörden darauf hinzuwirken, daß nur solche Ortsstatuten die Bestätigung des Bezirksausschusses erhalten, die eine wirksamere als die gesetzliche Sonntagsruhe herbeizuführen geeignet sind; dies gilt beispielsweise nicht von Statuten, die die Arbeitszeit nur unbedeutend verkürzen. Hiernach ist es möglich, die Sonn- und Festtagsarbeit im Handelsgewerbe auf kürzere als die gesetzliche Zeit von fünf Stunden zu beschränken, oder sie ganz zu unterdrücken. Die Bestimmung durch Ortsstatut kann „für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes“ erfolgen. In Berlin ist ein solches Ortsstatut nur für Fabrik-, Engros-, Bank-, Versicherungs-, Speditions- und Agenturgeschäfte, soweit der Betrieb nicht in offenen Verkaufsstellen stattfindet, erlassen, das die in der Reichs-Gewerbeordnung bestimmte fünfstündige Arbeitszeit auf zwei Stunden, und zwar für die Zeit von 8—10 Uhr vormittags, herabsetzt. Für Charlottenburg gilt ein Ortsstatut fast gleichen Inhalts. Für offene Verkaufsstellen ist mithin weder in Berlin noch in Charlottenburg statutarische Bestimmung getroffen.

Der Magistrat in Berlin schlägt nun der Stadtverordnetenversammlung ein Ortsstatut für die Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen vor, wonach die Sonntagsarbeit in den Genußmittelbranchen, sowie im Blumenhandel wie bisher verbleibt, in allen übrigen Ladengeschäften jedoch nur von 7—10 Uhr vormittags gestattet wird.

Auch der Charlottenburger Magistrat erwägt den Erlaß statutarischer Bestimmungen für die Sonntagsruhe und hat deshalb außer andern Vertretungen des Handelsgewerbes das Kaufmannsgericht um ein Gutachten über den Erlaß eines Ortsstatuts ersucht. Das Gutachten des Kaufmannsgerichts ist den Lesern dieser Zeitschrift bekannt. Danach soll die Sonntagsarbeit in allen Ladengeschäften zur Vorbereitung der völligen Sonntagsruhe für zwei Jahre nur von 7—10 Uhr vormittags gestattet sein. Nach Ablauf von zwei Jahren soll die Sonntagsarbeit in allen Ladengeschäften, mit Ausnahme des Handels mit Milch, Backwaren und Fleisch, wofür die Sonntagsarbeit bis 9 Uhr vormittags gestattet sein soll, verboten sein. Das Gutachten ist in kaufmännischen Kreisen, sowohl bei den Prinzipalen als den Gehilfen, allgemeinem Interesse begegnet. Besonders bemerkenswert erscheint, daß das Gutachten einstimmig beschlossen ist. Hierbei mag erwähnt werden, daß das Kaufmannsgericht Charlottenburg die Einrichtung eines ständigen Gutachterausschusses nicht kennt, mithin über Gutachten und Anträge in Gesamtsitzungen verhandelt und beschließt. Für jedes Gutachten und jeden Antrag werden, damit Kaufleute und Handlungsgehilfen gleichmäßig und vorbereitet ihre Meinung äußern können, vom Vorsitzenden je ein Berichterstatter aus der Reihe der Kaufleute und Handlungsgehilfen ernannt. Die Berichterstatter von beiden Seiten nehmen vorher mit ihren Verbänden und mit den handelsgewerblichen Interessentenkreisen Fühlung. Nach deren Berichten pflegt der Vorsitzende selbst die gesamte Sach- und Rechtspflege nach den bestehenden Gesetzen und der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur zu erläutern. Durch die Einrichtung beiderseitiger Berichterstattung wird der nach dem Kaufmannsgerichtsgesetz besonders wichtige Grundsatz der Parität, wonach die Interessen von Prinzipal und Gehilfen in gleichberechtigter Weise zur Geltung gelangen sollen, am besten gewahrt.

Prinzipale wie Gehilfen waren der Ansicht, daß eine Unterscheidung der Branchen in Rücksicht auf die Sonntagsruhe sich nicht empfehle.

Die Prinzipale insbesondere gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß ein großer Teil der Kaufleute, die Sonntags ihre Geschäfte öffneten, dies nur in Rücksicht auf die Konkurrenz tue, während sie, wenn die Konkurrenz es unterließe, auch ihr Geschäft nicht öffnen würden. Mache man nun einen Unterschied in den Branchen dergestalt, daß den Nahrungs- und Genußmittelgeschäften die Sonntagsarbeit gestattet werde, so würden andere Geschäfte, die freigegebene Waren bisher nicht führten, um Sonntags offenhalten zu können, sich solche, z. B. Konfitüren, Backwaren, Zigarren und ähnliche zulegen; auch würden bei größeren Geschäften, die verschiedene Branchen pflegen, wie z. B. bei Kauf- und Warenhäusern, Schwierigkeiten entstehen, da Einzelabteilungen die Sonntagsarbeit gestattet sein würde, anderen nicht.

Die gänzliche Sonntagsruhe würde nicht nur von den Gehilfen erstrebt, sondern auch den Prinzipalen erwünscht und in deren Interesse sein. Auch der Gesetzgeber habe bei Erlaß der Sonntagsruhebestimmung die

allmähliche Einführung der völligen Sonntagsruhe

im Auge gehabt; dies sei aus den Ausführungsanweisungen zur Reichs-Gewerbeordnung zu entnehmen.

Konfektions- und ähnliche Geschäfte würden, wenn die Sonntagsarbeit nur bis vormittags 10 Uhr gestattet wäre, durch das Offenhalten der Geschäfte weniger Nutzen als Unkosten haben, da erfahrungsgemäß in den frühen Vormittagsstunden derartige Gegenstände am Sonntage nicht gekauft würden. Etwas anderes sei es, wenn die Sonntagsarbeit bis 11 Uhr vormittags gestattet werde. Darauf sei aber nicht zu rechnen, da übereinstimmend für Berlin und Charlottenburg durch Polizeiverordnung als Pause der Sonntagsarbeit für den Hauptgottesdienst die Zeit von 10—12 Uhr vormittags festgesetzt ist. Hiervon würden die kirchlichen Behörden nicht abgehen.

Allerdings könne die Sonntagsruhe nicht sofort eingeführt werden, vielmehr müsse in einer Uebergangszeit das Konsumentenpublikum vorbereitet werden,

damit nicht die Prinzipale und dadurch auch indirekt die Gehilfenschaft Schädigungen erlitten. In zwei Jahren, in denen die Sonntagsarbeit entsprechend den mitgeteilten Vorschlägen des Berliner Magistrats von 7—10 Uhr zu gestatten sei, würde sich das Publikum, ebenso wie es beim 8 Uhr-Ladenschluß der Fall gewesen, an die Sonntagsruhe gewöhnt haben und seine Einkäufe wochentags besorgen. Selbstverständlich müßte, wenn auch in Amerika und England keinerlei Beschränkungen der Sonntagsruhe bestünden, im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Milch (besonders in Rücksicht auf die Ernährung der Säuglinge), Fleisch und Backware auch nach Einführung der völligen Sonntagsruhe die Sonntagsarbeit für den Handel mit den bezeichneten Waren bis 9 Uhr morgens gestattet werden. Auch für den Handel mit Eis, das nicht in Ladengeschäften feilgeboten wird, soll es aus hygienischen Gründen bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben.“

In diesen vornehm ruhigen, sachlichen Worten wird alles bestätigt, was wir bereits wiederholt über die Wirkung vermehrter Sonntagsruhe gesagt haben. Das Geschrei und Gejammere der Scharfmacher ist damit von unparteiischer Seite auf seinen wahren Wert zurückgeführt. Allmählig lernen eben alle denkenden Menschen einsehen, daß die Forderung der Handelsarbeiter nach vollständiger Sonntagsruhe nur allzu berechtigt ist, zumal ja von deren Erfüllung auch die Ladenbesitzer selbst mitprofitieren. Unser Verband wird in Wahrung der Interessen seiner Mitglieder nicht eher ruhen, bis diese Forderung restlos erfüllt ist.

Dank von der Polizei in Braunschweig.

Erlebnisse eines Chauffeurs, der der Polizei zwei Verbrecher fangen helfen wollte.

Wie es einem ergehen kann, wenn man die Braunschweiger Kriminalpolizei auf eine Verbrecherspur lenken will, das mußte ein junger Chauffeur, Ernst Rost mit Namen, recht unliebsam erfahren. Ernst Rost ist von Geburt ein Braunschweiger, er ist aber schon seit längeren Jahren in Kassel wohnhaft. Wir erfahren über seine Erlebnisse mit der Braunschweiger Kriminalpolizei folgendes, wobei wir auch die Vorgeschichte des Falles kurz anführen müssen. Ernst Rost begegnete vor etwa 5 Wochen, als er eben stellungslos war, auf der Straße nach Löwenburg bei Kassel einem Automobil, an dem sich der Führer, ein junger Mensch, bemühte, einen Defekt zu entdecken, der das Weiterfahren verhinderte. Rost hatte mit dem Blicke des Fachmannes den Defekt bald entdeckt und bat die Insassen des Autos, zwei Herren, den Schaden beseitigen zu dürfen. Das Anerbieten wurde mit Dank angenommen und Rost im Verlaufe der Begegnung gleich als Chauffeur engagiert. Rost ging darauf ein und lieh sich noch das nötige Geld zusammen, um die verlangte Kaution von 250 Mk. stellen zu können. Die Insassen des Autos hatten sich Rost als „Baron Max v. Goltzsche" und der andere als „Leutnant v. Heinburg" vorgestellt. Die Herren begannen nun in der Welt umherzureisen, nach Düsseldorf, bis Aachen. Hier luden die Insassen des Autos Rost ein, ihnen beim Geldzählen zu helfen und ließen ihm wissen, daß sie eine reiche Erbschaft gemacht hätten und nun 30 000 Mk. unter die Decke bringen wollten. Der Chauffeur dachte sich zunächst nichts Unrechtes dabei. Ihm fiel aber auf, daß das Auto alle Tage eine andere Nummer trug und daß ein Vorrat von 15 verschiedenen Nummerntafeln vorhanden war. Die Reise ging dann weiter über Oldenburg, Stettin, Berlin, bis Schneidemühl und wieder zurück bis Göttingen. Der Chauffeur hatte gerade keine guten Tage während der Zeit, denn die zwei „Barone" übernachteten nie in einem Gasthause, sondern zechten die Nächte hindurch und schliefen dann am Tage in ihrem Auto. Der Chauffeur kam in der Zeit ebenfalls in kein Bett, auch die sonstige Verpflegung ließ sehr zu wünschen übrig. Von Göttingen fuhr man auf Vorschlag Rosts nach Braunschweig, von da nach Magdeburg. In Magdeburg setzte „Baron v. Goltzsche" sich auf die Eisenbahn, um nach Berlin zu „Fräulein Lilly" zu fahren, der „Leutnant v. Heinburg" wollte per Auto nach Harzburg im Harz. Auf der Chaussee von Magdeburg, genau in der Mitte zwischen Bornum und Abbenrode, war zum Verwundern des Chauffeurs das Kühlwasser auf einmal zu Ende. Rost stieg ab und brachte die Sache in Ordnung. Unterdessen bestieg v. Heinburg den Chauffeursitz, wie er es schon oft getan, um die Geheimnisse des Fahrens zu lernen. Auf einmal stellte v. Heinburg an den Chauffeur die Frage: „Sagen Sie mal, Rost, Sie sind doch eigentlich ein großer Esel, haben Sie denn an uns noch nichts gemerkt?" — Nach Rede und Gegenrede meinte v. Heinburg dann gemütlich: „Wenn nun Goltzsche gar kein Baron ist? — Er ist es auch nicht, sondern er ist der Postassistent Max Goltzsche, der in diesem Frühjahr von Olbernhau in Sachsen mit 30 000 Mk. durchgebrannt ist. Wenn Sie es nicht glauben wollen, dann fragen Sie nur beim nächsten Postamt an!"

Sprachs — und mit einem Ruck sauste er mit dem Auto davon, den verblüfften Chauffeur mit schreckerstarrten Gliedern mitten auf der Landstraße stehen lassend. Für Ernst Rost war die Situation alles andere als behaglich. Seine Papiere und sein Geld befanden sich in einer Tasche auf dem Auto, ebenso seine Uhr. Außerdem war seine Kaution von 250 Mark futsch und sein rückständiges Gehalt. Völlig mittellos, hungrig und müde stand nun Rost voller Ingrimm auf der Chaussee. Er begab sich nach Bornum, wo er auf dem Postamt seine Erlebnisse erzählte. Die Sache mit Goltzsche stimmte. Er war schon im März mit 30 000 Mk. durchgebrannt. Während des langen Erzählens und Protokollaufnehmens — in Königslutter wiederholte sich dasselbe — war Heinburg mit seinem Auto selbstverständlich über alle Berge, während er andernfalls leicht zu fassen gewesen wäre, da das Auto auffällig rot gestrichen und mit zwei Löwenköpfen verziert war. Rost begab sich dann nach Braunschweig, wo er auf der Oberpostdirektion gut aufgenommen wurde. Wieder wurden lange Protokolle geschrieben — die Sache stimmte aber. — Nun ließ man den Telegraphen nach Berlin und allen Windrichtungen spielen. Dem Chauffeur eröffnete man aber, daß er durch seine Mitteilung sich Anspruch auf 800 Mk. Belohnung erworben habe. Auch die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und es fand sich alsbald einer ein, der sich als Kriminalbeamter Fritsche vorstellte. Da Rost immer noch völlig mittellos war, wurde er auf Rechnung der Oberpostdirektion im Gasthaus zur „Stadt Salzwedel" verpflegt.

Das war am Mittwoch abend. Als am Donnerstag morgen ½ 9 Uhr Rost noch von seinen Strapazen im Bett ausruhte, stellte sich der Kriminalbeamte Fritsche ein und sagte, Rost solle erst mal nach der Polizei kommen und dort einen Ausweis über seine Person erhalten. (!) Dann sollten auf der Oberpostdirektion die weiteren Schritte beraten werden. Rost ging ahnungslos mit. Auf dem Polizeiamt wurde ihm jedoch eröffnet, er stehe im Verdacht, sich die 800 Mk. Belohnung erschwindeln zu wollen und kurz und gut, er müsse dableiben, um dem Amtsgericht vorgeführt zu werden. Was half dem armen Rost sein Protestieren. Er wurde gefnebelt und von einem Beamten zu Fuß nach dem Amtsgericht gebracht. Mittlerweile war es 12 Uhr mittags geworden. Was schadete es, wenn die beiden schweren Gauner — denn daß auch der Leutnant v. Heinburg, der etwa 50 000 Mk. Geld noch im Besitz hatte, ebenfalls ein Gauner war, steht wohl außer Zweifel — unterdessen sich in aller Ruhe in Sicherheit bringen konnten? Der Amtsrichter hatte an diesem Tage keine Zeit mehr (!) und Rost, der vermöge seiner Personen- und Lokalkenntnis die unschätzbarsten Dienste bei der Verfolgung der Verbrecher leisten konnte, **wurde einfach in ein eisigkaltes Kellerloch gesteckt und bei Wasser und Brot eingeschlossen.** Am andern Tage, Freitag mittag 1 Uhr endlich, erfolgte seine Vernehmung vor dem Oberamtsrichter, die selbstverständlich mit seiner Freilassung endete.

Der Chauffeur Rost, der seine guten Absichten, der Braunschweiger Kriminalpolizei auf die Spur zweier Verbrecher zu helfen, damit belohnt sah, daß man ihn wie einen Verbrecher einsperrte, hatte nach dieser Erfahrung freilich die Lust zu fernerer Mitarbeit mit der Polizei verloren. Rost beklagte sich bitter über die Behandlung in seiner Haft. Wie einen Verbrecher habe man ihm alle seine Sachen, selbst die Hosenträger, abgenommen. Auf seine Beschwerde, ob man denn glaube, einen Verbrecher vor sich zu haben, er sei Ankläger und kein Verbrecher, habe man ihm erwidert, das sei ganz gleich, wer hierher komme, werde als verdächtig angesehen. —

Die Braunschweiger Kriminalpolizei scheint zum Sherlok Holmes wenig Talent zu haben. Die einfachste Ueberlegung hätte ihr sagen müssen, daß es ganz unsinnig wäre, wenn Rost die Sache erschwindelt hätte, um die 800 Mk. Belohnung zu erhalten. Rost hätte doch selbstverständlich, wenn er so dumm gewesen wäre, solchen Schwindel zu probieren, die Belohnung auf keinen Fall erlangen können, bevor man nicht den Goltzsche wirklich erwischt hätte. Die Annahme, Rost könnte beabsichtigt haben, die 800 Mk. Belohnung zu erschwindeln, wäre also vollständig sinnlos. Wer kann aber ermessen, was für eine Gaunerei sonst noch die scharfsinnige Kriminalpolizei hinter den Angaben Rosts witterte. Sie dachte jedenfalls: „Ja, ich bin klug und weise — und mich betrügt man nicht." — Unterdessen, während das arme Opfer der Polizeischlauheit im Kellerloche an der Wendenstraße fror, vermochten die zwei Erzgauner sich in aller Ruhe in Sicherheit zu bringen. Rost wäre der einzige Mensch gewesen, sie fassen zu können, da er zwar die Straßen und Häuser, wo die Gauner verkehrten, von Ansehen kannte, aber nicht dem Namen und der Nummer nach. Ebenso ist es mit dem Erkennen der Personen bestellt, die selbstverständlich nach Möglichkeit sich unkenntlich machen werden. Die Braunschweiger Kriminalpolizei aber weiß das alles viel besser. Sie sperrt ihren besten Helfer ins Kellerloch und läßt die Gauner entwischen. Da soll noch jemand Lust bekommen, der Polizei bei der Verfolgung von Verbrechern behilflich zu sein, wenn man riskieren muß, einer solchen Behandlung wie Rost ausgesetzt zu werden.

Ständig beklagt sich aber die Polizei in der Presse, daß ihre Beamten in schwierigen Fällen so wenig Beistand beim Publikum finden. Uns wunderts nach solchen Erfahrungen wirklich nicht, und die Polizei sollte sich auch nicht wundern!

Der Kampf um die Arbeiterjugend.

Mit dem Erstarken der modernen Jugendbewegung, den freien Jugendorganisationen und den gewerkschaftlichen Jugendabteilungen, mehren sich die Stimmen im bürgerlichen Lager, die zum Kampf gegen die Organisationen der arbeitenden Jugend aufrufen.

Müssen doch die Staatserhaltenden mit Schrecken wahrnehmen, daß die Arbeit an der heranwachsenden Jugend, die in den letzten Jahrzehnten besonders von den konfessionellen Jünglings- und Jungfrauen-Vereinen geleistet wurde, nicht imstande war, die Aufklärung der Arbeitermassen in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung zu verhindern. Aber nicht nur das; trotz der hunderttausende Jugendlicher, die im Laufe der Jahre durch die katholischen und evangelischen Jünglingsvereine strömten, verirren sich nur verschwindend wenige zu den christlichen Gewerkschaften und evangelischen Arbeitervereinen; die übergroße Mehrzahl dieser ehemaligen Mitglieder der konfessionellen Jugendvereine wird durch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen zu Mitgliedern der freien Gewerkschaften.

Es ist nicht verwunderlich, daß unter solchen Umständen seitens der herrschenden Gewalten in Preußen-Deutschland alles daran gesetzt wird, den entschwindenden Einfluß auf die Jugend des Proletariats nicht nur zu erhalten, sondern ihn zu verstärken mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Welcher Art diese Mittel sind, zeigen die Erlasse der preußischen Minister des Innern. Auf der Grundlage der Pflichtfortbildungsschulen sollen Jugendvereine gegründet werden unter Einräumung einer möglichst selbständigen Verwaltung seitens der Jugendlichen. Als Taufpaten figurieren bei solchen „Jugendvereinsgründungen" aktive und inaktive Minister, Generale und andere militärische Chargen in und außer Diensten; ohne des Schwarmes bürgerlicher Herren und Damen zu gedenken, die, um eine interessante Beschäftigung zu haben, plötzlich ihr Herz für die Arbeiterjugend entdecken.

Einen Einblick in das Getriebe solcher nationalen Gründungen gewährte der kürzlich in Berlin tagende erste Verbandstag des Deutschen Jugendverbandes, der sich das Ziel gesteckt hat, die verstreuten nationalen Jugendvereine in einer gemeinsamen Organisation zusammenzuschließen.

Eingeleitet wurde die Versammlung durch eine Programmrede des Generalmajor Keim, welcher bis zum Jahre 1907 Flotten-Vereinsleiter war und der sich bei den Hottentottenwahlen zu Tode siegte; dergestalt, daß er zur Niederlegung des Vorsitzes im Flotten-Verein gezwungen wurde. Seine Ausführungen waren naturgemäß eine einzige Philippika gegen die „sozialdemokratischen" Jugendorganisationen, gegenüber deren internationalen Bestrebungen die Förderung nationalen Geistes eine Hauptaufgabe der nationalen Vereine sei. Gerade die umfassenden und erfolgreichen Anstrengungen der Sozialdemokratie, das Jungvolk zu sich herüberzulocken, verlangen gebieterisch kräftige Abwehr. Der Deutsche Jugendverband umfaßt alle Mitarbeiter an der völkischen Erziehung der Jugend, ohne ihnen in Art und Weise ihrer Tätigkeit hinein reden zu wollen."

Der erste Referent, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Heyer-Wiesbaden war nicht anwesend, und wurde sein Vortrag: „Entspricht unsere Schülererziehung den Zielen des Deutschen Jugendverbandes" vorgelesen. Es ist eine Schilderung der historischen Entwicklung des höheren deutschen Schulwesens von seinen Anfängen an, und schließt mit der Kritik der bestehenden höheren Bildungsanstalten. Dem verhinderten Referenten genügt der in den höheren Schulen betriebene Hurrapatriotismus und Byzantinismus noch nicht, und deshalb fordert der Herr Geheime Regierungsrat im Hinblick auf das Kaiserwort: „Wir wollen keine Griechen und Römer erziehen, sondern Deutsche", einschneidende Aenderungen im Hochschulbetrieb, zur Belebung „völkischen Sinnes" auf den höheren Schulen.

Den Zustand der Volksschule besprach Lehrer Langermann-Remscheid. Das heutige Unterrichtswesen sei ein „Mißgewächs am deutschen Volkskörper". Das Testament Steins und Fichtes muß erfüllt werden, die schon im Jahre 1808 erkannt und gefordert haben, was der deutschen Jugend not tut. Die Volksschule in ihrer jetzigen Gestalt trennt unser Volk von unten auf, ist doch die Schule nur angepaßt der „kapitalistisch-mammonistischen Gesellschaftsordnung". Nur durch Selbsthilfe sei hier noch etwas zu erreichen.

Oberbürgermeister Maaß-Görlitz sprach dann über das Thema: „Wie kann unsere schulentlassene Jugend national erzogen werden?" Für uns Deutsche kann nur eine deutsche Kultur echt sein, denn Weltkultur sei Scheinkultur. Unsere schulentlassene Jugend ist durch mancherlei gefährdet; sie muß unter Mitwirkung des Staates vor körperlichen und sittlichen Schäden behütet werden. Wir müssen danach streben, den jungen Leuten beider Geschlechter Frohsinn ins Leben zu gießen, die Wanderfreude muß geweckt werden, die Liebe zur Heimat gepflegt werden. In Görlitz hat die Ortsgruppe des Jugendverbandes die Jugendvereine der verschiedensten Art zu gemeinsamer Arbeit gesammelt, und trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens schon bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die politischen Vereine, konservative wie freisinnige, unterstützen diese Bestrebungen. Ein Jugendheim für Jünglinge besteht schon und in nächster Zeit soll ein weiteres Jugendheim für junge Mädchen errichtet werden. Von den religiösen Vereinen verspricht sich der Herr Oberbürgermeister auf Grund der bisherigen „Erfolge" derselben, nichts bedeutendes, da der religiöse Einschlag die Jugendlichen abschreckt.

Ueber die „Erziehung der deutschen Jugend zur Wehrfähigkeit" sprach als letzter Redner Ingenieur Kuhn-Berlin. Unter einem Schwall nationaler Phrasen verbarg der Redner die Ohnmacht der bürgerlichen Gesellschaft, auch nur auf diesem Gebiete, das doch für sie noch am nächsten liegt, etwas wirklich Durchgreifendes zustande zu bringen. Mit gelinden Worten balanzierte der Herr Ingenieur an der, durch die Junkerpolitik hervorgerufenen Teuerung der notwendigsten Volkslebensmittel vorbei, trotzdem er sich nicht der Tatsache verschließen kann, daß die Wehrfähigkeit der Jugend in der Hauptsache auf gesunden Wohnungsverhältnissen und ausreichender Nahrung beruht.

Das hütet man sich natürlich öffentlich zu sagen, sind doch die Macher der nationalen Jugendvereine durch die Bank Angehörige und Abhängige jener Reichstagsmehrheit, die verantwortlich ist für die durch den Zollwucher hervorgerufenen Folgen. So sehr man auch bemänteln möchte, klar und deutlich ergibt sich eines: Nicht zum Jugendschutz, sondern zum Jugendtrutz; nicht um der Jugend der arbeitenden Klasse die Möglichkeit körperlicher und geistiger Entwicklung zu bieten, sondern um sie einzuschläfern und teilnahmslos zu machen gegenüber den aufklärenden Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft werden die nationalen Jugendvereine gegründet. Ein neuer Beweis, nicht der erste, ist die Tagung des Deutschen Jugendverbandes.

Deshalb Augen auf, jugendliche Arbeiter; meidet diese anrüchigen Vereinsgründungen! Sorge jeder in seinem Kreise dafür, daß sich die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Jugendlichen ihrer wahren Organisation anschließen; der Jugendabteilung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes!

Tarifabschluß im Fräsereigewerbe zu Berlin.

Unseren Kollegen, den Kutschern und Hilfsarbeitern aus den Fräserei-, Hobel- und Schneidemühlbetrieben Berlins ist es gelungen, noch kurz vor Ablauf des alten Jahres wiederum ein Vertragsverhältnis mit ihren Arbeitgebern abschließen zu können. Trotzdem die Unternehmer alles versuchten, den Abschluß eines Vertrages möglichst zu vereiteln, haben unsere Kollegen durch ihr taktisches Vorgehen dennoch erreicht, daß der Verein der Fräsereibesitzer sich bereit erklärte, seinen im Frühjahr gefaßten Beschluß, einen Vertrag auf der Grundlage der aufgestellten Forderungen nicht eingehen zu wollen, fallen zu lassen und dem Abschluß eines Vertrages zuzustimmen. Die Lohnbewegung wurde, wie wir bereits früher berichteten, im Dezem-

ber 1909 eingeleitet. Unsere Kollegen hatten in Anbetracht der damaligen ungünstigen Konjunkturverhältnisse und ferner in Anbetracht der drohenden Aussperrung in der Holzindustrie beschlossen, ihren Tarif, welcher am 15. Januar 1910 ablief, nicht zu kündigen. Dagegen wurde der Tarif seitens der Arbeitgeber uns gekündigt. Die Unternehmer rechneten wahrscheinlich auf keinen Widerstand bei ihren Arbeitnehmern, um dann später die Löhne, wie es früher gang und gäbe war, nach Willkür festsetzen zu können. Unsere Kollegen, welche durch das Vorgehen der Unternehmer in die Abwehr gedrängt waren, dachten aber anders; sie beschlossen Forderungen aufzustellen und überreichten diese ihren Chefs. Die Forderungen gingen dahin, daß alle bisherigen Lohnsätze des alten Vertrages um 2,50 Mk. pro Woche erhöht werden sollten; alle sonstigen Bestimmungen des abgelaufenen Tarifs sollten bestehen bleiben. Es fanden dann auch zwei Verhandlungen mit dem Vorstand des „Vereins der Fräsereibesitzer" statt. Die Herren erklärten aber, „daß sie mit Rücksicht auf die Geschäftslage und den Umstand, daß ihre Betriebe nur Kleinbetriebe seien, die aufgestellten Forderungen nicht bewilligen könnten." Unsere Kollegen beschlossen, ihre Forderungen um 1,— Mk. pro Woche ermäßigen zu wollen. Für das Füttern der Pferde an den Sonntag-Nachmittagen wurde dann noch für den betreffenden Kutscher anstatt bisher 50 Pf.: 1,— Mk. gefordert. Danach sollte der Grundlohn für Kutscher 30 Mk. und für Arbeiter 26 Mk. pro Woche betragen. Von dieser Forderung sollte nicht abgewichen werden.

Diesem Entgegenkommen der Arbeitnehmer begegneten die Unternehmer mit folgendem Schreiben, welches uns am 28. Januar zugestellt wurde:

„Unter höflicher Bezugnahme auf die stattgehabten Verhandlungen bezüglich Abschluß eines neuen Vertrages teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß in der letzten außerordentlichen Generalversammlung unseres Vereins, die von Ihnen geforderten Bedingungen nicht genehmigt worden sind."

Dieses Schreiben bedeutete den Abbruch der Verhandlungen. Der Beschluß der Unternehmer war ferner auch mit Sicherheit darauf zurückzuführen, daß die Fräsereibesitzer sich nach den Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes in der Holzindustrie, dem sie angeschlossen sind, richten mußten. Mit Rücksicht auf die damals schwebenden Verhandlungen in der Holzindustrie beschlossen unsere Kollegen, trotz der Erregung, welche das obige Schreiben hervorgerufen hatte, vorläufig nicht zur Offensive schreiten zu wollen. Am 23. Februar fand dann eine stark besuchte Versammlung statt. In dieser wurde der Beschluß gefaßt, daß sofort allen Unternehmern einzeln die Forderungen seitens der Verbandsleitung zugestellt werden sollten, und daß in all denjenigen Betrieben, wo bis Montag, den 28. Februar die Forderungen nicht anerkannt wurden, die Arbeit niederzulegen ist. Dieser Beschluß wurde durchgeführt. Er zeitigte das Ergebnis, daß die meisten Unternehmer die Forderungen bewilligten. Nur bei zwei Firmen kam es am 28. Februar zur Arbeitsniederlegung. Jedoch bewilligten auch diese beiden Firmen nach ½tägigem Streik die geforderten Löhne. Bei mehreren anderen Firmen bewilligten die Unternehmer, nachdem Verbandsvertreter vorstellig wurden, ebenfalls die Forderungen.

Das Ergebnis dieser partiellen Bewegung war, daß bis Mitte März ungefähr 30 Betriebe von 41 in Frage kommenden den Lohn von 30 Mk. für Kutscher bewilligt hatten. Ferner zahlten auch verschiedene Firmen die geforderte Vergütung von 1 Mk. für Füttern der Pferde an Sonntag-Nachmittagen. — Später bewilligten noch drei Betriebe.

Als dann der Vertragsabschluß in der Holzindustrie zustande gekommen war, faßten unsere Kollegen in einer Versammlung am 23. Mai den Beschluß, nunmehr, nachdem die Mehrzahl der Betriebe bewilligt hatte, an den Vorstand des Unternehmervereins zu schreiben, ob er jetzt geneigt sei, erneut über den Abschluß eines Vertrages in Verhandlungen mit uns eintreten zu wollen. Die Herren Fräsereibesitzer teilten uns hierauf mit, daß sie dieser Frage im Oktober näher treten würden, es sollte uns dann näherer Bescheid zugehen. Mitte Oktober hatten die Arbeitgeber in einer Versammlung beschlossen, die Verhandlungen mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zwecks Abschluß eines Vertrages wieder aufnehmen zu wollen. Im Monat November fanden diese dann statt. Das Ergebnis war, daß die Forderungen der Kutscher, welche die Unternehmer im Frühjahr abgelehnt hatten, von ihnen nunmehr durch den Tarifabschluß für das gesamte Gewerbe anerkannt worden sind.

Unsere Kollegen haben somit einen zufriedenstellenden Erfolg trotz der langwierigen Dauer der Bewegung erzielt. Die Erhöhung des Lohnes beträgt für die branchenkundigen, sowie auch den branchenunkundigen Kutschern pro Woche 1,50 Mk. Auch die 1 Mk. Vergütung für das Pferdefüttern ist für größere Betriebe mit mehr wie zwei Pferden bewilligt worden.

Den Hilfsarbeitern ist der Grundlohn ebenfalls um 1,50 Mk. pro Woche erhöht worden. Leider war es nicht möglich, die Löhne der jugendlichen Arbeiter aufbessern zu können. Die jugendlichen Arbeiter in diesen Betrieben sind sehr schwer für den Verband zu gewinnen.

Die wichtigsten Positionen des Tarifs lauten:

„Der Anfangslohn für Kutscher, welche nachweislich schon in Fräsereibetrieben usw. beschäftigt waren und mit den vorkommenden Arbeiten vertraut sind, beträgt 30 Mk. pro Woche. Etwaige Einnahme durch Verkauf von Schmool darf den Kutschern bei der Lohnzahlung nicht in Anrechnung gebracht werden. Der obige Lohnsatz gilt als Minimallohn; die Erhöhung desselben unterliegt der gegenseitigen freien Vereinbarung.

Kutscher, welche noch nicht in der Branche tätig waren, erhalten einen Anfangslohn von 26 Mk. pro Woche. Dieser Lohn erhöht sich nach einer Beschäftigungsdauer von 3 Monaten auf 27,50 Mk., nach weiteren 3 Monaten auf 28,50 Mk. und nach weiteren 6 Monaten auf 30 Mk. pro Woche.

Für das Füttern der Pferde an Sonntag-Nachmittagen erhält der hierzu beorderte Kutscher in Betrieben bis zu 2 Pferden eine Vergütung von 50 Pf., in Betrieben mit 3 Pferden und mehr eine Vergütung von 1 Mk. In Betrieben, wo mehrere Kutscher beschäftigt sind, soll diese Arbeit abwechselnd bewerkstelligt werden.

Der Anfangslohn für jugendliche Arbeiter, Mitfahrer usw. beträgt pro Woche bei einem Alter von 17 Jahren 17 Mk., 18 Jahren 18 Mk. und 19 Jahren 19 Mk.

Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 26 Mk. pro Woche. Bezüglich der Erhöhung dieses Lohnes findet das unter 1 bei den Kutschern Gesagte auch bei den Hilfsarbeitern entsprechende Anwendung.

Die Arbeitszeit der Kutscher beginnt des Morgens um 6 resp. 6½ Uhr. Die Touren der Kutscher sind so zu regeln, daß die Beendigung der Arbeit des Abends zwischen 6 und 7 Uhr erfolgen kann. Die Mittagspause für Kutscher richtet sich nach der Fabrikpause."

Der Tarif gilt bis zum 15. Februar 1913. An der Bewegung partizipierten 132 Kutscher und 46 Arbeiter. Hoffentlich vergessen die Kollegen nicht, daß die Organisation es war, die ihnen zu diesem Erfolge verholfen hat.

Die zweite Konferenz

von Vertretern der Verwaltungsstellen des Gaues 10, Hannover,

wurde am 27. November 1910 im kurz vorher eröffneten Gewerkschaftshause in Hannover mit folgender Tagesordnung abgehalten:

1. Bericht des Gauvorstandes und der Ortsverwaltungen,
2. Unsere weitere Agitation,
3. Die Agitation unter den Straßenbahnern, Eisenbahnern und Kleinbahnern,
4. Beratung weiterer Anträge und Verschiedenes.

Vertreten sind 18 Verwaltungsstellen durch 21 Delegierte. Ferner nahmen an der Konferenz teil die Mitglieder des Gauvorstandes, der besoldete Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannover und ein Vertreter des Hauptvorstandes.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattet Kollege Wilh. Kregel. Seit der ersten Gaukonferenz, die vor drei Jahren stattfand, ist die Zahl der Mitglieder im Gau 1154 auf 1879 und die Zahl der Verwaltungsstellen von 13 auf 21 gestiegen. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug 1907 10,1 und 1910 11,5 Wochenbeiträge pro Mitglied und Quartal. Die größte Mitgliederzunahme im letzten Quartal hatten die Orte Bielefeld, Enger, Herford und Osterode, während in Alfeld und Celle ein Rückgang zu verzeichnen ist. Wenn auch im ganzen der Fortschritt im Gau als ein guter zu bezeichnen ist, so läßt doch in einigen Orten die Entwicklung der Organisation viel zu wünschen übrig. Kregel geht in seinem ausführlichen Bericht auf die Verhältnisse aller für die Organisation im Gau in Frage kommenden Orte ein, besonders darauf hinweisend, wo die Gründe für die langsame Entwicklung und für den teilweisen Rückschritt zu suchen sind. Die Gründe sind verschiedene; entweder es fehlt an geeigneten Personen, die die Agitation betreiben oder es hapert mit der Einkassierung der Beiträge oder auch, wie z. B. in Bünte, liegt die Schwierigkeit der Agitation in der Ausdehnung und sehr weitläufigen Bauweise des Ortes. In der größten Stadt des Gaues, in Hannover sind die Fortschritte nicht sehr befriedigend, wenn die Mitgliederzunahme während der letzten 3 Jahre etwa 45 pCt. beträgt. Von 556 ist die Mitgliederzahl auf 806 gestiegen, doch war in letzter Zeit der Zugang unerheblich. Ein größerer Fortschritt wäre zu verzeichnen gewesen, wenn der Vorstand den Wünschen nach Anstellung eines Agitators Rechnung getragen hätte. Hinzu kommt, daß die Streitigkeiten mit dem Verband der Brauer und dem Verband der Fabrikarbeiter der Organisationsentwicklung hemmend entgegen wirken. Wie insbesondere das Eingreifen der Brauer in unser Agitationsgebiet die Agitationsarbeit erschwert und den Erfolg in Frage stellt, dafür lieferte Kregel eine Reihe von Beispielen.

Damit in Zukunft die Mitglieder im Gau über den Stand der Organisation auf dem Laufenden sind, soll ihnen vierteljährlich eine Uebersicht über die Beitragsleistung vorgelegt werden.

In der Diskussion wird von Staegewallner-Hannover dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Gauleiter die Stadt Hannover bei seiner Agitationstätigkeit mehr berücksichtigen möge. Dem wird von Lehnhoff-Hildesheim und anderen entgegnet, daß die Kollegen in Hannover sich nun aus eigener Kraft helfen müßten, während die Kraft des Gauleiters in den vielen kleinen Orten des Gaues gebraucht werde.

Eine Anregung von Dannenhaus-Bielefeld dahingehend, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Unternehmer an der Durchbrechung der Tarifverträge mit einzelnen Kollegen zu verhindern, wird dem Gauleiter zur weiteren Verfolgung überwiesen. Desgleichen ein Antrag Kregel betreffend die Organisierung der Schausteller-Bediensteten.

Bei der Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung werden einige Vorschläge bezüglich des guten Einvernehmens zwischen Kutschern und Straßenbahnern entgegengenommen.

Zum dritten Punkt hatte Brunner-Berlin das Referat, der sich darauf beschränkte, den Kollegen einige Winke für die Agitation unter den Eisenbahnern zu geben. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die besonders für die im öffentlichen Fuhrwesen Beschäftigten in Frage kommen, mit Erläuterungen versehen und in Form einer kleinen Broschüre gratis an diese Kollegen abzugeben, wird von Dannenhaus-Bielefeld beantragt und der Antrag dem Gauleiter zur Befürwortung beim Hauptvorstand überwiesen.

Der Vertreter des Hauptvorstandes wird beauftragt, dem Vorstand die baldmöglichste Herausgabe eines neuen Plakats dringend ans Herz zu legen.

Nach einem Schlußwort des Gauleiters wird die Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Transportarbeiterverband geschlossen.

Die Beschäftigung im Hamburger Hafen während des Monats November 1910.

„Im November ist laut Mitteilung des Hafenbetriebsvereins die Beschäftigung im Hamburger Hafen noch etwas stärker gewesen, als im Oktober. In den beiden Hauptzweigen des Hafenbetriebes (Stauerei- und Kaibetrieb) waren durchschnittlich werktäglich 9819 Mann in Arbeit gegen 9270 im Oktober 1910 und 8542 im November 1909. In der Stauerei waren 1476 Kontraktarbeiter und 340 sonstige feste Arbeiter ständig und daneben 3729 Hilfsarbeiter und 750 Gelegenheitsarbeiter wechselnd, mithin im ganzen 6295 Personen (gegen 6060 im Vormonat) beschäftigt. Verkehrstarke Perioden, wie der November 1910, sind besonders geeignet, um zu zeigen, daß die Schauerleute von der Beschäftigungsmöglichkeit, die ihnen der Stauereibetrieb bietet, zu wenig Gebrauch machen. Von den 4912 im ganzen eingeschriebenen Hilfsarbeitern haben sich im November 1183 (24 pCt.) nicht zur Kontrolle gemeldet beziehungsweise keine Arbeit gesucht, und von den 3729 für die Arbeit übrig bleibenden haben 418 (11 pCt.) nur 1 bis 9 Tage, 1262 (34 pCt.) nur 10 bis 19 Tage und nur 2049 (55 pCt.) 20 Tage und darüber Arbeit geleistet, obwohl während des ganzen Monats der Beschäftigungsgrad ein so hoher gewesen ist, wie zu keiner Zeit vorher, so daß infolge des mangelnden Angebots an regelmäßigen Arbeitskräften 750 Gelegenheitsarbeiter beschäftigt werden mußten, die durchschnittlich 5⅓ Tage in Arbeit waren. Die neuerdings wieder aufgetretene Behauptung, daß die Schauerleute zu wenig Arbeit finden, ist somit vollkommen haltlos. Die erste Hälfte des Dezember hat im Hafen eine noch lebhaftere Tätigkeit gezeitigt als der verflossene Monat." („Hambg. Corresp.")

Also 1183 Schauerleute haben sich nach der Behauptung des Hafenbetriebs-Vereins nicht „zur Kontrolle gemeldet". Ein famoser Jargon! Auch die Mädchen der Prostitution müssen sich in Hamburg „zur Kontrolle melden". Vielleicht schwant dem Hafenbetriebs-Verein, warum sein einseitiger Arbeitsnachweis nicht den gestellten Ansprüchen genügt. Wenn die Arbeiter rettungslos dem Moloch Maßregelungsbureau überantwortet sind, kann sich nur ein Narr darüber wundern, „daß die Schauerleute von der Beschäftigungsmöglichkeit, die ihnen der Stauereibetrieb bietet, zu wenig Gebrauch machen."

Wenn die eingeübten Arbeiter während der flauen Zeit auf alle mögliche Art und Weise schikaniert werden, so ist es selbstverständlich, daß sie während der guten Geschäftsperiode die „Fleischtöpfe" des Hafenbetriebs-Vereins meiden, so viel nur irgend möglich ist. „Die neuerdings wieder aufgetretene Behauptung, daß die Schauerleute zu wenig Arbeit finden", konnte jeder Mensch, der nicht gerade eine hafenbetriebsvereinliche Brille trägt, aus der Statistik dieses Vereins herauslesen. Für die Unternehmer ist es überhaupt ein anormaler Zustand, wenn nicht mindestens 25 pCt. der Hafenarbeiter arbeitslos sind.

Uns fehlt im übrigen so kurz vor Redaktionsschluß die Zeit, auf das Zahlenmaterial des Hafenbetriebs-Vereins näher einzugehen. Wir haben des öfteren die Unzuverlässigkeit der Zahlen bewiesen, die der Verein veröffentlicht. Wir begnügen uns heute mit der Wiedergabe dessen, was unsere Ortsverwaltung darüber im „Hamburger Echo" schrieb:

„Es ist zunächst zu bemerken, daß von den werktäglich Beschäftigten 9819 Mann sehr viele doppelt gezählt sind. Gerade bei den Schauerleuten kommt es häufig vor, daß sie morgens angenommen, zu mittag aber schon wieder entlassen werden. So kommt es, daß diese wieder für andere Arbeit ausgucken und so zweimal an einem Tage vermittelt werden. Tatsächlich sind nun nicht zwei, sondern nur ein Arbeiter beschäftigt. Wenn es in dem Bericht heißt, daß die Schauerleute von der Beschäftigungsmöglichkeit, die ihnen der Stauereibetrieb bietet, so wenig Gebrauch machen, so soll man in erster Linie die übergroße Zahl der Kranken und Verletzten von den eingeschriebenen Kartenarbeitern in Abzug bringen; denn tagtäglich erkranken eine Anzahl oder erleiden schwere Verletzungen, so daß sie wochen-, ja monatelang daniederliegen. Die deutlichsten Zahlen hierfür geben die Jahresberichte der Krankenkassen, sowie der Hafeninspektion und Lagerei-Berufsgenossenschaft. Außerdem ist der Hafen für eine große Zahl Arbeiter nur eine Durchgangsstation, denn alle warten sie nicht so lange, bis sie infolge der unmenschlich langen Arbeitszeit siech oder zum Krüppel werden. Der vom Hafenbetriebs-Verein den Schauerleuten aufgezwungene Tarif sieht zwar eine Regelung der Arbeitszeit vor, trotzdem wird immer und immer wieder verlangt, daß 24, 36 Stunden und noch länger gearbeitet wird. In der Sitzung am 9. April 1907 über die Besprechung der Arbeits-

verhältnisse im Hamburger Hafen erklärte Herr Generaldirektor Ballin:

„Die Nachtarbeit muß in der Form geregelt werden, daß sie den Leuten keine Leistungen zumutet, die über ihr Können hinausgehen. Für uns war die frühere Nachtarbeit unwirtschaftlich, für ihre Leute war sie unerträglich. Wir müssen zu Tag- und Nachtschichten kommen, einen Mittelweg gibt es nicht."

Herr Eug. Cellier tat in der Sitzung vom 18. April 1907 den Ausspruch:

„Wir pflegen es ja mit unsern Versprechungen ehrlich zu meinen. (Hm! Die Red. d. „Courier".) Daß die Leute nicht Tag und Nacht arbeiten, dafür werden wir schon sorgen; wir werden die Annahme der Leute so legen, daß das nicht passiert. Wir wünschen nicht, mit Leuten des Nachts zu arbeiten, die bereits am Tage gearbeitet haben."

Der Lohntarif für Schauerleute besagt: „Die Arbeiter der Tagschicht können zu Ueberstunden bis 9 Uhr abends herangezogen werden mit einer halbstündigen Pause von 6 bis 6½ Uhr. Eine weitere Ausdehnung der Ueberstunden nach 9 Uhr abends ist zulässig: wenn ein Schiff fertig gemacht werden soll, sei es beim Löschen oder Laden; und die Arbeit kann voraussichtlich vor Mitternacht beendet werden, so braucht kein Schichtwechsel einzutreten. In diesem Falle bleiben die Tagarbeiter in Tätigkeit."

Wie hält nun der Vorstand des Hafenbetriebs-Vereins sein Versprechen? Trotzdem ihm bekannt ist, daß die überlangen Arbeitszeiten von den Stauern verlangt werden, unternimmt er nichts, um diese unerhörte, gesundheitsschädigende Arbeitsweise zu inhibieren. Wer sich nach dem Tarif richtet und sich weigert, länger als im Tarif vorgesehen, zu arbeiten, bekommt die Hungerpeitsche zu kosten. Die Leute kommen einfach in dem Betriebe nicht wieder mit. Mit Beispielen können wir reichlich dienen. Ferner kommt hinzu: die schikanöse Behandlungsweise durch eine ganze Anzahl von Vizen. Bei der geringsten Kleinigkeit wird den Schauerleuten die Karte tagelang entzogen. Die Vizen gebrauchen den Schauerleuten gegenüber Ausdrücke, die in keinem Lexikon zu finden sind, macht aber ein Schauermann einem Vizen gegenüber das gleiche, so wird er einfach an Land gesagt und muß seine Karte vom Hafenbetriebsverein holen, wo denn ein hochnotpeinliches Verhör stattfindet, das gewöhnlich mit einem Tage nicht erledigt ist. Der Betreffende wird also bestraft, indem er mehrere Tage keine Beschäftigung annehmen kann. Man wird also keinem Menschen verdenken können, wenn er andere Beschäftigung findet, daß er dem gastlichen Eldorado des Hafenbetriebs-Vereins Valet sagt. Aus dem Bericht kann mancher nicht mit den Verhältnissen Vertraute herausnehmen, daß die Schauerleute keine Lust zum Arbeiten hätten. Dem muß entschieden entgegengetreten werden. Bessere Behandlung und geregelte Arbeitszeit, dann werden sich auch die Schauerleute mehr an diese Arbeit halten."

Unsere Ortsverwaltung führt hier einige Mißstände an, die zweifellos Ursache mit sind, daß der Nachweis des Hafenbetriebsvereins Fiasko machen muß. Das eben ist der Fluch der Arbeitgebernachweise, dies Maßregelungsbureaus: in der flauen Geschäftszeit terrorisieren und maßregeln sie die Arbeiter und in der flotten Geschäftszeit werden sie „geschnitten". Dieser Mißstand läßt sich nur heben, wenn Unternehmer und Arbeiter in der Frage der Arbeitsvermittlung Hand in Hand arbeiten, d. h. wenn den beteiligten und interessierten Arbeitern eine paritätische Vertretung gewährt wird. Dazu können sich die Hafengewaltigen allerdings nicht verstehen, sie sehen im Hafenarbeiter noch immer nicht den Menschen, sondern eine Sache, ein Arbeitsinstrument, das ihnen die Millionengewinne verdienen muß.

Sie sind eben noch nicht ganz fertig, die Herren vom Hafenbetriebsverein.

Ein Klassenjustiz-Urteil in Frankreich.

Am 25. November verurteilte das Schwurgericht zu Rouen in Frankreich den Sekretär der **Gewerkschaft der Kohlenverlader**, Durand, **zum Tode**, sowie einen Mitangeklagten zu **15**- und zwei andere zu 8jähriger Zwangsarbeit. Die Angeklagten wurden der „Ermordung" eines Streikbrechers gelegentlich eines Kaiarbeiterausstandes in Havre bezichtigt. Bei diesem Streik fungierte ein Mann namens Dongé als Arbeitswilliger. In einer Versammlung soll Durand über einen Antrag, durch welchen Dongé „zum Tode verurteilt" wurde, abstimmen lassen haben, worauf der Antrag einstimmig angenommen worden sei. Kurz danach wurde Dongé, in betrunkenem Zustande, von gleichfalls betrunkenen Streikenden, die aber an jener Versammlung gar nicht beteiligt waren, in einen Exzeß verwickelt, bei dem er ums Leben kam.

Das war anfangs September, vier Wochen vor dem Generalstreik der Eisenbahner, in dessen Verlauf der französische Ministerpräsident Briand an alle Richter und Magistratspersonen ein Rundschreiben richtete, in dem das strengste Einschreiten gegen alle Gewerkschaftsleiter verlangt wurde, die zur Sabotage oder sonstigen Gewalttaten aufforderten. Das ließen sich die Richter von Rouen nicht zweimal sagen. Zwar ergab die gerichtliche Klarstellung des Tatbestandes keinerlei Beweis dafür, daß ein Beschluß gefaßt sei, Dongé zu töten. Nur behauptete ein Zeuge, Durand habe erklärt, man werde sich des Dongé zu entledigen wissen. Durand bestritt diese Aeußerung und nannte 75 Zeugen, die das Gegenteil beweisen würden. Er hatte aber kein Geld, diese Zeugen von Havre nach Rouen selbst zu laden. Zahlreiche Zeugen, darunter ein Arzt, erklärten, Durand sei selbst Abstinent und habe in jener Versammlung sehr maßvoll gesprochen. Die Geschworenen sprachen ihn der Tat schuldig, waren aber selbst erstaunt darüber, daß ihr Spruch zu einem Todesurteil des Richters führte.

Dieses ungeheuerliche Urteil gegen einen Gewerkschaftsleiter hat in französischen Gewerkschaftskreisen große Erregung hervorgerufen. Allenthalben finden öffentliche Protestversammlungen statt, in denen für den Fall, daß das Urteil nicht aufgehoben werde, der Generalstreik angekündigt wird. Die Witwe des Getöteten hat an den Verteidiger des zum Tode Verurteilten ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Nach Beendigung der Assisenverhandlung fühle ich mich gedrängt, mich denen anzuschließen, die gegen das Urteil protestieren. Ich habe während der Verhandlung mich als Privatbeteiligte darauf beschränkt, das Recht meiner Kinder, der Opfer des an meinem unglücklichen Mann begangenen Totschlags, zu verteidigen und es mir versagt, auch nur die geringste Beschuldigung gegen jemand zu erheben. Aber ich möchte keinen Anteil an der Verurteilung Durands zum Tode haben, die um so unbegreiflicher ist, als er wohl gleich anderen, die straflos geblieben sind, unbedachte Worte geäußert, aber doch nicht selbst Gewalt geübt hat. Ich bin selbst Arbeiterin und wünsche das Gnadengesuch für Durand zu unterzeichnen. Es wäre mir ein Trost in meinem Unglück, zu hoffen, daß alle Welt verstehen wird, daß ich, indem ich für meine Töchterchen vor Gericht pflichtgemäß Ersatzansprüche stellte, doch auch die Pflicht empfand, nicht zu vergessen, daß ich selbst der Welt der Arbeiter angehöre, die so mühselig um ein Stückchen Brot mehr und um etwas harte Behandlung weniger ringen."

Diese einfache Arbeiterin beschämt die gesamte bürgerliche Presse Frankreichs, die auf das eifrigste bemüht ist, den bedauerlichen Totschlag nach allen Regeln der Kunst politisch gegen die Arbeiterklasse auszuschlachten.

Aber die französische Arbeiterschaft steht nicht allein mit ihrem Protest. Die deutschen Gewerkschaften schließen sich ihnen an in der Verurteilung des ungeheuerlichen Justizverbrechens. Wir verurteilen nicht minder scharf wie unsere französischen Genossen die unglückselige Tat, die der Sache des Proletariats niemals Vorteil, sondern nur Unheil bringen kann. Aber tausendmal schlimmer als diese unsinnige Tat ist das Verbrechen, kaltblütig von Rechts wegen einen Unschuldigen zum Mörder zu stempeln, weil er Leiter des Streiks war, während dessen der Totschlag sich ereignete. Das fordert den Protest jedes rechtlich denkenden Menschen heraus.

Die deutschen Gewerkschaften wissen sich umsomehr einig mit den Gefühlen ihrer französischen Genossen, als auch in Deutschland vor 11 Jahren der Versuch gemacht wurde, die Gewerkschaftsleiter für alle Gesetzesübertretungen, die im Verlauf eines Streiks vorkämen, strafrechtlich haftbar zu machen und die damals erfolglos gebliebenen Anstrengungen jetzt nach den Vorgängen in Moabit mit verstärktem Eifer wieder aufgenommen werden. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat deshalb an die Confederation Generale du Travail in Frankreich ein öffentliches Schreiben gerichtet, das der französischen Arbeiterschaft zu ihrer Protestbewegung gegen das Urteil von Rouen die volle Sympathie der deutschen Gewerkschaften übermittelt. Das Schreiben lautet:

„Die G. d. G. D. hat aus der Arbeiterpresse Frankreichs und aus dem Berichte der C. G. d. T. Kenntnis genommen von dem Urteil der Jury des Seinedepartements gegen den Genossen Durand, das in bisher noch nicht erreichter Weise die Klassenjustiz zum Ausdruck bringt. Sie hat auch Kenntnis genommen von dem Protest der organisierten Arbeiterschaft Frankreichs gegen dies unerhörte Urteil.

Sie schließt sich im Namen der von ihr vertretenen organisierten Arbeiterschaft Deutschlands aus vollem Herzen und in vollster Ueberzeugung diesem Proteste an.

Sie kann dies umsomehr tun, als auch in Deutschland mehr als bisher der Versuch gemacht wird, die Leiter der Gewerkschaften für einzelne bei Streiks zu verzeichnende verurteilungswürdige Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Frankreich gilt bis zu dem Tage des Urteils von Rouen als das Land, in welchem die Richter nach der erwiesenen Straftat des Angeklagten und nicht im Interesse der Unternehmer, welche die Arbeiter zum Streik zwangen, urteilten. Wird das Urteil von Rouen aufrechterhalten, so wird dieses Renommee Frankreichs nicht nur verloren sein, sondern in allen anderen Ländern wird man bei der Begründung von Zwangsmaßregeln gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften auf das Beispiel verweisen, das die Richter im republikanischen Frankreich gegeben haben. Deswegen muß und wird auch die Arbeiterschaft Deutschlands Protest dagegen erheben, daß die Richter sich vollständig in den Dienst des Unternehmertums stellen und durch Urteile, wie das von Rouen, die Arbeiter zu verhindern suchen, durch Einstellung der Arbeit höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen und sich einen größeren Anteil an dem Ertrage der von ihnen geleisteten Arbeit zu sichern.

Die Arbeiter Deutschlands werden sich in ihrer Presse und in Versammlungen diesem Proteste anschließen, den wir in vollem Einverständnis mit den uns angeschlossenen Organisationen erheben.

Wir versichern die Gewerkschaften Frankreichs unserer vollsten Sympathie und sind überzeugt, daß sie die gegenwärtige Reaktionsperiode nicht nur überdauern werden, sondern, nach ihrer Ueberwindung, der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampfe den vollen Sieg erringen helfen."

Mit brüderlichen Grüßen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Königsberg. Einen schönen Erfolg haben die Zeitungsträgerinnen der „Königsberger Volkszeitung" erzielt. Ihrem Verlangen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln, ist nachgekommen, auch hat die Lohnbewegung ihnen in finanzieller Beziehung recht annehmbare Vorteile gebracht. Sie sind jetzt weit besser gestellt, als ihre Kolleginnen in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben, die für geringere Bezahlung zweimal täglich die Zeitung austragen müssen.

Die Trägerinnen in den bürgerlichen Betrieben sollten aus dieser Bewegung die Lehre ziehen und sich der Organisation anschließen. Dann wird auch für sie geordnete Zustände geschaffen, und der Ausbeutung der Trägerinnen energisch Einhalt geboten werden können.

Würzburg. Im letzten Artikel über die Lohnverhältnisse der Zeitungsträgerinnen ist ein Versehen unterlaufen. Im „Würzburger Journal" und „Fränkischen Volksblatt" beträgt der Austraglohn nicht 13, sondern 10 Pf. Wir lassen zum besseren Verständnis nochmals die in den hiesigen Zeitungsunternehmungen gezahlten Austraglöhne folgen: „Fränkischer Volksfreund" bei wöchentlich sechsmaligem Austragen pro Exemplar 12 Pf., „Würzburger Generalanzeiger" bei wöchentlich sechsmaligem Austragen pro Exemplar 8 Pf., „Würzburger Journal" bei wöchentlich siebenmaligem Austragen pro Exemplar 10 Pf., „Fränkisches Volksblatt" bei wöchentlich sechsmaligem Austragen pro Exemplat 10 Pf., „Landeszeitung" bei täglich zweimaligem Austragen pro Exemplar und Monat 17 Pf. Für die Trägerinnen wäre es wahrlich höchste Zeit, sich zur Verbesserung ihrer Lage der Organisation anzuschließen.

Automobilführer.

„Friß Vogel oder stirb." Zur Verhütung unnötiger Rückfragen und zweckloser Eingaben seitens der Kraftfahrzeug-Besitzer und Führer bringt der Polizeipräsident zur öffentlichen Kenntnis, daß der Finanzminister im Einverständnis mit den Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern unter dem 12. d. Mts. die Entscheidung getroffen hat, daß a) die auf Grund der neuen Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auszustellenden amtsärztlichen Zeugnisse über die Befähigung zur Führung eines Kraftfahrzeuges, b) die Erlaubnisbescheinigungen zum Kraftfahrzeugführen (Führerscheine), zu denen auch die internationalen Fahrausweise gehören, und c) die Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge, den Zeugnisstempel von 3 Mk. nach der Tarifstelle 77 des Stempelsteuergesetzes vom 30. Juni 1909 erfordern.

Gleichzeitig macht der Polizeipräsident darauf aufmerksam, daß nach den maßgebenden Bestimmungen für die Erteilung von Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge und von Führerscheinen zum Kraftfahrzeugführen außer dem vorgenannten Stempel auch noch eine Ausfertigungsgebühr von je 1 Mk. und für die Ausfertigung der internationalen Fahrausweise noch eine Gebühr von je 3 Mk. zu entrichten ist.

Für unsere Kollegen Kraftwagenführer bewährt sich obenstehendes Sprichwort im wahren Sinne des Wortes. „Entweder Du bezahlst, oder Du sagst Deinem Beruf Valet, wir haben Dich in Händen."

Wie prompt die Behörden die Bestimmung des Finanzministers ausführen, geht aus folgendem Schreiben hervor, welches einigen Kollegen zugestellt wurde: „Zur Abholung Ihres Führerscheines ist ein Termin wochentäglich von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Dienstgebäude des Polizeipräsidiums anberaumt, zu welchem Sie hiermit vorgeladen werden. Sie haben zu dem Termin zwei Stempelmarken zu je 3 Mk., 1 Mk. Gebühren in bar und das alte Befähigungszeugnis mitzubringen." — Wo soll das hinführen? Der Aderlaß nimmt kein Ende und man scheint in den Chauffeuren eine melkende Kuh entdeckt zu haben. Wir sagen aber, daß man sich darin getäuscht hat. Noch hat der Finanzminister die Dreimarkstücke nicht in der Tasche; wir erlauben uns noch daran zu zweifeln, ob der Herr ermächtigt ist, in eigener Person solche Entscheidungen zu treffen.

Berlin. Am Donnerstag, den 8. Dezember fand eine gutbesuchte Versammlung der Kraftdroschkenführer statt. Ein Verbandssekretär hielt einen Vortrag über: „Unsere Mittel zur Abwehr der kapitalistischen Ausbeutung." Redner wies darauf hin, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich zu organisieren; die Reihen der Indifferenten müssen gelichtet und jeder Mitarbeiter zum Kämpfer erzogen werden. Der Haß der Unternehmer gegen die Organisation hat seinen Grund darin, daß die Herren den organisierten Arbeiter nicht nach Willkür ausnützen können. Wir müssen uns über Programm und Ziele klar werden. Die herrschende Gesellschaft will durch drakonische Urteile beweisen, daß der Arbeiter nicht als Staatsbürger anzuerkennen ist, sie will ihn zum Hörigen stempeln. Die Kämpfe, die sich in letzter Zeit mit aller Schärfe abgespielt haben, sind dem übermütigen Unternehmertum zu danken. Beweis Moabit. Fortwährend schreit das Unternehmertum nach Ausnahmegesetzen, da diese aber nicht so schnell zu haben sind, greift man zur Selbsthilfe. Es werden ein ganzes Heer von Juristen und Journalisten angestellt, der Arbeitsnachweis wird als Kontrollstelle für die Arbeiter ausgenutzt, damit die nicht gut gesinnten Arbeiter zurückgewiesen werden können. Durch den Export von Arbeitswilligen sucht man die Arbeiter zu provozieren. Man rüstet Verbrecher und sonstiges Gesindel mit Waffen aus und hetzt diese auf die Streikenden. So treibt das Unternehmertum sein grausiges Spiel, vor keinem Mittel zurückschreckend, um die Arbeiter zu bekämpfen. Hier-

gegen gibt es nur ein Mittel, eine straffe Organisation und fortwährende Aufklärungsarbeit. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seinen Vortrag. Hierauf wurde des längeren über die polizeilichen Maßnahmen diskutiert. Es wurde darauf hingewiesen, daß die ungeheuren Strafen, welche über Kraftwagenführer verhängt werden, auf die Dauer nicht zu ertragen sind, zumal diese oft die Höhe des Wochenverdienstes übersteigen. Es wurde die Leitung beauftragt, Schritte zu unternehmen, um Abhilfe resp. eine Milderung herbeizuführen. Mit großer Entrüstung nahm die Versammlung von der Bestimmung des Finanzministers Kenntnis, wonach, entgegen dem früher uns zugestellten Bescheid, das ärztliche Gutachten sowohl wie der neue Führerschein mit je 3 Mk. Stempelgebühr belegt werden. Von einzelnen Rednern wurde beantragt, die Stempelsteuer zu verweigern und die Entscheidung des Finanzministers mit Arbeitsniederlegung zu beantworten. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, diese Frage bis zum Januar zurückzustellen, bis dahin aber nichts unversucht zu lassen, diese ungerechte Forderung von uns abzuwälzen. Nachdem noch unter Geschäftliches verschiedene Fragen besprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin und seine Automobile. Im Landespolizeibezirk Berlin sind nach der letzten Zählung etwa 3500 Personenautomobile und 850 Lastkraftwagen vorhanden; hiervon entfallen auf Berlin selbst etwa 2800 Personenautomobile und etwa 750 Lastwagen. Hinzu treten noch 1783 Kraftdroschken, die sich über Berlin und seine Vororte verteilen und die teils durch Explosionsmaschinen, teils durch Elektromotoren angetrieben werden. Alle Gattungen von Fahrzeugen zusammengenommen, sind also z. B. in Groß-Berlin über 6100 Motorfahrzeuge in Betrieb. Im Vergleich zu den überhaupt in ganz Deutschland gezählten Kraftfahrzeugen ergibt die Statistik, daß fast der achte Teil aller in Gebrauch befindlichen Fahrzeuge auf Berlin entfällt.

Eine Lehre für Kraftdroschkenführer ist der Fall des Kraftdroschkenführers W. W., der wegen Unterschlagung und Betruges vor dem Schöffengericht Lichtenberg angeklagt war. Auf einem Fuhrhofe in Karlshorst in Stellung, hielt er am 24. Oktober d. J. mit seiner Autodroschke auf dem Kirchplatze in Karlshorst, auf Fahrgäste wartend. Er wurde auch von vier Herren zu einer Fahrt nach Lichtenberg engagiert, die er auch ausführte, ohne jedoch den Apparat eingeschaltet zu haben. Am Ziele angekommen, wurde dieser Umstand von dem Schutzmann Kern bemerkt, der auch weiter sah, daß W. von einem der Fahrgäste Geld erhielt. Er schrieb sich die Nummer der Autodroschke auf und machte dem Inspektor Werner des fraglichen Fuhrhofes Mitteilung von dem Gesehenen. Daraufhin wurde gegen W. Anzeige erstattet und obige Anklage erhoben. Vor Gericht räumte dieser den Tatbestand ein, suchte sich aber damit zu entschuldigen, daß er anführte, die Fahrgäste seien gute Bekannte von ihm gewesen, mit denen er einmal eine Extratour gemacht habe, und die ihm dafür ein Trinkgeld verabfolgt hätten. Die Fuhrgesellschaft, meinte er, habe er doch nicht geschädigt, da er den Apparat nicht eingeschaltet hatte. Der Amtsanwalt ließ die Anklage wegen Unterschlagung fallen, da W. tatsächlich alles Geld, was der Apparat angezeigt, abgeliefert habe. Wohl aber sei, wie der Amtsanwalt meinte, W. wegen Betruges zu bestrafen. Dieser sei darin zu erblicken, daß W. gegen Entgelt Fahrgäste befördert und durch Einbehaltung des erhaltenen Geldes sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft habe. Durch Nichteinschaltung des Apparates sei erwiesen, daß er von vornherein die Absicht gehabt habe, daß zu erwartende Geld für sich zu behalten und die Gesellschaft, die darauf Anspruch hatte, darum zu schädigen. Kein Kraftdroschkenführer hat das Recht, sofern er nicht selbständig ist, in seinem Wagen ohne Einschaltung des Apparates, irgendwelche Personen zu befördern. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf zwei Monate Gefängnis, auf die das Gericht auch erkannte. — W. blüht außerdem noch die Gewißheit einer Anklage wegen Uebertretung der Droschkenordnung, begangen durch Nichteinschaltung des Apparates.

Der gerissene Geschäftsmann Berg aus Halberstadt sucht in dem von ihm zum Chauffeurfange herausgegebenen „Kraftwagenführer" die Privatchauffeure vor dem deutschen Transportarbeiter-Verband graulich zu machen und bedient sich dabei recht unlauterer Mittel. Er schreibt:

„So ist denn der Transportarbeiterverband derjenige, der mit seinen fakultativen Unterstützungseinrichtungen auch aus den Kreisen der Herrschafts- und Reisechauffeure Mitglieder gewinnt. Wir wollen zur Orientierung unserer Kollegen die Unterstützungseinrichtungen des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes kurz schildern:

Beitrittsgeld zum Verband 1,— Mk.
Wöchentlicher Beitrag . . 0,50 „

Dafür wird geboten zum Teil nach längerer Karenzzeit: Erwerbslosen-, Reise-, Todesfall-, Streik- und Gemaßregeltenunterstützung. Die Höhe einer ev. Notfallunterstützung bestimmt der Vorstand. Außerdem wird noch nach halbjähriger Mitgliedschaft Rechtsschutz in sehr beschränktem Maße gewährt, d. h. das Mitglied hat die Gerichtskosten selbst zu tragen. Man hat noch fakultative Unterstützungseinrichtungen geschaffen, nämlich:

1. Wer volle Rechts- und Haftpflichtunterstützung in Anspruch nehmen will, hat außerdem zu zahlen:
Eintrittsgeld . . . 1,— Mk.
Wöchentlicher Beitrag 0,50 „

2. Für Invaliden- und Pensions-Zuschußunterstützung sind zu entrichten:
Eintrittsgeld . . . 1,— Mk.
Wöchentlicher Beitrag 0,25 „

3. Für Witwen- und Waisenunterstützung:
Eintrittsgeld . . . 1,— Mk.
Wöchentlicher Beitrag 0,25 „

4. Für Zuschuß bei Todesfällen:
Eintrittsgeld . . . 1,— Mk.

Voraussetzung im letzteren Falle ist, daß das Mitglied zur Rechts- und Haftpflicht, Invaliden- und Pensions-Zuschußunterstützung steuert.

Es muß also ein Gesamt-Eintrittsgeld von 5 Mk. und ein Wochenbeitrag von 1,50 Mk geleistet werden."

Abgesehen davon, daß Herr Berg behauptet, für den Zuschuß in Todesfällen sei eine Mark Eintrittsgeld zu zahlen, was tatsächlich nicht der Fall ist, versteht er es besonders gut, das Ausschlaggebende zu verschweigen. Und das Ausschlaggebende sind eben nicht die Eintrittsgebühren und Beiträge, sondern das, was dafür tatsächlich an Unterstützungen seitens unseres Verbandes geleistet wird. Wir wollen dem in kurzen Worten etwas nachhelfen. Unser Verband hat obligatorische und fakultative, d. h. freiwillige Unterstützungseinrichtungen. Zu den ersteren steuern alle Mitglieder und zwar in der Höchstklasse 50 Pf. pro Woche, zu den letzteren ist jedem Verbandskollegen die Mitgliedschaft freigestellt. Da kann sich jeder versichern, der ein Bedürfnis dazu fühlt. Für den Verbandsbeitrag von 50 Pf. pro Woche wird nun gewährt: Rechtsschutz bis zur höchsten Instanz in allen Strafprozessen, die aus der Berufstätigkeit oder aus dem Arbeitsverhältnis resultieren, Lohnklagen usw. Ferner Erwerbslosenunterstützung im Falle der Krankheit oder Arbeitslosigkeit je nach der Dauer der Mitgliedschaft bis zu 11,— Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen. Bei Todesfällen für das Mitglied eine Beerdigungsbeihilfe bis 120 Mk., für Frauen der Mitglieder bis 50,— Mk. Die Gemaßregeltenunterstützung beträgt bis 15,— Mk. pro Woche und entsprechendem Zuschuß für Frau und Kinder. Die Notfallunterstützung wird nach der Bedürftigkeit des ansuchenden Mitgliedes bemessen. Die Streikunterstützung beträgt bis zu 13,— Mk. pro Woche schon nach halbjähriger Mitgliedschaft, Frau und Kindern wird je eine Mark Zuschuß gewährt.

Die fakultativen Unterstützungseinrichtungen gewähren ihren Mitgliedern bei einem Beitrag von 50 Pf. pro Woche vollen Rechtsschutz bei allen Schadenersatz- und Haftpflichtklagen in allen Instanzen. Außerdem werden die eventuellen Haftpflichtsummen ohne jede Begrenzung ihrer Höhe und ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine Abfindungssumme oder dauernde Renten handelt, auf diese Kasse übernommen. Die Zahlung des 50 Pf.-Beitrages für die Haftpflichtunterstützung gewährt den Mitgliedern außerdem ohne jede weitere Beitragsleistung eine Unterstützung für den Sterbefall im Betrage bis zu 600 Mk.

Die freiwillige Pensions-, Witwen- und Waisenunterstützungskasse gewährt bei einem Beitrage von 50 Pf. pro Woche eine Pension je nach der Dauer der Mitgliedschaft bis zu 546 Mk. pro Jahr. Außerdem eine Witwenpension bis 364 Mk. pro Jahr und eine Waisenunterstützung bis 70 pCt. der Höhe der Witwenrente. Ferner eine Beerdigungsbeihilfe für Kinder bis zum Betrage von 50 Mk. Ohne jeden weiteren Beitrag berechtigt die Mitgliedschaft auch zu dieser Einrichtung das Recht auf ein Sterbegeld bis zu 600 Mk. Die Kollegen ersehen hieraus, daß ihnen Herr Berg die Hauptsachen absichtlich verschwiegen hat, um für seine Zwecke im Trüben fischen zu können. Die Leistungen unseres Verbandes auf dem Gebiete des Unterstützungswesens werden aber am besten illustriert durch die Summe, die im Jahre 1909 allein an Unterstützungen in runden Zahlen ausgezahlt worden sind. An Arbeitslosenunterstützung 278 000 Mk., Krankenunterstützung 241 000 Mk., Beerdigungsbeihilfe 52 000 Mk. Unterstützung in Notfällen 24 700 Mark, Reiseunterstützung 5300 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 189 000 Mk., insgesamt an Unterstützungen 818 400 Mark. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1910 beträgt die an Mitglieder ausgezahlte Gesamtunterstützungssumme bereits: 945 000 Mark. Ob das von Herrn Berg geleitete Kraftwagenführer-Kartell auch nur ähnliche Leistungen jemals erreichen kann? Daran glauben die Herren sicher selber nicht. Und damit ist Herr Berg und sein Artikel über unsere Unterstützungseinrichtungen erledigt.

Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Flößer.

Mitgliedschaft Binnenschiffer der Elbe, Oder und der märkischen Wasserstraßen. Anfang November haben wir mit mehreren Dresdener Kohlenfirmen einen Tarifvertrag abgeschlossen und für die Kollegen mehrere Verbesserungen herbeigeführt. Ueber den Verlauf der Bewegung und die näheren Details werden wir im Jahresbericht berichten. Wir wollen nur feststellen, daß die Firmen August Krögis und Hermann Liebscher, welche den Wunsch zur Verhandlung anfänglich geäußert hatten, sich zurückzogen und den Abschluß eines Vertrages abgelehnt haben. Die Herren scheinen ein Haar in der Suppe gefunden zu haben.

Wir wollen diesen Leuten aber sagen, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband sich nicht von ihnen am Gängelbande führen läßt. Das weiß man doch auch in Dresden zur Genüge, und was den Landarbeitern recht ist, sollte man den Schiffern auch gewähren und weigert man sich dessen, nun, so wissen diese sich schon zu helfen.

Alle Kollegen, die auf Kohlenschiffahrt gehen, bitten wir, in der nächsten Schiffahrtsperiode recht vorsichtig bei Annahme von Schiffahrt zu sein. Denn es kann passieren, daß es bei solchen Firmen, wie die erwähnten, leicht zu Differenzen kommen kann. Der Deutsche Transportarbeiterverband läßt sich nicht ausschalten, weder zu Lande noch auf dem Wasser.

Hamburg. Eine außerordentlich gut besuchte Schifferversammlung fand am Dienstag, den 13. Dezember statt. Zum Punkt „Schifferkonferenz" hatte ein Kollege der Verwaltung das Referat übernommen und führte etwa folgendes aus: Wenn wir im vorigen Jahre noch nach einzelnen Stromläufen mit Bedenken hinblicken mußten, so müssen wir doch heute wahrnehmen, daß sich während fast Jahresfrist manches geändert hat. Das Versprechen von der Schifferkonferenz vom Januar 1910, daß jeder mit neuer und frischer Kraft in die Agitation eintreten wollte, hat sich bewahrheitet. An den rückständigsten Umschlagsplätzen, wo die Schiffsmannschaften mit ihren Fahrzeugen lagen, sind Hunderte für die Organisation gewonnen. An der Oder, ein Feld, wo niemals unser Samen aufgehen wollte, sind über 1500 Mitglieder gewonnen. Gewiß ein erfreuliches Zeichen für alle Mitglieder. Aber auch auf der Elbe und den märkischen Wasserstraßen ist die Zahl der Mitglieder vergrößert worden. Besonders für die Verwaltungsstelle Hamburg können wir allen mitarbeitenden Kollegen für die gewaltige Arbeit, welche geleistet ist, unseren Dank abstatten. Das erste Halbjahr brachte für Hamburg 380 Neuaufnahmen und 17 762 Beitragsmarken, wohingegen die letzten fünf Monate (einschließlich November) uns 874 Neuaufnahmen und 29 654 verkaufte Beitragsmarken brachten. An derartigen Zahlen können wir somit am besten unsere Wahrnehmungen machen, welche Früchte die Arbeit gezeitigt hat. Der Statistik betreffs der Erwerbsverhältnisse ist die größte Beachtung zu schenken, und wollen diejenigen, welche den Versammlungen beiwohnen, den übrigen nähere Aufklärungen geben. Auch sind die Winterlisten auf das sorgfältigste auszufüllen. Diejenigen, welche während der Winterperiode auf Schiffahrt bleiben, müssen sich in den Zahlstellen oder Bureaus eintragen lassen, damit der Vorstand imstande ist, im Laufe des Frühjahrs die genaue Mitgliederzahl feststellen zu können. Tue deshalb jeder Organisierte seine Pflicht, damit wir getrost in ein besseres neues Jahr einziehen können, als das alte, vergangene. Der Kollege K. stellt den Antrag, die Schifferkonferenz möge den Vorstand auf 11 Mann erhöhen; diesem wurde zugestimmt. In „Verschiedenes" wurde die Maßregelung des Kollegen M. bei der V. E. G. besprochen. Eigentümlich wäre es, wie der Vorsitzende der Gelben das Denunziantenwesen betreibt, besonders in Teschen. Es wurde versprochen, gegen derartige Denunzianten gemeinsam Verwahrung einzulegen; denn was der Schiffer in seinen Privatstunden vollbringt, geht die Gesellschaft und die gelben Häuptlinge nicht das geringste an. Ferner wurde von einigen Kollegen bekannt gegeben, daß die Prokuristen der V. E. G. jetzt allem Anschein nach eine verlängerte Arbeitszeit erhalten hätten; denn zwei der Beamten wären abends gegen 9½ Uhr noch nach einem Fahrzeuge der V. E. G. gekommen und hätten dem Steuermann das Koalitionsrecht rauben wollen. Doch wenn auch die Steuerleute zu allen Fragen vielleicht ja gesagt hätten, innerlich dächten sie doch weit anders. Auch das Koalitionsrecht werde genannte Gesellschaft keinem verbieten können, da das Gerichtsurteil von 1906 besage, daß derartige Unterschriften ungültig seien. Nachdem der Vorsitzende noch einmal zur weiteren kräftigen Mitarbeit aufforderte und seinen Dank für die sehr gute, von über 500 Personen besuchte Versammlung aussprach, schloß er mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Arbeiterbewegung die Versammlung.

Karl Senz aus Klein-Rosenburg. Wir erhalten folgende Zuschrift: Ende November lag der Schiffer Karl Senz aus Klein-Rosenburg mit seinem Kahn im Hamburger Hafen. Als er eines Tages an Land gegangen war, wartete die Bemannung, ein Bootsmann und ein Junge, bis um 9½ Uhr auf den Schiffer. Da er dann aber noch nicht kam, die Leute aber müde waren, brachten sie den kleinen Kahn an Land, um so dem Schiffer Gelegenheit zu geben, ungesäumt an Bord kommen zu können. Die Bemannung ging schlafen. Als dann später der Gewaltige kam, war er fuchsteufelswild, daß er seinen Kadaver selbst an Bord bringen mußte. Er ging nach vorn, wo die Leute schliefen und verprügelte den jählings aus dem Schlaf gerissenen Jungen.

An dieser Brutalität hatte der Herr aber noch nicht genug. Als später der kleine Kahn leck wurde, beschuldigte der Herr die Bemannung. Allerdings war er vorsichtig genug, nur dem Jungen gegenüber davon zu sprechen. Dieser war jedoch der Meinung, daß zur Bemannung auch der Bootsmann gehöre und machte diesem von der Behauptung des Schiffers Mitteilung. Der Bootsmann ging darauf zum Schiffer und bestritt die Richtigkeit seiner Beschuldigung. Der Schiffer führte nun den Beweis, allerdings in seiner Weise. Er stürmte wieder nach vorn und bearbeitete den Jungen dermaßen, daß dieser ein dickes Gesicht bekam. Weinend wollte der Gequälte seinem Peiniger entfliehen. Der brutale Mensch riß ihn aber von der Treppe und schleuderte ihn gegen den Peller.

Als der Schiffer dann ein wenig ruhiger geworden war und gesehen, was er angerichtet hatte, kam er mit einer Kühlflasche gelaufen.

Besser wäre es gewesen, er hätte sich die Kühlflasche vor dem Exzeß selbst auf den Kopf gelegt. Dort scheint sie uns notwendig zu sein.

Und der Bootsmann?

Kritische Situation der Hafenarbeiter in Finnland. Der für uns so schwere und kampfvolle Sommer nähert sich jetzt seinem Abschlusse. Der Kampf in den Häfen Trongsund und Jakobstad, wo man gegen „The Stevedore Federation of Finnland", einer mit 50 000 F. M. Aktienkapital in Trongsund gestifteten Aktien-

gesellschaft und 10 000 F. M. in Jakobstad, zu kämpfen hatte, ist besonders bemerkenswert. Unsere beiden Abteilungen haben mit 675 Mitgliedern in Trongsund und 164 in Jakobstad gute Ausdauer gezeigt. Unsere beiden Abteilungen haben nämlich die Lösch- und Ladearbeitern im Hafen in eigener Regie, wogegen sich die Scharfmacher unter den Arbeitgebern wandten und diese Aktiengesellschaften errichteten, um die Arbeiter unter ihre Kontrolle zu bringen und besser ausbeuten zu können. Dagegen haben wir mit aller Macht ankämpfen müssen. Neulich verlautete es, daß die vorgenannte Gesellschaft im verflossenen Sommer einen Verlust von ca. 90 000 F. M. erlitten hat und war die Gesellschaft ungefähr eine Woche gezwungen, die Arbeit, da es an Kapital mangelte, einzustellen. Später hatten die Schiffsherren drei Zusammenkünfte in Helsingfors, wo beschlossen wurde, die Arbeiten bis auf weiteres fortzusetzen. Gleichzeitig schrieb der Präsident der „Baltic and White Sea Conference", Herr Lars Krogius einen Brief nach Trongsund, in dem er unsere Abteilung aufforderte, sich der „Stevedoring Federation of Finland" anzuschließen, welches Ansinnen jedoch abweisend beantwortet wurde. Es ist nun nicht bekannt, ob die genannte Gesellschaft im nächsten Sommer ihre Tätigkeit fortsetzen wird, wir sind aber jedenfalls darauf vorbereitet. Von der Abteilung in Trongsund ist Kapitän Nyysy unterwegs, um, wenn möglich, wegen der Ladungsarbeit Uebereinkünfte zu erzielen, da die ausländischen Schiffsreeder hierzu aufforderten. Die Aktiengesellschaft in Jakobstad hat mit ihrem Unternehmen auch kein Glück gehabt, denn dortige Geschäftsleute, die die Gesellschaft im Frühjahr unterstützten, haben jetzt das Interesse für dieselbe verloren und eine der größten Firmen hat ihre Arbeit der Gesellschaft bereits verweigert und die kleineren Firmen folgen dem Beispiel. Zwischen unserem Verbande und einigen dortigen Firmen sind wegen des nächsten Sommers bereits Unterhandlungen gepflogen worden, vorläufig jedoch ohne Resultat. Neue Kämpfe werden erwartet. Wir wurden von Uleaborg benachrichtigt, daß eine große dortige Firma den Kontrakt für das Jahr 1911 gekündigt hat, ohne eine Ursache anzugeben. Es sieht so aus, als ob die vielen Konflikte in unserem Lande unsere Gegner dazu führen, neue Waffen zu finden, aber wir sind darauf vorbereitet, dieselben niederzuschlagen. Die Versammlung der Vertreter unseres Verbandes wird im nächsten Frühjahr eine große und verantwortungsvolle Arbeit haben. Von den Beschlüssen hängt viel ab. Besonders wird es sich um die Stärkung des Streikfonds handeln, denn hierauf beruht ja der ganze Fortschritt der Organisation. Unser Sekretär A. Sivenius, der sich einer Beleidigung des Zaren schuldig gemacht hat, befindet sich zur Zeit im Gewahrsam der Krone (Gefängnis), um so gut wie möglich die gekränkte Ehre der Majestät wieder herzustellen und wird am 12. März 1911 wieder freigegeben.

Handelsarbeiter.

Berlin. Viktoria-Einnehmer! In Nr. 51 des „Courier" berichteten wir über die imposante Versammlung der „Viktoria-Einnehmer" in Berlin. Wir kennzeichneten ferner das Verhalten und die Kampfesweise des „Bureauangestellten-Verbandes". Leider sind wir schon wieder gezwungen, uns mit dieser „Organisation" zu beschäftigen.

Uns ging ein Handzettel zu, in welchem zu einer zweiten Versammlung eingeladen wird, welcher folgenden „Schlußsatz enthält:

„Kollegen! Laßt Euch nicht von dem Besuch dieser Versammlung abhalten. Beauftragte des Transportarbeiter-Verbandes haben am 1. Dezbr. einen Teil der Kollegen unter der falschen Vorspiegelung, unsere Versammlungen finden nicht statt, aus unserem Versammlungslokal hinweggelockt! Eine solche Art der Agitation richtet sich selbst! Damit solche Tricks in Zukunft unmöglich sind, ersuchen wir die Kollegen, beim Eintritt in den Saal ihre Ausweiskarte oder ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen."

Sonderbar, höchst sonderbar! Genau so agitieren die „gegnerischen Gewerkschaften"; unter dem Deckmantel der von der Direktion ausgefertigten Ausweiskarte wird Mitgliederfang betrieben, man versucht, im Trüben zu fischen und eine aufblühende Branche von zirka 500 Kollegen im Transportportarbeiter-Verband zu vernichten.

Dieses von modernen Gewerkschaftlern beliebte Verfahren kann nicht niedrig genug gehängt werden. Traurig muß es in einer Organisation aussehen, in welcher man die Kritik des Gegners scheut und sozusagen hinter verschlossenen Türen Sitzungen und Versammlungen abhält.

Der „Bureauangestellten-Verband" scheint die Gebräuche innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht zu kennen oder er tritt sie bewußt mit Füßen respektive pfeift auf dieselben.

Genau wie der „Bureauangestellten-Verband" die „Handlungsgehilfenbewegung" mit seinen Zersplitterungsversuchen auf das Empfindlichste schädigt, so versucht er es jetzt auch bei den Transportarbeitern.

„In den gemachten Betten schläft es sich besser", so denkt die Leitung des „Bureauangestellten-Verbandes", die Herren vergessen aber ganz, daß sie dadurch jahrelange und mühevolle Arbeit vernichten. Jedem Arbeiter, der ab und zu mal einen Federhalter oder Bleistift in die Hand nimmt, ist nach Ansicht dieser Herren „Bureauangestellter".

Nun genug! Der lachende „Dritte" ist in diesem Falle die „Direktion der Viktoria". Den Beauftragten derselben, welche in allen Versammlungen anwesend waren, muß das Herz im Leibe gelacht haben, als sie der Direktion berichten konnten: „Noch hat es keine Not, die Organisationen liegen sich selbst in den Haaren, da kann uns nichts passieren."

Soll dieses so weitergehen? Kann keine Verständigung erfolgen? Können nicht beide Organisationen gemeinschaftlich den Kampf führen?

Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg. Bedingung ist aber Wahrung des Mitgliederbestandes. Das Abjagen der Mitglieder muß aufhören, auch muß das Aushängeschild des „billigen Jakobs" eingezogen werden.

Das Wohl und Wehe der „Versicherungs-Einnehmer" muß jedem mehr am Herzen liegen, als 10 oder 20 Mitglieder. Die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, soll und muß unsere Aufgabe sein. Nur wenn wir in diesem Sinne gemeinschaftlich arbeiten, werden wir brauchbare und gute Gewerkschaftler erziehen.

Also begraben wir in dem bevorstehenden Kampfe die Streitaxt und warten den Entscheid über die Zuständigkeit der Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten ab, welcher wohl oder übel in allernächster Zeit gefällt werden muß.

Transportarbeiter.

Augsburg. Das berühmte Bischofswort „wer Knecht ist, soll Knecht bleiben" hat besonders bei der größten Speditionsfirma Weißenhorn u. Cie. Eingang gefunden. Solange die Arbeiter mit ihren Verhältnissen zufrieden sind und sich gebrauchen lassen, wie es im Interesse der Firma liegt, hat die letztere gegen die Organisation nichts einzuwenden. Geht aber ein Kollege daran, seinen Nebenarbeitern den Weg zu zeigen, welcher zur Besserstellung der Arbeiterklasse führt, so muß er damit rechnen, daß er die längste Zeit bei Weißenhorn in Arbeit war. Selbstverständlich wird der Missetäter solange er notwendig gebraucht wird, nicht entlassen, sondern nur auf die bekannte Liste gesetzt, um nicht der Vergessenheit anheim zu fallen. Sobald aber die Arbeit weniger wird, entledigt sich die noble Firma solcher Elemente, die es gewagt haben, an den bestehenden Zuständen Kritik zu üben. Zwei Kollegen wurde als Weihnachtsgeschenk ihre Invalidenkarte und Zeugnis überreicht mit dem Bemerken, daß sie nicht mehr so wie früher seien und deshalb entlassen werden müßten. Eine solche Handlungsweise ist eine außerordentlich schöne, zumal einer der Gemaßregelten schon 4 Jahre bei der Firma war und laut seines Zeugnisses jedermann als tüchtiger, fleißiger und verlässiger Arbeiter empfohlen wird. Es ist der reinste Hohn, wenn ein Arbeitgeber einen Arbeiter jedermann aufs beste empfiehlt und er selbst entläßt ihn noch 8 Tage vor dem Feste des Friedens, trotzdem er Arbeiter braucht. Die Firma beschäftigt lieber Arbeiter von zweifelhafter Qualität und bezahlt für solche Elemente auch bessere Löhne als für ihre ständigen ehrlichen Arbeiter. Man sollte glauben, daß es heute keinen Unternehmer mehr gibt, welcher noch der Meinung ist, ein natürliches und gesetzliches Recht seines Nebenmenschen durch Gewaltmaßregeln unterdrücken zu können, zumal die Arbeitgeber von demselben Rechte den weitgehendsten Gebrauch machen, was die gemeinsame Erhöhung der Rollgelder zur Genüge beweist. Mögen die Unternehmer noch so scharf vorgehen, um den Zusammenschluß ihrer Arbeiter zu verhindern, auf die Dauer bleibt es auch in Augsburg nicht dunkel, zumal Druck immer noch Gegendruck erzeugt hat. Die hiesigen Lohnverhältnisse unserer Kollegen bedürfen dringend einer Verbesserung, wenn Not und Elend nicht noch krasser zutage treten sollen. Es ist eine Schande für die Arbeitgeber, wenn ihre Arbeiter trotz der langen Arbeitszeit nicht soviel verdienen, daß sie sich ohne Hilfe eines Dritten ehrlich und redlich durchs Leben schlagen können. Deshalb, Kollegen, laßt Euch durch das brutale Vorgehen der Unternehmer nicht einschüchtern und sorgt durch stetiges Werben neuer Mitglieder für den Deutschen Transportarbeiterverband, daß solcher Willkür ein fester Damm entgegengesetzt werden kann.

Die Königl. Eisenbahndirektion mußte! Die bürgerliche Presse bringt eine Nachricht über die Neuregelung der Bahngüterabfuhr, die beweist, daß auch eine Königl. Eisenbahndirektion trotz alles Sträubens und Abstreitens dem so sehr gehaßten Deutschen Transportarbeiter-Verband Rechnung tragen muß. Die Notiz lautet:

„Die kgl. Eisenbahndirektion Berlin hat mit der bahnamtlichen Rollfuhrgesellschaft einen neuen Vertrag abgeschlossen, der einschneidende Aenderungen enthält. Die wichtigste Aenderung betrifft das Abtragen der Güter: Der neue Vertrag verpflichtet die Gesellschaft zum Abtragen aller bahnamtlich an- und abzurollenden Güter, und zwar müssen Sendungen bis 50 Kilogramm auf einen Frachtbrief von den Fuhrbegleitern unentgeltlich nach und von allen Stockwerken, den Kellern und Höfen abgetragen werden. Für Sendungen über 50 Kilogramm auf einen Frachtbrief ist ein Tarif aufgestellt, der je nach dem Umfange der Abtragsleistung eine angemessene gestaffelte Abtragegebühr vorsieht. Für Einzelstücke im Gewicht über 150 Kilogramm hat mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Verhältnisse ein Abtragetarif sich nicht aufstellen lassen; hier ist aber die Gesellschaft verpflichtet worden, in jedem Fall vor der Zurollung mit den Empfängern die Gebühr für die etwa gewünschte Abtragung zu vereinbaren.

Die Kgl. Eisenbahndirektion Berlin mußte eine teilweise Erhöhung der Gebühren auch schon deshalb eintreten lassen, weil die Gesellschaft bei Abschluß des neuen Tarifvertrages zwischen dem Verein Berliner Spediteure und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband am 1. September d. J. ihrem Personal nicht unerhebliche Lohnerhöhungen und sonstige Vergünstigungen gewähren mußte. Um einen teilweisen Ausgleich für die der Gesellschaft hierdurch auferlegten erheblichen Kosten und für die allgemein eingetretene Verteuerung der Lebensbedürfnisse herbeizuführen, hat eine angemessene Erhöhung der Rollgebühren erfolgen müssen. Die Kgl. Eisenbahndirektion hat aber dafür Sorge getragen, daß von der Erhöhung ausgeschlossen bleiben die geringgewichtigen Güter — kleine Sendungen bis 20 Kilogramm auf einen Frachtbrief —, für deren Abrollung einschließlich Abtragen eine Verteuerung ihr nicht berechtigt erschien. Für diese Sendungen, die etwa ein Viertel sämtlicher abzurollenden Frachtbriefsendungen ausmachen, sind die bisherigen billigen Abrollsätze bestehen geblieben."

Diese Sache ist nicht nur ihres tatsächlichen Inhalts, sondern auch deswegen besonders interessant für unsere Kollegen, weil hier die königl. Eisenbahndirektion selbst das Eingeständnis macht, auch auf den verhaßten und bekämpften bösen Transportarbeiterverband Rücksichten nehmen zu müssen. Die Dinge sind eben immer stärker, als selbst preußische Eisenbahnbehörden.

Chemnitz. Die Zustände bei der hiesigen Dünge-Abfuhr-Gesellschaft waren schon des öfteren Gegenstand öffentlicher Erörterung. In Versammlungen, in der hiesigen Tagespresse, wie im „Courier", sind sie gebührend gekennzeichnet und ist der Ruf nach Abstellung erhoben worden. Das klägliche Ende, das im Frühjahr der Direktor Blumschein nahm, ließ bei manchem die Vermutung aufkommen, daß nunmehr auch mit der Beseitigung seiner Person das „System" als beseitigt angesehen werden könne. Man hat sich getäuscht. Die neue Direktion hat auch noch nicht die geringste Veranlassung genommen, irgend etwas zu tun, was geeignet wäre, dem Personal den schweren Beruf zu erleichtern. In den ausgefahrenen Gleisen geht es weiter. Ja mehr noch, man verfällt auf neue Mittel, um die Kutscher zu trietzen. Der Inspektor Gerth hat das zweifelhafte Verdienst, ein „Strafarbeitssystem" erfunden zu haben, das er sich eigentlich patentieren lassen sollte. Es wird folgendermaßen angewendet: Wenn ein Geschirrführer irgendwie etwas versehen hat, so muß er am Sonntag Strafdienst tun, der beispielsweise im Wagenaufstellen (in Reih' und Glied auf dem Hofe) besteht. Diese Strafe wird nicht etwa, wie dies die G.-O. § 134c Abs. 2 bestimmt, sofort festgesetzt, sondern am Sonntag früh werden gewissermaßen summarisch die betreffenden Sündenböcke vom Herrn Inspektor hierzu verknurrt! Jedenfalls empfehlen wir dem betreffenden Herrn, sich einmal die Gewerbeordnung etwas näher anzusehen und schließlich auch die Arbeitsordnung des Betriebes. Vielleicht wird er da gewisse Widersprüche zwischen seinem Strafarbeitssystem und den gesetzlichen Bestimmungen entdecken. Auch heute muß zum soundsovielten Male darauf hingewiesen werden, daß hygienische Einrichtungen in diesem Betriebe ein vollkommen unbekannter Begriff sind. So etwas wie einen heizbaren Aufenthaltsraum, in dem das Personal seine Mahlzeiten einnehmen kann, Räume zum Abtrocknen der durchnäßten Kleider, Pferdedecken 2c. gibt es einfach nicht. Die Pferdedecken werden früh wieder naß aufgeschnallt. Die Aborte sind in höchst unsauberem Zustande. Ebenso ist keine Waschgelegenheit, geschweige denn gar ein Handtuch vorhanden. Bei dieser unappetitlichen Arbeit fällt dies ganz besonders erschwerend ins Gewicht. Es wäre eigentlich Aufgabe der Wohlfahrtspolizei, hier einzugreifen. Auf dem Abladeplatz in Altendorf haben die Kollegen überhaupt keinen Unterschlupf und müssen ihr Brot unter freiem Himmel, oder unter einem zugigen Schuppen einnehmen. Hier findet die neue Direktion ein reiches Feld der Betätigung. Die Zustände, wie sie heute bestehen, inmitten einer modernen Großstadt, müssen einfach als Skandal bezeichnet werden. — Die Müllabfuhr, eine Sonderabteilung des Unternehmens, bietet kein besseres Bild. Hier schwingt Herr Inspektor Rabentisch sein Zepter. Die Klagen über genannten Herrn wollen ebenfalls nicht verstummen. Doch darüber später einmal. An das Personal aber kann nicht oft und eindringlich genug die Aufforderung ergehen: Schließt Euch dem Verbande an! Nur dann wird mit dieser Mißwirtschaft einmal gründlich Schluß gemacht werden können.

Halle a. S. Wie in vielen anderen Städten, so war auch in unserer Stadt der Mißstand zu verzeichnen, daß auf dem Zentralgüterbahnhof die Abnahme einzelner Frachtkollis infolge Ueberfüllung der Abnahmestellen mit stundenlangem Warten verknüpft war. Alles Bitten und Vorstelligwerden bei der Güterverwaltung nützte nichts, stets und immer hieß es, daß keine weitere Abnahmestelle wegen Mangel an Personal geöffnet werden könne. Um aber endlich einmal hierin Wandel zu schaffen, richtete die Ortsverwaltung unserer Zahlstelle an die in Frage kommende höchste örtliche Instanz nachstehendes Schreiben:

Halle a. S., den 2. Dezember 1910.

An die Königl. Eisenbahndirektion

Halle a. S.

„Endesunterzeichnete Verbandsleitung erlaubt sich der wohllöblichen Eisenbahndirektion zu Halle a. S. einen Mißstand zu unterbreiten, welcher sich bei der Frachtgut-Abnahme beim hiesigen Güterbahnhof seit längerer Zeit bemerkbar gemacht hat und einer recht baldigen Abänderung bedarf.

Der in Frage kommende Mißstand ist folgender: Alltäglich kann man beobachten und in eigene Erfahrung bringen, daß die Frachtgutabnahme am Güterboden in bezug auf diejenigen Frachtbringer, welche entweder mit Hand- oder kleineren Geschäftswagen ein Kolli oder einige solcher zur Ablieferung bringen wollen, eine äußerst mangelhafte ist.

Stundenlanges Warten auf Abfertigung ist für die Leute, die mit solchen Wagen anfahren, oder auch für solche, die das abzuliefernde Kolli in Händen tragen, an der Tagesordnung. Die Schuld hieran liegt, wie sich jedermann selbst überzeugen kann, an zu wenig offenen Abladeluken.

Wohl sind tagtäglich einige solcher Luken offen, doch sind diese wenigen fast fortwährend von großen Speditionsrollgeschirren umlagert, welche der Reihe nach ihre riesige Anzahl geladener Frachtstücke zu den offenen Luken hinein- und um die dort befindlichen Wagen herumstellen. Ist auf solche Weise ein der-

artiges Geschirr geleert, so rückt sofort ein anderes nach und entleert, soweit es möglich ist, sein Stückgut auf dieselbe Art.

So wiederholt sich fast durchgängig alle Tage dasselbe Spiel an der einen wie an der anderen Wage.

Kommt nun wie gesagt ein kleiner Handwagen oder ein kleines Geschirr und es halten, wie es fast immer der Fall ist, schon einige Rollgeschirre da, so ist für erstere sicher, daß ihnen eine unverhältnismäßig lange Wartezeit bevorsteht. Denn es hilft kein Hinweis und kein Bitten, um vielleicht zu erzielen, daß einem sein einzelnes Kolli zwischen hindurch abgenommen wird, nein, jeder solch Wartender muß seine Geduld auf eine mitunter sehr lange Probe spannen. Zwei Stunden Warten ist nichts seltenes.

Ins Gewicht fällt nun hierbei ganz besonders, daß die Wartenden meistens Geschäftsangestellte sind, und daß sie, wenn ihrem Arbeitgeber das Ausbleiben zu lange gewährt hat, von diesem hart angefahren und unlieb behandelt werden, ungerechnet dessen, daß sich die tägliche Arbeitszeit für sie um die Zeit des Wartens am Güterboden verlängert, denn die im Geschäft vorliegende Arbeit harrt doch ihrer Erledigung ebenfalls alltäglich).

Wir sind nun mit den Beschwerdeführern der Ansicht, daß sich dieser Uebelstand, den wir uns hier erlaubten zu schildern, sehr wohl abändern resp. beseitigen läßt dadurch, daß eine, oder wenn notwendig, zwei Wagenluken mehr als gewöhnlich geöffnet werden, welche lediglich dazu dienen, um einzelne Kollis anzunehmen.

Weiter sind wir der Ansicht, daß auch die wohllöbliche Direktion sich unserem Wunsche nicht wird verschließen können und diesbezügliche Anleitung geben wird. Indem wir uns deshalb der angenehmen Hoffnung hingeben, daß dies geschieht und daß uns hierüber geneigte Antwort zugehen wird, zeichnet

Hochachtungsvoll

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Halle a. S., Harz 42/43, Hof 2 Tr.

J. A.: Fz. Gräfe."

Wir waren neugierig, was die Direktion auf vorstehendes Schriftstück dem ihr gerade hier aufs beste gehaßten Transportarbeiterverband antworten würde. Am 17. Dezember ging die Antwort ein und war, wenn auch kurz, so doch aber entgegenkommend gehalten. Zur näheren Verständigung lassen wir selbige gleich wörtlich folgen:

Halle a. S., 16. Dezember 1910.

„An die Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Halle a. S., Harz 42/43.

Zum gefl. Schreiben vom 2. Dezember 1910.

Für Auflieferung von Einzelsendungen ist auf hiesigem Güterboden die Annahmestelle Nr. 1 bestimmt worden. Dem Publikum ist dies durch Aushang am Schalter der Frachtbriefvorprüfungsstelle und an der Annahmestelle Nr. 1 bekannt gegeben.

Vorstand des Kgl. Eisenbahn-Verkehrs-Amts.
Fischer."

Somit wäre unserer Eingabe und dem Wunsche des interessierten Publikums Rechnung getragen worden; ein Erfolg, der einer ganzen Reihe von unseren Berufskollegen zugute kommt.

Terrorismus des Kasseler Fuhrherrenvereins! Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert. Dieses Kaiser-Wort müßte, wenn es Anwendung finden sollte, unzweifelhaft für den Kasseler Fuhrherrenverein Geltung haben! Offener, wie dieser Verein resp. dessen Vorstand in letzter Zeit die Geißel des Terrors geschwungen, kann es beinahe nicht mehr geschehen und doch — — wo bleibt der Staatsanwalt???

Mit welchen Mitteln dieser Verein bestimmten Arbeitern die Möglichkeit nimmt, sich in freiwilliger Arbeit zu betätigen, dafür nur einige Beispiele. Am 30. Juli d. J. stellte die Firma Best einen Kollegen zur Aushilfe als Kutscher ein, nach einiger Zeit wurde sie aufgefordert, an den Verein eine Konventionalstrafe von 30,— Mk. zu zahlen, weil sie den Mann beschäftigt habe! Nach den Gründen der Ausschließung dieses Arbeiters befragt, hieß es: „Der Mann darf bei Vereinsmitgliedern nicht beschäftigt werden, weil er angeblich Sozialdemokrat und Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes ist!"

Ein anderer Kollege, bei der Firma Engelhardt beschäftigt, wollte einige Tage zu einer Hochzeit nach auswärts fahren und ersuchte den Kollegen P., ihn so lange zu vertreten, was dieser auch zusagte! Am selben Abend gegen 10 Uhr kam der Kollege und bestellte den Kollegen P. wieder ab, mit dem Bemerken, er dürfe nicht fahren, weil es der Verein nicht haben wolle!

Der Kollege H. hatte am 13. August d. J. selbst Hochzeit und hatte unsern Kollegen P. gebeten, ihn an diesem Tage zu vertreten! Auch dies wurde verhindert! Dem H. wurde gesagt, daß er an diesem Tage nicht abkommen könne, weil Veteranen-Appell sei und Aushilfe nicht zu erlangen ist!! Als H. erklärte, daß er bereits Aushilfe habe und dabei den Kollegen P. nannte, wurde ihm bedeutet, daß die Firma nicht wieder deshalb 30,— Mk. bezahlen wolle! Es handelt sich hier wieder um die Firma Best!!

Am 15. Oktober d. J. suchte die Firma Miehe Nachfolger einen Lohndiener, der Kollege P. meldet sich, erhält auch die Zusage und — — nach kurzer Zeit wird ihm kund getan, daß ihn die Firma nicht beschäftigen dürfe, da ihr seitens des Fuhrherren-Vereins Verhängung einer Konventionalstrafe resp. Ausstoßung aus dem Verein angedroht sei.

So gibt es der Fälle noch mehr, durch welche der brutale Terror des Fuhrherren-Vereins aufgezeigt werden kann. Für heute soll es zunächst genug sein, jedoch können wir den Herren verraten, daß auch ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen werden!! Die Organisation wird schon Gelegenheit finden, auch mit ihnen ein ernstes Wörtlein zu reden, wenn es der Staatsanwalt nicht für nötig findet, gegen ein derartiges Treiben einzuschreiten! Fürs erste wird es Aufgabe unserer Kollegen sein, einmal genau solche Fälle zu registrieren und dabei auch den vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Zimmermann, betriebenen „Arbeitsnachweis" einer kleinen Kontrolle zu unterziehen! Bei Letzterem wird es gut sein, wenn beachtet wird, inwieweit die Bestimmungen des Stellenvermittlergesetzes innegehalten werden!

Im Uebrigen zeigt aber das Gebaren der Herren des Kasseler Fuhrherren-Vereins, wie dringend notwendig es ist, daß unsere Kasseler Kollegen endlich die alte Saumseligkeit von sich werfen und an die Vertretung ihrer Interessen denken. Kollegen! Eure „Herren" haben eingesehen, daß sie sich organisieren müssen und die Ausübung des Terrors beweist, wie sie es verstehen, Euch die Macht der Organisation klarzumachen! Wollt Ihr noch länger untätig zusehen, wie man mit Euch spielt? Wollt Ihr Euch immer als die dummen, geduldigen Ausbeutungsobjekte gebrauchen lassen, wie bisher? Wir meinen, so kann es nicht weiter gehen! Rafft Euch zusammen und schließt Euch sämtlich Eurer Berufsorganisation an, damit auch in Kassel endlich die Kutscher zu einer besseren wirtschaftlichen Lage gelangen.

Hinein in den deutschen Transportarbeiter-Verband, das muß die Antwort aller Kollegen auf den Terrorismus des Fuhrherren-Vereins sein!

Das Weihnachtsgeschenk der Speditionsfirma Langner in Liegnitz. Gerade noch rechtzeitig zum heiligen Weihnachtsfest, das bekanntlich allen Menschen ein Wohlgefallen bringen soll, hat die Firma Langner einen Ukas erlassen, der aller christlichen Nächstenliebe und Festesstimmung Hohn spricht. Dieses Dokument schrankenloser Arbeitgeberwillkür verdient es ehrlich, der Nachwelt überliefert zu werden, um dieser zu zeigen, was alles noch im gepriesenen Reich der Sozialreform im 20. Jahrhundert möglich war. Gern hätten wir nur Auszüge aus dem Schriftstück gebracht, aber es ist in allen seinen Teilen so herrlich und so enorm arbeiterfreundlich, daß wir es uns nicht versagen können, seine sämtlichen Schönheiten zur Belehrung unserer Kollegen aufzuzeigen. Es lautet:

„Wie zu erwarten war, hat die durch die Erfahrungen der letzten Wochen wieder notwendig gewordene Einführung der Kautionsleistung die Billigung der Angestellten gefunden und bin ich bereit, die noch fälligen Wochenraten je nach Wunsch mit der in sechs Wochen zu zahlenden Weihnachtsvergütung zu verrechnen.

Ich gebe ferner zur Kenntnis, daß ich vom 1. Januar 1911 ab für Kutscher den Mindestlohn von 15,50 Mk. wöchentlich verrechne. Die extra berechneten Fuhrvergütungen bleiben bestehen, um durch die tägliche Leistungsberechnung die sorgfältige Ausfüllung der Tageszettel anzuregen und die Ansagen kontrollieren zu können! Ebenso werden die Leistungen an Sonntagen 2c., Meilengelder usw. weiterbezahlt!

Dagegen kommt vom nächsten Jahr an die Weihnachtsgratifikation in Wegfall.

Diejenigen Kutscher, welche mit der Abrechnung von Rollkarten betraut werden, erhalten als Inkasso-Vergütung einen besonderen Zuschlag von 1,— Mk. wöchentlich.

Gleichzeitig mache ich noch auf die seit Jahren eingeführte achttägige, gegenseitige Kündigung aufmerksam, bemerke aber, daß ich aus Sicherheitsrücksichten für Publikum und Kundschaft bei Trunkenheit im Dienst, tägliche, sofortige Entlassung innehalten und ohne Rücksicht auf sonstige Führung durchführen muß.

Im eigenen Interesse der Arbeitnehmer und besonders ihrer Familien mache ich auf die notwendige Einschränkung des Alkoholgenusses besonders aufmerksam, da nach wiederholten neueren Entscheidungen bei durch Trunk veranlaßten Unglücksfällen weder Krankengeld noch Unfallrente zur Auszahlung gelangt.

Ich erwarte von allen Kutschern, der Kundschaft gegenüber, anständiges gutes Benehmen und fordere alle wohlgesinnten Angestellten zur steten Beachtung eines solchen Verhaltens auf, indem ich auch die Meldung von ihm bekannt gewordenen Verstößen jedem einzelnen auf guten Ruf haltenden Kutscher zur strengsten Pflicht mache, da durch Verletzung des bisherigen guten Ansehens der Firma jeder Angestellte ebenfalls Schaden erleidet.

H. Langner."

Bei einem Wochenlohn von 15,50 Mk., der zum ratenweisen Verhungern gerade noch ausreicht, dürfen die Kutscher auch noch eine ansehnliche Kaution stellen, um mit dieser für alles das zu haften, was ihr Herr Chef gerade für angebracht und ihm nützlich findet. In Anbetracht dessen, daß die Preise für Lebensmittel und Wohnungsmieten von Tag zu Tag eine weitere Steigerung erfahren, trägt auch die Firma Langner ihren Teil zur Lösung der sozialen Frage bei, indem sie zwar keine Lohnzulage oder Aufbesserung gewährt, sondern indem sie ankündigt, daß im nächsten Jahre eine Weihnachtsgratifikation nicht mehr gewährt wird. Daß diese Ankündigung schon ein Jahr früher erfolgt, ist um so anerkennenswerter, als die Arbeiter jetzt wenigstens in der Lage sind, sich einen neuen Hungerriemen anzuschaffen, der das weitere Zusammenschnüren des Magens gestattet und auch der Verdauungsapparat selbst allmähliger darauf eingewöhnt werden kann. Die Mahnung, daß die Kutscher sich des Alkoholgenusses enthalten sollen, ist wohl damit sehr überflüssig gehalten, denn bei solch fürstlicher Entlohnung dürfte auch den größten Schlemmern unter den Arbeitern und Kutschern das Trinken selbst des billigsten und schlechtesten Fusels ganz von selbst vergehen. Die Zumutung, den eigenen Leidensgenossen gegenüber den angeberischen Judas zu spielen, ist die Krönung des hohen Erlasses einer wohlweisen Betriebsregierung. Wir sind nur neugierig, wie weit der Bogen noch gespannt werden muß, bis daß die Sehnen reißen, und die Langnerschen Angestellten sich auf ihre mit Füßen getretene Menschenwürde besinnen. Lange kann es nicht mehr dauern, wenn sie nicht allesamt aus Verehrung für ihren Herrn Chef, mitsamt ihren Angehörigen eines langsamen, qualvollen Hungertodes sterben wollen.

Erklärung. In der Nr. 38 des „Courier" vom 18. September cr. brachten wir einen Bericht über die Lohnbewegung der Möbel-Transportarbeiter in Mannheim, in welchem Herr Kratzert verschiedentlich als Oberscharfmacher bezeichnet wird. Da sich Herr Kratzert durch obige Bezeichnung in seiner Ehre gekränkt fühlt, nehmen wir diesen Ausdruck gern zurück, da uns ja die Absicht einer persönlichen Kränkung des Herrn Kratzert vollständig fern gelegen hat.

Allgemeines.

Berlin. Für alle Wagenführer von Interesse ist folgende Polizeiverordnung: Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 sowie der §§ 143 und und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin folgendes verordnet: Die Bestimmungen in den §§ 23 und 24 (letztere in der Fassung der Polizeiverordnung vom 18. Juni 1903 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899) werden, wie folgt, abgeändert und als § 28 (der jetzt nicht vorhanden ist) wird eine neue Bestimmung hinzugefügt. 1. § 23 erhält folgende Fassung: Von der Benutzung durch Fuhrwerk sind ausgeschlossen alle Wege, welche ein öffentlicher Anschlag als Reitwege oder Fußwege oder als „Gesperrt" bezeichnet. — 2. Im § 24 kommt die Nr. 1 in Wegfall. — 3. Hinter § 27 wird folgende Bestimmung als § 28 neu aufgenommen: § 28. In allen Straßen mit zwei Fahrdämmen darf von Reitern, Fuhrwerken, Handwagen und sonstigen Fortbewegungsmitteln in jeder Richtung nur der zur Rechten gelegene Fahrdamm benutzt werden. Befindet sich das Ziel der Fahrt auf dem zur Linken gelegenen Fahrdamm, so darf erst auf der nächsten hinter dem Ziel gelegenen Durchfahrt (Querstraße) nach dem linken Fahrdamm eingebogen werden, so daß die Vorfahrt an dem Ziel, in der vorgeschriebenen Fahrtrichtung erfolgt. Auch die demnächstige Abfahrt darf nur in dieser Fahrtrichtung erfolgen. Entsprechend dem Absatz 1 sind die beiden nördlichen Durchfahrten des Brandenburger Tores lediglich zur Fahrt nach Westen und die beiden südlichen Durchfahrten lediglich zur Fahrt nach Osten zu benutzen. — 4. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1911 in Kraft.

Mitteilungen des Vorstandes.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Otto Beinhorn, Hpt.-Nr. 225 007, eingetreten 1. 1. 1902 in Bielefeld.

Falls dieses Buch vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Das Mitglied Max Senftleben, eingetreten 23, 6. 10, Hpt.-Nr. 288 156, ist von Offenbach (Main) abgereist, ohne dort seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachzukommen. Wir bitten um Angabe der jetzigen Adresse desselben.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kaßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 44 des „Courier" vom 30. Oktober 1910 ausgeschriebene Stelle eines Ortsbeamten für Frankfurt a. M. zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist. Desgleichen ist auch die Besetzung der in derselben Nr. des „Courier" ausgeschriebenen Einkassiererstellen für unsere Mitgliedschaft Hamburg I erledigt.

Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Carl Lindow, Karlshorst.
Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H.
Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Der Streik der Expreßleute und Chauffeure New-Yorks.

1. Die Expreßleute.

Das Verkehrsgewerbe New-Yorks ist in den letzten Wochen ernstlich gestört worden. So streikten zuerst die Gepäckkutscher und die Helfer, denen sich bald die Chauffeure und Droschkenkutscher anschlossen. Am 11. November nahmen die Expreßleute die Arbeit wieder auf, während die Droschkenkutscher und Chauffeure noch heute im Ausstand sind.

Der Streik der Expreßleute begann am 22. Oktober mit der Arbeitsniederlegung einiger hundert Hilfsarbeiter. Zwei Tage später folgten ihnen 300 Expreßkutscher, einige Tage später traten die gesamten Kutscher und Helfer in den Ausstand, am 7. November schlossen sich ihnen die Chauffeure und Droschkenkutscher an. Am 11. November nahmen die Expreßleute einen Vergleichsvorschlag des Bürgermeisters Gaynor an und kehrten zur Arbeit zurück. Ohne allerdings vorläufig etwas erreicht zu haben. Die Gesellschaften gaben wohl die Zusicherung, bis zum 1. Dezember 1910 die Angelegenheit zu regeln. Man machte jedoch seitens der Gesellschaften keine Anstalten hierzu. Die Expreßleute, inzwischen gut organisiert, nahmen in mehreren riesigen Versammlungen Stellung und drohten mit einem erneuten Ausstand. Es kam aber schließlich am 1. Dezember zu folgendem Vertrag:

11 Stunden Arbeitszeit; Fuhrleute 80 Dollar (1 Dollar = 4 Mk.), Hilfsfuhrleute 75 Dollar, Helfer 55—65 Dollar, Führer von Gasolin-Autos 75 Dollar, Führer von Elektro-Autos 55 Dollar monatlich.

Ueberstunden mit 25 Cent pro Stunde, für die erste halbe Stunde jedoch nichts.

Die Leute der Queen-Expreß-Companie erhalten etwas weniger.

Es ist allerdings wenig, was erreicht worden ist, es fehlt besonders die Anerkennung der Union. Wenngleich die Gesellschaften versichern, keinen Unterschied zwischen Organisierten und Nichtorganisierten zu machen, so weiß man doch, daß das Gegenteil der Fall ist.

Wenn nicht mehr erreicht worden ist, so ist das lediglich dem arbeiterfeindlichen Verhalten des Bürgermeisters Gaynor zuzuschreiben, der die Arbeiter den Gesellschaften gegenüber verraten hat. Erklärte er doch, daß, wenn die Arbeiter seinem Vergleichsvorschlage nicht zustimmen, er Mittel finden würde, daß die Expreßwagen ohne sie laufen würden, und wenn er jeden Wagen mit zwei bis drei Polizisten bemannen sollte. Im Anfang des Streiks war dies sowieso geschehen, später wurden die Polizisten wenigstens von den Böcken der Wagen zurückgezogen. Daß Mayor Gaynor seine Drohung wahr gemacht hätte, daran zweifelten die Arbeiter nicht, denn die Polizei New-Yorks ist nachgerade bekannt als amtliches Streikbrecher-Institut. — Angesichts dieser Drohung kehrten die Expreßleute wieder zu ihren Fronplätzen zurück. Man hätte nun meinen sollen, die Arbeiter hätten sich das gemerkt und bei der Wahl für den Kandidaten der Arbeiter gestimmt. Weit gefehlt. Der Kandidat, der Sozialist Party, erhielt diese Arbeiterstimmen nicht, nein, die Demokraten, deren offizieller Vertreter in New-York Mayor Gaynor ist. Wie heißt es doch so schön: „Die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber."

Ein anderer Grund dieses Pyrrhussieges war die Planlosigkeit der Streikführer. Statt daß mit einem Male der Streik aller Fuhrleute erklärt wurde, erfolgte dies nach und nach. Das liegt nun wieder an der Zersplitterung der Gewerkschaften. Ein Arbeiterführer fiel dem anderen in den Rücken. Hoffentlich lernen die amerikanischen Arbeiter aus diesem Streik die Zweckmäßigkeit großer Industrieverbände im Interesse einer einheitlichen, planmäßigen Streikführung und straffen Organisation.

Welche wirtschaftlichen Folgen ein solcher moderner Wirtschaftskampf zeitigt, zeigt folgende Zusammenstellung: 4400 Expreßleute streikten 20 Tage; — der durchschnittliche Verdienst eines jeden war 13 Dollar die Woche. Sie verloren 58 500 Dollar pro Tag oder total 1 170 000 Dollar. Die 5 Expreßgesellschaften hatten nach ihren eigenen Angaben jeden Tag 100 000 Dollar Verlust, total 2 000 000 Dollar. Die Geschäftsleute erlitten durch Nichtablieferung leicht verderblicher Waren einen Schaden von mindestens 2 500 000 Doll. Zirka 7500 Polizisten waren zum Schutze der Transportwagen beordert. Die Kosten für einen einzelnen betrugen 5 Dollar den Tag, für alle 7500 = 37 500 Dollar den Tag, oder total 750 000 Dollar. Zusammen 6,420 000 Dollar.

Ferner erforderte der Streik zwei Menschenleben. Zwei streikende Arbeiter wurden von Streikbrechern erschossen.

Aus welchem Material sich die Streikbrecher zusammensetzten, zeugt, daß ein 15jähriger Bengel, der verhaftet wurde, einen Knüppel und Revolver bei sich hatte und ein entsprungener Insasse eines Irrenhauses war. Mit Freuden, erklärte er, habe ihn die Streikbrecheragentur aufgenommen. Ein anderes Beispiel: Vier Streikbrecher waren bemüht, eine wertvolle Wagenladung beiseite zu bringen, wurden jedoch durch Detektivs daran verhindert. Große Freude hat man bisher eben noch nie an Streikbrechern gehabt. Ein ehrlicher Mensch gibt sich dazu auch nicht her.

Wenn die Expreßleute sich nun stramm organisieren, für gute politische Vertretung sorgen, so können sie unbesorgt später einen neuen Kampf beginnen, — trotz Gaynor, trotz der Polizisten, denn dann werden die Behörden zum mindesten nicht gegen die Arbeiter sein.

2. Der Streik der Chauffeure und Droschkenkutscher.

Diese schlossen sich am 7. November dem Streik der Expreßleute aus Sympathie an, formulierten dann jedoch auch ihre Forderungen. Die Hauptforderung war der „closet chop", das heißt die geschlossene Werkstätte; es sollen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden. Wenn die Unternehmerorganisationen schon geneigt wären, die übrigen Forderungen zu bewilligen, niemals den „closet chop". Und so sind die Chauffeure und Droschkenkutscher noch heute im Streik. Diese Arbeiter sind schon länger und gut organisiert, gewissermaßen schon diszipliniert und schauen mit Siegeszuversicht dem weiteren Verlauf des Kampfes entgegen. Bis jetzt ist von den Unions-Chauffeuren noch keiner zurückgekehrt.

Auch bei diesem Streik zeigt sich die New-Yorker Polizei von ihrer schönsten Seite. Nicht weniger als 1200 Schutzleute sind zu Streikbrechern kommandiert; die Gesellschaften erhalten für jedes Automobil, das sie laufen lassen, einen Polizisten,, der den Streikbrecher auf dem Bock begleitet. Und es gewährt einen eigenartigen Anblick, wenn man hin und wieder ein Automobil oder eine Droschke, mit einem Polizisten bemannt, daherfahren sieht. Viele sind es allerdings nicht, denn das Publikum scheut sich, oder vielmehr verabscheut es, unter polizeilicher Bedeckung zu fahren. So verbieten auch die großen Hotels den Automobilen mit Polizeibemannung das Halten vor ihren Häusern. Das ganze Publikum ist eben auf seiten der Streikenden. Wenn trotzdem noch mehrere Automobile und Droschken fahren, so ist es eine Farce der Gesellschaften. Sie engagieren Leute, die sich fahren lassen, um dem Publikum Mut zu machen. So teuer wie ihnen die ganze Geschichte kommt, so wenig hilft sie. Nach wie vor meidet man diese Scabsfahrzeuge und zieht Union-Automobile oder Droschken vor.

Die anderen Polizisten verknüppeln inzwischen die Streikposten. Soweit sie das nicht aus eigenem Antriebe tun, tun sie es auf Befehl von oben herab. Erklärte doch Polizeikommissar Doiskoll: „Wir werden dem Streik ein schnelles Ende bereiten. Jeden Tag werden wir 50 oder 100 Menschen festnehmen, und somit dem Ausstande ein schnelles Ende bereiten." — Die Schutzleute instruierte er folgendermaßen: „Wenn Ihr irgendwo eine Ansammlung von Ausständigen seht, Chauffeure oder von Leuten, die mit ihnen sympathisieren, so schlagt rücksichtslos mit dem Knüppel drein. Sie sind mit Nachtknüppeln versehen, und ich will, daß Sie davon Gebrauch machen. Haben Sie mir keine Furcht, ich stehe hinter Ihnen. Wir machen der Sache recht bald ein Ende. Wenn Sie diese Menschen beisammen stehen oder durch die Straßen ziehen sehen, so dürfen Sie sich nicht mit einer Aufforderung zum Auseinandergehen begnügen. Da heißt es: umzingeln und fest dreinschlagen! Obendrein noch Verhaftungen vornehmen."

Diese menschenfreundliche Aufforderung wurde natürlich befolgt. Ja sogar der Polizeikommissar stellte sich einmal an die Spitze von 50 Polizisten und verknüppelte zirka 100 Personen, die friedlich auf der Straße standen, der Polizeikommissar die Polizisten anfeuernd, mitten darunter. Derartige Szenen spielen sich öfter ab, können aber die Streikenden durchaus nicht einschüchtern.

Die Polizisten scheinen des Guten noch nicht genug getan zu haben, denn Polizeiinspektor Schmitberger wies dieser Tage erst wieder die Polizisten an, in Zukunft ihre Knüppel noch rücksichtsloser gebrauchen zu sollen. Ferner sollen die Verhafteten nicht mehr wegen „unordentlichen Betragens", sondern wegen „Aufruhr" angeklagt werden. Zu den 1200 Polizisten hat man noch 25 „Geheime" angestellt, die die Straßen in Automobilen nach „Aufrührern" absuchen sollen.

Der Mob, der natürlich auch hier nicht fehlt, hat einigen von Polizisten eskortierten Automobilen die Fenster eingeworfen, ja auch einige Droschken umgeworfen. Obwohl man genau weiß, daß die Täter nicht in den Reihen der Streikenden zu finden sind, sucht die Polizei doch diese Taten denselben in die Schuhe zu schieben. Oder wenigstens den „Freunden der Streikenden". Angesichts des kosakenmäßigen Verhaltens der Polizei wäre ein derartiges Vorgehen der Streikenden wohl erklärlich, obwohl es in Wirklichkeit wenig zu einem Gelingen des Kampfes beitragen würde. Niemand weiß das besser als die Streikenden selber. Zu einem vollständigen Siege eines jeden Streiks gehört neben dem materiellen Erfolg auch der moralische. Und dieser wäre in Frage gestellt, wenn

Mutterschutz und Säuglingsernährung.

Immer wieder wird in neuerer Zeit von Aerzten und Hygienikern darauf hingewiesen, welch großer Schaden der Volksgesundheit durch die Abnahme des Stillens der Säuglinge erwächst. Diese Abnahme ist so stark, daß in Berlin z. B. die Zahl der brustgestillten Kinder von 578 pro Tausend im Jahre 1885 auf 318 im Jahre 1905 zurückgegangen ist. Die Ursachen für diese bedauerliche Erscheinung sind teils in Modegewohnheiten, Bequemlichkeit, Angst vor einer Beeinträchtigung der „Schönheit", Unwissenheit der Mütter zu suchen. Zum Teil ist es aber auch — und gerade bei den Frauen aus dem Volke — die bittere Not, die die Mutter von ihrem Kinde fort hinaus in die Erwerbsarbeit treibt, während der oft erst wenige Wochen alte Säugling in der Obhut einer alten Großmutter oder älteren Geschwister bleibt, die ihn mit künstlicher Nahrung, häufig noch dazu von minderwertigster Qualität, großpäppeln. Hier ist es also nicht allein mit Belehrung und Aufklärung über den hygienischen Wert des Stillens getan, sondern hier muß ein wirksamer gesetzlicher Mutter- und Säuglingsschutz einsetzen, der es der Mutter gewordenen Arbeiterin ohne Sorge um materielle Verluste ermöglicht, möglichst lange dem Kinde die lebenspendende Brust zu reichen.

Welch ungeheurer Vorteil eine solche dem Kinde so lange als möglich zuteil gewordene natürliche Ernährung für die ganze spätere körperliche und geistige Entwickelung des Menschen bedeutet, das hat Prof. Dr. Mayet kürzlich in einem in Berlin in der Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht gehaltenen Vortrag dargetan. Es ist nicht nur so, wie vielfach angenommen wird, daß die brustgestillten Kinder besser über die Gefährdungen des Säuglingsalters hinwegkommen, wenn z. B. nach den Untersuchungen Boekhs in Berlin von den Flaschenkindern achtmal so viel an Magen- und Darmkrankheiten und zehnmal so viel an Rachitis sterben, wie von den Brustkindern, so ist damit nicht gesagt, daß diejenigen, die diesen Gefährdungen entronnen sind, nunmehr unter den gleichen Entwickelungsbedingungen stehen, wie die mit Muttermilch ernährten Säuglinge. Der Mangel an Kalksalzen im Blute, infolge der nährsalzarmen künstlichen Ernährung z. B., der die Ursache der Rachitis oder englischen Krankheit, wie es im Volksmunde heißt, ist, führt oft zu dauernden Knochenverbildungen, die sofern sie sich auf das Becken erstrecken, bei Frauen später oft zu äußerst schweren Entbindungen (Zerstückelung des Kindes, Kaiserschnitt) führen.

Auch für das gesunde Wachstum der Zähne ist das Vorhandensein der nötigen Kalksalze im Blute ein äußerst wichtiger Faktor. Prof. Mayet führte als Beleg für die Ueberlegenheit der Brustkinder in dieser Beziehung die Untersuchungen an, die Dr. med. Roese von der Zentralstelle für Zahnhygiene in Dresden mit Hilfe zahlreicher Zahnärzte bei 150 000 deutschen und schwedischen Schulkindern unternommen hat. Je länger die Kinder gestillt werden, um so weniger Zahnverderbnis findet man bei ihnen. Es betrug nämlich die Durchschnittszahl der erkrankten Zähne bei den nicht gestillten Kindern 8,4, bei den 1—3 Monate gestillten 8,0, bei den 4—6 Monate gestillten 7,6 und bei den über 12 Monate gestillten nur 6,4.

Weitere Untersuchungen des genannten Arztes ergaben: Je länger die Kinder gestillt werden, um so höher ist später ihre geistige Leistungsfähigkeit. Die über 12 Monate gestillten Kinder einer Dresdener Bezirksschule hatten in ihren Zensuren keinmal ungenügend oder schlecht, von den nur 1—3 Monate gestillten aber 4,3 pCt. Umgekehrt hatten von den kurzgestillten nur 45,5 pCt. in ihren Zensuren ein sehr gut, von den langgestillten aber 64 pCt.

Die Ueberlegenheit der Brustkinder zeigt sich aber auch noch in einem viel höheren Lebensalter. Je länger die Kinder gestillt werden, desto größer ist ihre Leistungsfähigkeit im Turnen. Dr. Friedjung in Wien hat die Resultate der alljährlichen Leistungsprüfung der Turner eines Wiener Arbeitervereins benutzt, um einen Ueberblick über die verschiedene Leistungsfähigkeit der ehemaligen Brust- und Flaschenkinder zu gewinnen. Dabei stellte es sich heraus, daß von den guten Turnern 72 pCt. Brustnahrung von 9 bis 10 Monaten erhalten hatten. Dagegen hatten von den mittleren und schlechteren Turnern weit über die Hälfte nur 3 Monate Brustnahrung bekommen.

Endlich konnte Prof. Mayer auch noch auf die Untersuchungen des oben genannten Arztes Dr. Roese an Stellungspflichtigen hinweisen, aus denen hervorging: Je länger die Kinder gestillt würden, um so höher ist später Körpergewicht und Größe. Die 12 und mehr Monate gestillten Stellungspflichtigen wogen im Durchschnitt 1,8 kg mehr als die ½ bis 3 Monate gestillten und ebenso hatten die ersteren durchschnittlich 0,4 cm mehr Brustumfang und 1,7 cm mehr Körperlänge aufzuweisen als die letzteren. Die Zahl der Tauglichen betrug bei den nicht gestillten Musterungspflichtigen 31 pCt., bei den bis 3 Monate gestillten 39, den 3—6 Monate gestillten 42, den 6—9 Monate gestillten 48 pCt.

Die ungeheure Bedeutung der natürlichen Ernährung für die spätere Gesundheit und Kraft der Menschen ist durch diese Tatsachen zweifellos festgestellt. Frühere Völker und auch heute noch die der Natur näherstehenden Völker haben sich auch dieser Einsicht nicht verschlossen. Bei den alten Juden war die zweijährige Stillung üblich; in China ist die dreijährige Ernährung des Kindes durch die Mutter ein Moralgebot des Konfucius, wie im Islam die zweijährige ein solches Mohameds. Heute noch stillt die Japanerin ihr Kind oft über 2 Jahre und die Eskimomutter reicht noch dem achtjährigen Kinde die Brust. Nur der Kapitalismus hat den natürlichen Zusammenhang zwischen Mutter und Kind zerrissen und das Kind der Proletarierin damit noch unter das Junge der wilden Tiere gestellt.

Soll die Rasse unter der heute immer mehr zunehmenden Erwerbsarbeit der Frau nicht unheilbaren Schaden erleiden, so muß auf dem Wege der Mutterschaftsversicherung es der arbeitenden Frau ermöglicht werden, nicht nur vor der Entbindung ihrem Körper eine angemessene Zeit Ruhe zu gönnen, sondern auch nach der Geburt noch möglichst lange bei ihrem Kinde zu bleiben. Der „Bund für Mutter- und Kindesrecht", ebenso wie der „Bund für Mutterschutz" fordern daher von der neuen Reichsversicherungsordnung die obligatorische Gewährung einer Schwangerschafts- und Wöchnerinnenunterstützung von je mindestens 6 Wochen, zusammen also 12 Wochen Dauer in Höhe des vollen Lohnes, sowie die Gewährung eines Stillgeldes in Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Entbindung. Der „Bund für Mutterschutz" hat diese Forderung in seiner letzten Tagung sogar auf 6 Monate erhöht. Diese Forderungen decken sich im wesentlichen mit den von der organisierten Arbeiterschaft erhobenen.

Nur so und nur, wenn der der Menschheit ein neues Glied schenkenden Frau auch sonst in jeder Beziehung die nötige Hilfe und Pflege in ihrer schweren Zeit zuteil wird, können wir hoffen, den Fluch zu bannen, den die kapitalistische Entwickelung über die Mütter und Kinder des Volkes gebracht hat.

die Oeffentlichkeit Anlaß hätte, sich über Ausschreitungen der Streikenden zu beschweren.

Der Unruhestifter das ist der Mob, der nicht selten von Unternehmern und der Polizei extra dafür bezahlt wird.

Angesichts dieser Tatsachen muß man sich nur fragen, wie lange es noch dauernd wird, bis die amerikanischen Arbeiter erkannt haben, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde sind.

Straßenbilder.

Kaum ein Monat vergeht, der nicht das Straßenbild der modernen Großstadt um irgend ein Glied bereicherte. Bald sind es neue Konstruktionsmethoden, Versuche mit neuen Pflasterarten oder neue Beleuchtungsmittel, bald überraschende neue Reklameeinfälle oder neue Erfindungen auf dem Gebiete des Automobilwesens, die uns als etwas Ungewohntes in die Augen fallen. Bald handelt es sich um einschneidende Veränderungen, wie sie zum Beispiel durch die Hochbahnlinie geschaffen wurden, bald um kleine Neuerscheinungen im Straßenleben, um die Messenger-Boys mit ihren kecken englischen Mützen, um die Rollschuhläufer oder um die jüngst eingeführten Omnibusauskunftbeamten mit den schreiend gelben Ledertaschen. So wandelt das moderne Straßenbild sich in der Großstadt beständig, und es ist schier unmöglich, im raschen bunten Wechsel das Bleibende festzuhalten und mit Bestimmtheit anzugeben, wo das Alte aufhört und das Neue beginnt.

Diese beständige neue Wandlung des Straßenbildes war früheren Jahrhunderten fremd. Sie tritt erst im 19. Jahrhundert in Erscheinung, und das meiste von dem, was die moderne Großstadtstraße charakterisiert, fehlte zur Zeit unserer Urgroßväter noch völlig. Die Straßenpflasterung, die bereits im Altertum bekannt, dann aber völlig in Vergessenheit gefallen war, hatte sich allerdings seit dem Spätmittelalter wieder mehr und mehr durchgesetzt. Der französische König Philipp August ließ bereits um 1185 die belebtesten Teile von Paris mit großen, dicken, viereckigen Sandsteinen pflastern. In Deutschland wurde die Straßenpflasterung in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eingeführt, zuerst 1368 in Nürnberg und 25 Jahre später in Augsburg. In London wurde 1417 die erste Straße gepflastert, und das Berliner Pflaster im modernen Sinn des Wortes vermag seinen Ursprung bis in den Beginn des 17. Jahrhunderts zu verfolgen. Aber erst um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts ist die Straßenpflasterung in Berlin nach persönlichem Eingreifen Friedrich Wilhelms III. durchgeführt worden. Und in vielen Städten waren die Straßen vor hundert Jahren noch nicht gepflastert. In den Reisebeschreibungen aus den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts wird gute Straßenpflasterung zum Ruhm der damit begabten Städte noch ausdrücklich hervorgehoben. Für das schönste Straßenpflaster der Welt galt um 1800 das Basaltpflaster von Florenz. „Wie uns", schreibt der deutsche Dichter Friedrich v. Matthisson 1795 darüber, „auf sanfter Wasserfläche kaum das Fortschweben des Nachens fühlbar wird, so bemerken wir auch hier die Bewegung des Fuhrwerks kaum, auf den großen Basaltplatten, wagerecht und muslivisch zusammengefügt, als wären sie mit einem Guß gegossen." Die Wiener hielten freilich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihr Granitpflaster für das beste Pflaster der Welt und waren sehr aufgebracht, als die Straßenverwaltung seine Ersetzung durch Pechpflaster in Erwägung zog. Aber die Versuche, die mit dieser neuen Pflasterart auf dem Glacis von Wien angestellt wurden, bewiesen zur Freude der Wiener, daß — wie ein zeitgenössischer Chronist sich ausdrückt — „man auf keine Weise leichter seinem Nächsten Gruben graben könne, als durch die Pechpflasterung". In den meisten Städten kannte man bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nur das Sandsteinpflaster.

Auch Trottoirs waren schon im Altertum bekannt. In Pompeji zum Beispiel gab es ziemlich breite Bürgersteige aus Steinplatten, Ziegelmosaik oder gar Marmorplatten, die höher lagen als der mit breiten Lavasteinen gepflasterte Straßendamm. Auf diese Art von Trottoirs ist man erst im 18. Jahrhundert zurückgekommen. Einige alte Städte besaßen zwar seit dem späten Mittelalter in der Mitte der Straßen Fußgängersteige aus großen Steinplatten. Aber Trottoirs im modernen Sinn des Wortes waren völlig unbekannt, bis London sie um die Mitte des 18. Jahrhunderts einführte. Mercier klagt 1782 in seinem „Tableau de Paris", daß Trottoirs in der französischen Hauptstadt so gut wie ganz fehlten. Man habe zwar an einer Seite der neuen Straße bei dem „Theatre Francais" einen Weg für Fußgänger durch Prellsteine vom Straßendamm abgetrennt, aber das sei kein Trottoir im Londoner Sinne und hindere den Verkehr, weil die Kutscher die Prellsteine angstvoll mieden und daher nur zwei statt drei Wagen in dieser Straße nebeneinander fahren könnten. Erst 1803 wurde den Parisern das erste wirkliche Trottoir beschert, und Berlin folgte dem Beispiel von London erst um 1825. Die Straßennamenschilder waren vor zweihundert Jahren noch ganz unbekannt, obgleich die Sitte, den Straßen bestimmte Namen zu geben, gleichfalls dem Altertum entstammt. In früheren Jahrhunderten kannte man die Straßennamen nur durch Ueberlieferung. Man pflegte sie allerdings auch in die Stadtpläne einzuschreiben. In Paris kamen die ersten Straßennamenschilder 1728 auf. Pariser Polizeiverordnungen von 1729 und 1730 befahlen den Besitzern von Eckhäusern, eine geeignete Stelle für die Anbringung von Schildern zur Verfügung zu stellen. Die ältesten Straßennamenschilder waren Blechplatten, auf die der Straßenname mit Farbe aufgetragen war. Da sie rasch verwitterten und unleserlich wurden, meißelte man den Straßennamen später in den Stein. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Schilder aus emailliertem Porzellan Mode. Auch die Hausnummern sind eine Errungenschaft des 18. Jahrhunderts. In Paris war die Numerierung der Häuser um 1782, wie Mercier klagt, noch nicht durchgeführt. Man gab die Adressen noch an, indem man nach Hoftüren von irgend einer Straßenecke ab rechnete. Hier und da hatte man begonnen, die Häuser durch Nummern zu bezeichnen; die nützliche Neuerung war dann aber in Vergessenheit geraten. Unter Napoleon I. griff man sie wieder auf, und ein Dekret vom 4. Februar 1805 ordnete die Numerierung aller Häuser binnen drei Monaten an. Später versuchte man in Paris transparente Hausnummerschilder, die nachts erleuchtet wurden, einzuführen, verzichtete aber wegen der entstehenden Kosten auf diese Maßregel, die durch die moderne bessere Straßenbeleuchtung überflüssig geworden ist.

Die Straßenbeleuchtung gehört gleich Pflaster und Trottoir zu den Bequemlichkeiten, die im Altertum bekannt, im Mittelalter aber völlig unbekannt waren. Das alte Rom und das biblische Antiochia besaßen Straßenlaternen. Paris war aber nachts in dichte Finsternis gehüllt, bis Franz I. wegen der zunehmenden „Apachenwirtschaft" in seiner Hauptstadt 1524 den Bewohnern von Paris befahl, Lichter an ihre Fenster zu stellen und dadurch die Straßen zu erleuchten. Im Oktober 1558 stellte man an den Straßenecken von Paris Fackeln auf, die einen Monat später durch tragbare Laternen ersetzt wurden. Im Frühling 1559 wurden diese Laternen aber wieder verkauft; der Erlös wurde unter die Armen verteilt. Ein Jahrhundert lang blieb die Beleuchtung der Straßen dann wieder den Hausbewohnern überlassen. Erst 1667 wurde die Beleuchtung von Paris durch Straßenlaternen durchgeführt — eine Denkmünze erinnert an dieses Ereignis —, und 1679 waren alle Städte des französischen Königreiches wenigstens notdürftig beleuchtet. London folgte dem Beispiel von Paris 1668, Berlin 1679, Wien erst 1687. Bis in das 19. Jahrhundert hinein waren die Straßen aller Städte aber nur in den Wintermonaten, gewöhnlich vom 1. September bis zum 1. Mai, und auch dann nicht bei Mondschein, beleuchtet. Der Mond schlug aber auch glänzend die alten Oellaternen mit ihrem trüben Schein. Einen völligen Umschwung erlebte das Beleuchtungswesen nach der Entdeckung des Leuchtgases. London gebührt der Ruhm, den Weg zur Einführung der Gaslaternen gezeigt zu haben. Allerdings wurde die Straßenbeleuchtung mit Gas erst 1814 in der englischen Hauptstadt durchgeführt, nachdem 1807 versuchsweise eine Seite der Pall Mall Gaslaternen erhalten hatte. Die Straßen von Paris wurden 1815 mit Gas beleuchtet. Berlin folgte erst 1826 und Wien noch später, 1833. Die Straßenbeleuchtung mit elektrischem Licht wurde als Versuch 1877 in Paris, definitiv aber erst 1882 in Berlin eingeführt. Elektrisch erleuchtete Reklamebilder und Inschriften auf Häusern erregten 1883 während der Leipziger Messe als Neuigkeit Aufsehen. Als Vorläufer von ihnen sind die Uhren mit transparentem Zifferblatt zu betrachten, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bekannt sind. Die erste Uhr dieser Art in Deutschland war wohl die Uhr im Frankfurter Schauspielsaal, deren Anbringung 1795 F. v. Matthisson als „glückliche Idee" auffiel.

Vergleichen wir alte Darstellungen des Straßenlebens in früheren Jahrhunderten mit dem modernen Straßenbild, so fällt uns vor allem das Fehlen eines regen Wagenverkehrs auf. Der Straßendamm ist auf diesen alten Bildern erfüllt von friedlichen Fußgängern, die gemächlich, ohne Furcht vor tückischen Fuhrwerken, dahinwandeln. Allenfalls erinnert ein Lastkarren oder eine langsam fahrende schwere Staatskarosse daran, daß unser Bild wirklich eine öffentliche Straße darstellt. Fiaker und Omnibus sind eben gleich Straßenbahn, Fahrrad und Automobil Erfindungen der Neuzeit. In den größeren Städten herrschten bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts die Portechaisen — die in Dresden noch vor 25 Jahren üblich waren — fast unbeschränkt. In ganz Paris gab es 1615 nur 125 Karossen! In Berlin war deren Zahl natürlich noch bedeutend kleiner. Die französische Hauptstadt kennt aber schon seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die kleinen leichten Mietwagen, die nach dem Schutzpatron des Hauses, in dem die ersten Wagen dieser Art untergestellt waren, Fiaker heißen. Als ihr Erfinder gilt der Pariser Lohnkutscher Sauvage. In Berlin wurden 1739 auf Befehl Friedrich Wilhelm I. 15 Fiaker aufgestellt. Eine Fahrt in ihnen kostete 4 Groschen. Die Zahl der Fiaker in Berlin, die 1769 auf 36 gestiegen war, ging in den nächsten Jahren auf 20 zurück, und 1794 löste die Berliner Fiakerzunft sich völlig auf. Ein neues Fiakerprivileg wurde 1815 erteilt; aber erst nach Zulassung des freien Wettbewerbes blühte das Fiakerwesen in Berlin wirklich auf. Die Zahl der Fiaker stieg darauf rasch von 266 im Jahre 1837 auf 2639 im Jahre 1868. Die „Droschkenuhren" oder Taxameter kamen erst nach 1850 auf.

Auch der Omnibus ist eine Pariser Erfindung, deren Vater der berühmte Gelehrte Blaise Pascal ist. Pascal ließ im Frühling 1672 die ersten Omnibusse, die man damals „carosses á six sols" nannte, weil die Fahrt in ihnen sechs Sous kostete, durch die Straßen von Paris laufen. Aber die Neuerung fand keinen Anklang, und schon 1678 waren die Wagen wiederum verschwunden. Erst 1819 kamen derartige Gefährte, die dann bald den Namen „omnibus" — „Wagen für alle" — erhielten, aufs neue in Paris auf, und 1828 begann ein regelmäßiger Omnibusverkehr in größerem Umfange. London konnte seinen ersten Omnibus am 7. Juli 1829 begrüßen. In Berlin wurden 1837 fünf Omnibuslinien mit insgesamt zwanzig Wagen eingerichtet. Schon 1865 war ihre Zahl auf 36 Linien mit 305 Wagen gestiegen. Der Omnibusbetrieb hat nach vorübergehendem Niedergang einen neuen Aufschwung durch die Einführung der Automobilomnibusse genommen. Die „Imperialen" oder Sitzverdecke, mit denen unsere neuen „Autobusse" ausgestattet sind, kamen 1853 in Paris auf. Die Hauptkonkurrenten der Omnibusse sind die Straßenbahnen, die das Straßenbild besonders stark beeinflußt haben. Sie begannen ihre Siegesfahrt durch Europa 1840 in London. Die erste Berliner Straßenbahn war die 1865 gebaute Pferdebahn nach Charlottenburg. In Paris kamen erst nach 1871 Straßenbahnen, Tramways mit Dampfbetrieb auf. Die allmähliche Umwandlung der Pferdebahnen in elektrische Straßenbahnen, die sich in den neunziger Jahren vollzog, ist noch in lebendiger Erinnerung. Die ersten Versuche mit elektrischen Straßenbahnen wurden in den Jahren 1881 und 1882 in Charlottenburg unternommen, nachdem Werner Siemens 1879 auf der Berliner Gewerbeausstellung die erste elektrische Straßenbahn vorgeführt hatte. Die wachsende Verbreitung des Fahrradsports und noch viel mehr der gewaltige Aufschwung der Automobilindustrie haben in den letzten 20 Jahren viel zur Ausbildung des uns vertrauten Straßenbildes beigetragen.

Fast alle großen, neuen Erfindungen beeinflussen das Straßenbild. Die moderne Kanalisation hatte das Verschwinden der alten, häßlichen, meist übelduftenden Rinnsteine zur Folge. Die Wasserleitungen machten die Wasserträger, die besonders für das Straßenleben im alten Paris mit ihrem langgezogenen Ruf „De l'eau, de l'eau! — Wasser, Wasser!" charakteristisch waren, überflüssig. Die Erfindung der elektrischen Telegraphie stürzte die optischen Telegraphenzeichen, die seit 1795 in Frankreich und seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland auf zahlreichen hervorragenden Gebäuden errichtet waren. Dafür bereicherte sie das moderne Straßenbild um den elektrischen Draht. Großen Einfluß auf die Gestaltung des Straßenbildes hat endlich noch die Mode, und das erste, was uns bei Straßendarstellungen aus alter Zeit auffällt, ist immer die Tatsache, daß unsere Vorfahren anders gekleidet waren als wir.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bernburg. Generalversammlung am 17. Dez. Zuerst wurde der Kartellbericht gegeben und dann zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Aus dieser gingen hervor: Bevollmächtigter: Fr. Hedicke; Kassierer: Paul Arnhold. Vertreter dieser Kollegen: Franz Weise. Schriftführer: H. Brockmüller. Kassenrevisoren: Rennicke, Schäfer und Schüßler. Hilfskassierer: Pistorius und Röhr. Kartelldelegierte: Bockmüller und Weise. Dann wurden noch die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Nienecker kritisiert. Nach einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation trat dann Schluß der Versammlung ein.

Delitzsch. Mitgliederversammlung am 11. Dezember. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Karl Förster, Bevollmächtigter, Merker, Kassierer, Alfred Kunische, Schriftführer, W. Queitsch, J. Queitsch und Teutschmann Revisoren. J. Queitsch Kartelldelegierter, Kranz, Kassenbote. Unser Wintervergnügen soll am 28. Januar stattfinden. Zur Stärkung der Ortskasse wurde beschlossen, pro Quartal eine Extramarke zu 25 Pf. zu kleben. Nach Besprechung der aufgenommenen Lohnstatistik und Regelung einiger örtlicher Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Emden. In der Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 14. Dezember sprach ein Kollege über die Aufgaben der Organisation im Zeichen des gewerblichen Friedens. Der Redner führte etwa folgendes aus: Der dümmste Arbeiter ist der beste für den Unternehmer, weil er am besten auszubeuten ist; deswegen ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, Aufklärungsarbeit zu betreiben. Wir müssen unsere Organisation nicht nur in der Breite, sondern auch in der Tiefe ausbauen. Das können wir am besten dadurch, indem wir unser Wissen bereichern durch Lesen der Gewerkschafts- und Parteizeitungen, sowie sonstiger belehrender Literatur. Die Käseblätter sollten aus den Arbeiterwohnungen verbannt werden. Die Moabiter Vorgänge haben uns gezeigt, daß die herrschenden Klassen wieder nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter schreien. Der Reichskanzler hat das Programm des Herrn von Heydebrand, kein Ausnahmegesetz, aber Maßnahmen auf dem Boden des gemeinen Rechts, restlos übernommen. Es muß eben eine Wahlparole für die nächsten Reichstagswahlen konstruiert werden. Sorgen wir dafür, daß die Herren hiermit kein Glück haben. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner in demselben Sinne aus. Dann fand ein Antrag der Obmännersitzung, ein Winterfest abzuhalten, einstimmige Annahme. Beschlossen wurde, dasselbe am zweiten Sonntag im Februar abzuhalten. Der Eintritt beträgt 30 Pf., für das Tanzen werden 50 Pf. erhoben; nur Transportarbeiter haben Zutritt. Damen sind frei. Für ein reichhaltiges Programm sorgt die Festkommission. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Zentralbibliothek sich beim Kartellvorsitzenden B. Maß, Große Brückstraße 14, befindet und Dienstags und Freitags von 7½ bis 9 Uhr und Sonntags von 10 bis 11 Uhr geöffnet ist. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Erfurt. In der Mitgliederversammlung am 19. November referierte der Arbeitersekretär Schrader über den Streik bei Kupfer u. Co. in Berlin und wurden seine eingehenden Schilderungen mit großem Beifall aufgenommen. Dann gab der Bevollmächtigte den Kartellbericht. In der Sekretariatskasse sind 4135,76 Mk. vorhanden. Nach einer Aufforderung zu lebhafter Agitation trat dann Schluß der Versammlung ein.

Glatz. Die letzte Mitgliederversammlung war seitens der Kollegen nicht so besucht, wie es sein sollte. Hoffentlich erfüllen die Kollegen im neuen Jahre in dieser Beziehung ihre Pflicht besser. Das ist um so notwendiger, als unsere Arbeitsverhältnisse am Orte sehr der Aufbesserung bedürfen und wir in diesem Jahre alles daransetzen müssen, um endlich eine den steigernden Lebensmittelpreisen entsprechende Bezahlung zu erzielen. Zu der Generalversammlung am 17. Januar muß jedes Mitglied noch einen Kollegen mitbringen resp. dem Verbande zuführen. Zum Schimpfen allein ist jetzt keine Zeit mehr, es heißt vielmehr handeln. Nur wer stets für seine Organisation arbeitet, kann den Ehrentitel eines klassenbewußten Arbeiters beanspruchen.

Halle a. S. In letzter Zeit ist hier am Orte eine lebhafte Propaganda für das Konsumgenossenschaftswesen betrieben worden. Da auch unsere Berufskollegen noch zum größten Teile unter denjenigen zu finden sind, die den Zweck und Nutzen der Arbeiterkonsumvereine noch nicht kennen, so hielt es die örtliche Verwaltung für angebracht, den Kollegen und ihren Frauen in öffentlicher Versammlung einen diesbezüglichen Vortrag halten zu lassen. Die Versammlung selbst war recht gut besucht, weshalb mit Recht gesagt werden kann, daß sie notwendig war. Der Referent ging in seinem Vortrag in ausführlicher Weise auf die Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung ein und hob alle die Vorteile hervor, welche der Arbeiter als Konsument und Mitglied einer solchen Genossenschaft genießt. Für Halle komme der Allgemeine Konsumverein für die Arbeiterschaft in Frage und jeder Arbeiter habe in seinem eigenen Interesse die Pflicht, sich diesem anzuschließen. Reicher Beifall belohnte den Redner am Schlusse seiner Ausführungen. In der Diskussion wurden die Anwesenden ebenfalls zum Anschluß an den Verein ermuntert und eine dementsprechende Resolution einstimmig angenommen. Alsdann sprach ein Kollege über Pflichten und Rechte der Gewerkschaftsmitglieder und stellte den Grundsatz auf, daß nur derjenige als aufgeklärtes Gewerkschaftsmitglied in Frage komme, welcher die in den Statuten der Arbeiterorganisationen niedergeschriebenen Pflichten gewissenhaft erfülle. Ohne Pflichten gebe es keine Rechte. Um aber letztere beanspruchen zu können, sei eben treue Pflichterfüllung am Platze. Nachdem dann noch bekannt gegeben wurde, daß an die Eisenbahndirektion eine Eingabe wegen mangelhafter Frachtabfertigung am hiesigen Zentral-Güterbahnhof gemacht worden sei und daß mit einigen hiesigen Firmen Schriftstücke wegen bei diesen existierenden Mißständen gewechselt worden wären, erfolgte Schluß der interessant verlaufenen Versammlung.

Hamburg. Betriebsversammlung der Staatskai-Arbeiter, Betrieb 1, am 29. November. Ein Kollege hielt einen recht lehrreichen Vortrag über das Thema: „Unsere Organisation und unser Arbeitsverhältnis." Der Referent führte den Kollegen vor Augen, daß der Anschluß an die Organisation eine sittliche Pflicht sei. Den Werdegang unserer Organisation schilderte Redner vom Jahre 1896. Wenn die Kaiarbeiter auch früher fest zur Organisation standen, so haben sie dieses Interesse seit dem Jahre 1896, wo der Kampf verloren gegangen ist, vermissen lassen. Dieses ist auch begreiflich, da gerade in diesem Staatsbetriebe alles Unterkunft sucht. Die verschiedenen Berufskollegen, welche an den Kais Unterkunft finden, haben in den letzten zehn Jahren auch verschiedene Klubs und Vereinchen gegründet, als da sind: „Antisemiten", „Verein der beeidigten Wäger", „Zehnpfennigklub", „Gelbe", „Vaterländischer Arbeiterbund" und wie sie alle heißen mögen. Von allen diesen Vereinchen unterscheidet sich grundsätzlich unser Verband. Die Grundsätze der andern Vereinchen, die sich häufig schon in der denkbar schärfsten Form offenbarten, rühren nicht etwa aus der bestehenden Konkurrenz her und noch viel weniger aus persönlicher Animosität der führenden Kollegen. Die Gelben und Antisemiten, und wie sie sich nennen mögen, haben nur den einen Grundsatz, mit den Arbeitgebern (Direktoren) in gutem Einvernehmen zu leben. Um das zu erreichen, nehmen sie zum Teil die Direktoren, Betriebs-Inspektoren, Schuppenvorsteher als Ehrenmitglieder auf. Sie haben gewiß auch die Meinung, durch ihre Tätigkeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Alles, was sie zu diesem Zweck unternehmen — viel ist es ohnehin nicht —, hat jedoch seine Grenze an dem Widerstand der Direktoren. Diese wissen, daß diese Arbeiter jedem ernsten Konflikt aus dem Wege gehen. Auch können solche Arbeiter nicht gefährlich werden. Die wirtschaftliche Lage der Kaiarbeiter kann nur durch die Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, gehoben werden. Auf die Entlohnung der Kaiarbeiter eingehend, bemerkt der Redner, daß die Hilfsarbeiter recht schlecht bezahlt würden. In den letzten 20 Jahren haben die festen Kaiarbeiter eine Lohnerhöhung von 60 Pf. pro Tag zu verzeichnen, die Hilfsarbeiter 40 Pf. pro Tag. Das sind Löhne, von 3,40 bis 4,20 Mk. — fürwahr, ein fürstliches Gehalt! Den festen Arbeitern wird noch ein Akkordzuschuß gezahlt, die Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter erhalten nichts davon, obgleich dieselben oftmals die schwerste Arbeit mit verrichten müssen. Das Elend der Kaihilfsarbeiter ist ja sprichwörtlich. Die besser bezahlten Arbeiter glauben, die Organisation nicht nötig zu haben; dabei vergessen sie aber, daß durch unsere Gewerkschaft, durch unsere unausgesetzte öffentliche Kritik das soziale Gewissen der Oeffentlichkeit geschärft wird. Wenn die besser bezahlten Kollegen nicht daran mitarbeiten, das Niveau der Gesamtheit der Kaiarbeiter zu heben, sondern immer abseits stehen, dann werden die verderblichen Wirkungen auch auf ihre Löhne nicht ausbleiben. Mit der Aufforderung, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband beizutreten, schloß der Redner seinen Vortrag.

Hamburg. Mitgliederversammlung der Sektion Transportarbeiter am 30. November. Der Vorsitzende teilte mit, daß seitens des Hauptvorstandes der Kollege H. Stender mit der Leitung der Sektion betraut sei, er empfiehlt der Versammlung die Bestätigung desselben. Dieselbe erfolgt einstimmig. Kollege Stender gibt dann das Ableben der Kollegen C. Berkels, G. Fix, Joh. Meyer und W. Zapel, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wird, bekannt. Da der Kollege Stender der Ortsverwaltung bisher als unbesoldetes Mitglied angehört hat, nunmehr als solches ausscheidet, findet die Wahl eines neuen unbesoldeten Verwaltungsmitgliedes statt. Von den vorgeschlagenen Kollegen, die sich zur Annahme bereit erklären, erhält der Kollege Drabner die meisten Stimmen. Der Genosse Winnig erhielt nunmehr das Wort zu seinem Vortrag: „Massen und Führer". An den zirka einstündigen interessanten Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion. Nachdem die Kollegen R. M. und W. ihre Ausführungen gemacht, wurde, da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten und noch mehrere Redner eingezeichnet sind, ein Vertagungsantrag angenommen.

Hamburg. Kohlen-Akkordschauerleute. Mitgliederversammlung am 14. Dezember. Zunächst erstattete König den Vorstandsbericht. Die Klage der Kollegen betreffs der Laufzettel beantwortet Redner damit, daß laut Beschluß der Ortsverwaltung, die Versammlungen nur im „Allgemeinen Anzeiger", welcher als Beilage des „Courier" erscheine, bekanntgemacht werden. Hierzu erklären mehrere Redner, daß eine derartige Bekanntmachung für uns durchaus ungenügend sei. Sie sind der Meinung, daß es jeder Branche überlassen bleiben müsse, welches für sie die zweckmäßigste Verbreitung sei. Ein diesbezüglicher Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf erhält zum zweiten Punkt: „Die Kämpfe der neueren Zeit und welche Aufgaben und Lehren erwachsen uns daraus?" der Gauleiter das Wort. Redner ging in seinen Ausführungen des näheren auf die Entstehung und den Verlauf des gewaltigen Kampfes im Baugewerbe ein, auch der Verlauf des Werftarbeiterausstandes habe gezeigt, daß das Vorhaben der Unternehmer, welches hauptsächlich darauf hinauszielte, die Organisationen der beteiligten Arbeiter zu zerstören, vollständig an der Solidarität der Arbeiterschaft gescheitert sei. Da wir uns vergegenwärtigen müssen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß auch die im Transportgewerbe tätigen Arbeiter in unabsehbare Kämpfe verwickelt werden können, müsse unsere Aufgabe sein, mehr als bisher dahin zu streben, daß die der Organisation leider noch Fernstehenden über Zwecke und Ziele der Organisation aufgeklärt werden. Unter „Verschiedenes" wird zunächst ein Antrag angenommen, zwei Mitglieder auszuschließen und die Branchenleitung beauftragt, das weitere zu veranlassen. Hierauf entspinnt sich eine lebhafte Debatte über das Referat des Genossen v. Elm. Sämtliche sich an der Debatte beteiligten Redner verurteilen scharf die Ausführungen v. Elms. Vor allen Dingen hätte v. Elm in Anbetracht dessen, was uns bei jeder Gelegenheit, wo es sich um Einführung von Wahlrechten usw. handelt, von unseren Gegnern über die Urteilsfähigkeit der Massen vorgehalten wird, sich etwas vorsichtiger ausdrücken müssen. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

> „Die am 14. Dezember tagende Versammlung der Kohlen-Akkordschauerleute kann sich mit den Ausführungen des Genossen v. Elm, soweit sie die Urteilsfähigkeit der Massen betreffen, durchaus nicht einverstanden erklären. Die Ausführungen gehen darauf hinaus, den Massen, wenigstens der großen Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder, jegliche Urteilsfähigkeit abzusprechen. Unserer Ansicht nach hängt eine gedeihliche Entwicklung einer Organisation nur davon ab, wenn auch den Mitgliedern ein freies Mitbestimmungsrecht erhalten bleibt."

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Hamburg. Branche Frucht- und Eierarbeiter. Mitgliederversammlung am 14. Dezember. Die Versammlung war von zirka 60 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Köhler ein Schreiben der Ortsverwaltung Hamburg I, in welchem diese ihn aufforderte, infolge vorgekommener Differenzen mit seinem Arbeitgeber, seinen Posten als erster Branchenleiter niederzulegen. Nachdem der Redner der Versammlung die Angelegenheit erörtert hatte, beschloß dieselbe einstimmig, ihn bis zur Neuwahl im Monat Februar auf seinem Posten zu belassen. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab Southeim; er wies besonders auf die Ausführungen der Kinderschutzkommission hin und forderte die Anwesenden auf, diese Sache zu unterstützen. Sodann wurde beschlossen, in Februar oder März in den oberen Räumen des Gewerkschaftshauses ein Wintervergnügen abzuhalten. Als Festkomitee wurden gewählt: Eggers, Weinstrauch, F. Saß, Southeim und Schilling. Hierauf wurde das von einer Kommission ausgearbeitete neue Arbeitsnachweis-Reglement zur Diskussion gestellt. Die einzelnen Paragraphen wurden durchberaten und mit geringen Abänderungen wurde das ganze Reglement der Ortsverwaltung zur Genehmigung überwiesen. Es handelte sich bei diesem Reglement hauptsächlich um die Einführung des Branchenstempels. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß dieser Stempel nur in den Mitgliederversammlungen ausgegeben wird. Im Januar findet keine Versammlung statt; die nächste Versammlung ist am Mittwoch, den 8. Februar 1911. Das Wintervergnügen findet am Sonnabend, den 4. März 1911, im Gewerkschaftshaus, oberer Saal und Wandelhalle, statt.

Heide i. H. In der Generalversammlung am 10. Dezember erstattete der Vorsitzende den Kartellbericht. Als Versammlungslokal wurde das Lokal des Herrn V. Off gewählt. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: Bevollmächtigter: Wahlendieck, 2. Bevollmächtigter: C. Nissen, Kassierer: G. Off, Schriftführer: J. Rohwedder, 2. Schriftführer: A. Schmeckel; Neumann und Krämer: Revisoren. Aufgefordert wurde zu reger Entnahme der Baufondsmarken für das eigene Heim. Da hier nur die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" Arbeiterinteressen vertritt, sollen die Kollegen nur diese Zeitung abonnieren. Zu wünschen ist ferner, daß sich die Kollegen noch fleißiger als bisher der Agitation für den Verband widmen und auch die Versammlungen regelmäßig besuchen.

Heppens. Eine öffentliche Transportarbeiterversammlung fand hier statt. Das Thema lautete: „Rüstungen und Gegenrüstungen im wirtschaftlichen Kampfe." Referent war ein Verbandssekretär aus Berlin. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß die Zeiten für die Arbeiterschaft sehr ernst seien. Regierung und Parlament versuchen, die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft mit Hilfe der Gesetzgebung wehr- und waffenlos dem Unternehmertum auszuliefern. Leider stehe der Kampf im eigenen Lager dem erfolgreichen Vorwärtsdringen der Arbeiterschaft auch noch hemmend gegenüber, während die Organisationen der Unternehmer geeint dastehen. Auch die Schlaffheit und Trägheit im eigenen Lager sei ein Hemmnis, das überwunden werden müsse. Weiter wird auch von den Arbeitern die Unternehmerbewegung leider zu wenig beachtet und daher werden in den wirtschaftlichen Kämpfen falsche Schlüsse gezogen. Wir müssen auch erkennen lernen, wie es mit unserer Klassenlage bestellt ist, müssen unsere Chancen im wirtschaftlichen Kampfe erkennen und dann handeln, wie es sich für ihrer Handlung bewußte Männer geziemt.

Der „oben" gut angeschriebene bürgerliche Nationalökonom und Schriftsteller Prof. Schmoller hat sich über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung folgendermaßen ausgelassen:

„Es gibt nur eine Wahl: entweder man drückt die ganze Arbeiterschaft auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab — und das ist unmöglich — oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, gibt ihr Gelegenheit zur geistigen und körperlichen Ausbildung und räumt ihr in sozialen Fragen den nötigen Einfluß ein. Die Arbeiterschaft hat die Regierung und die besitzende Klasse erst an ihre soziale Pflicht erinnert. Die selbstbewußten Organisationen sind eine Kulturerrungenschaft der unteren Klassen der Menschheit."

Diese Sätze stehen im strittesten Gegensatz zu den jetzigen scharfmacherischen Bestrebungen des Parlaments und der Regierung. Schmoller hat ein Programm entwickelt, das auch gewisse Werftgewaltige beachten sollten.

Die Unternehmer betrachten die Arbeiter fast durchweg noch als Hörige. Sie wollen nicht, daß dem Arbeiter ein demokratisches Mitbestimmungsrecht in Lohn- und Arbeiterfragen eingeräumt wird. Sie wollen „Herr im Hause" sein. Die Arbeiter aber wollen eine höhere Bewertung ihrer Arbeitskraft und Arbeitsleistung, um als Menschen anständig leben zu können. Dem gegenüber schreit der Kapitalismus nach Billigkeit der Arbeitskraft. Dumm, gefügig, billig und willig soll der Arbeiter sein. Dagegen lehnen sich die Arbeiter auf im Interesse der Kultur und der Menschheit.

Neben ausreichendem Lohn fordern die Arbeiter weiter eine geregelte Arbeitszeit und einen höheren Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit, denn durch Krankheit wird die Arbeitsfähigkeit eingeschränkt und Elend und Kummer ziehen in das Arbeiterheim ein. Demgegenüber stimmen die Unternehmer ein Klagelied an, über die „hohen sozialen Lasten", und die Scharfmacher haben in letzter Zeit wieder besonders hervorgehoben, es sei auf diesem Gebiete genug getan. Die Ausgaben für die soziale Gesetzgebung sind aber doch nur Produktionskosten, die die Konsumenten tragen. Die Arbeiter wollen auch Erweiterung der Freiheiten; die Unternehmer hingegen schreien nach Knebelgesetzen!

So entwickelt sich der Klassenkampf: Arbeiter und Unternehmer stehen sich in ihrer Interessenvertretung schroff gegenüber. Tief bedauerlich ist, daß sich trotz alledem auch noch die Arbeiter unter sich gegenseitig zerfleischen und streiten um Begriffe und Worte, während rings um sie die Welt voller Feinde ist.

Wie pariert nun die Arbeiterschaft die Bestrebungen ihrer Feinde? Das kann nur geschehen durch die Organisation, wobei es nicht darauf ankommen kann, ob der Gewerkschaft oder der Partei der Vorrang gebührt. Karl Marx sagt, daß der Arbeiter durch den ökonomischen Kampf von selbst zum Sozialismus getrieben wird. Im wirtschaftlichen und sozialen Leben ist die Arbeiterschaft den wütenden Elementen preisgegeben. Die Organisationen bieten da Schutz, wie das Schiff im tosenden Meer. Die Arbeiterschaft hat einen harten und schweren Kampf auszufechten, Es ist falsch, wenn Arbeiter meinen, es gehe auch ohne Kampf ab. Die Organisationen verteidigen das Recht der Arbeiter mit aller Konsequenz; die Unternehmer hingegen sind der Ansicht, daß diesen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse. Das ist der Klassenkampf, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Die Unternehmer schließen sich zur Bekämpfung der Arbeiterschaft national und international zusammen, schmieden auf internationalen Konferenzen ihre Pläne, schaffen national und international Streikbrecherorganisationen, gründen sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, als Arbeiterzwangsjacken und untergraben das Vertrauen der Arbeiter zu den Organisationen und deren Leitungen systematisch, benützen die Klinke der Gesetzgebung zu Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft, wenden Arbeitsnachweis, schwarze Listen an, züchten Schmarotzer und gelbe Arbeiterorganisationen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die letzteren unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse auch einmal zu der Einsicht kommen werden, daß sie schmählich mißbraucht

worden sind und daß sie an die Seite der kämpfenden Arbeiter gehören.

In den Arbeiterorganisationen gilt es aufzuklären; ein jedes Mitglied muß ein Agitator werden. Auch muß Aufklärung geschaffen werden nicht nur über berufliche Angelegenheiten, sondern über das ganze soziale Leben, über den Zusammenhang zwischen Kapital und Arbeit, über Besitz und Besitzlosigkeit, über die Notwendigkeit des politischen Klassenkampfes und so weiter. Neben der Gewerkschaftspresse muß auch die Parteipresse gelesen werden, neben den gewerkschaftlichen Versammlungen müssen auch die politischen besucht werden. Lassalle hat noch immer recht, als er bereits im Jahre 1862 sagte: Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen, und auch die verdammte Bedürfnislosigkeit.

Liegnitz. Mitgliederversammlung am 23. November. Der Kartellbericht wurde zur Kenntnis genommen. Aus der Abrechnung der Kartellkasse ist hervorzuheben, daß die Einnahmen 1092,14 Mk., die Ausgaben 537,74 Mk. betrugen. Das Gewerkschaftsfest brachte einen Ueberschuß von rund 252 Mk. Gegen das einseitige Eingreifen der Polizei bei Lohnkämpfen soll beim Magistrat Einspruch erhoben werden. Der ausgeschlossene Kollege Schwede wurde in geheimer Abstimmung wieder in den Verband aufgenommen. Die hiesigen Barbiere Kopale, Wiesing, Letzner und Wirbs haben bei der Stadtverordnetenwahl für die Gegner gestimmt und verzichten also auf die Arbeitergroschen. — Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab: Ortskassenbestand 543,97 Mk. An die Hauptkasse gesandt in Quittungen 331,09 Mk., in bar direkt 1338,46 Mk., zusammen 1669,55 Mk. Aufgenommen wurden im Laufe des 3. Quartals 56 männliche erwachsene und 2 jugendliche Mitglieder. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab: Einnahme 311,70 Mk., Ausgabe 244,60 Mk.; Ueberschuß 67,10 Mk. Betreffs Vergrößerung der Bibliothek wurden von der Versammlung 40,— Mk. bewilligt. Die mangelhafte Beteiligung bei der Beerdigung eines Kollegen wurde seitens des Kollegen Eitner scharf gerügt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten war Schluß.

München I. Sektion der Einkassierer. In der am 15. d. Mts. stattgehabten gut besuchten Generalversammlung gab Kollege Schmidt den Jahresbericht. In kurzer, klarer Uebersicht führte derselbe den Kollegen das an Arbeit und Erfolg reiche, verflossene Jahr vor Augen. Im Bewußtsein, daß uns ein schwerer Kampf, die Erneuerung des am 1. Juni zum Ablauf kommenden alten Tarifs, bevorstehe, drängte die Kollegen zu verschärfter Agitation, um auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Es war auch nötig! Geschlossener als je standen die Prinzipale der Kreditgeschäfte in ihrer Vereinigung und lehnten jede Verhandlung mit der Organisation ab. Erst die von den Einkassierern solidarisch durchgeführte dreiwöchentliche passive Resistenz belehrte sie eines besseren und kam es am 17. Juni d. J. zu einem für die Einkassierer erneuten günstigen Tarifabschluß auf die Dauer von drei Jahren. Es war jedoch kurze Zeit darauf schon wieder notwendig, in vier Fällen das Schiedsgericht des Kaufmannsgerichts anzurufen; in einigen Fällen waren persönliche Vorstellungen oder Zuschriften notwendig, dem neu abgeschlossenen Tarifvertrag teilweise Geltung zu verschaffen, teilweise Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Wir ersehen hieraus, daß der Friede nur durch ständige Wachsamkeit und Solidarität der Kollegen gesichert ist.

Zur Aufklärung, Agitation, Stellungnahme zur Lohnbewegung usw. waren 12 Sektions-, 3 außerordentliche, 1 kombinierte, 1 Vertrauensmänner- und 18 Betriebsversammlungen nötig. 8 Ausschuß-, 4 Agitationskommissions-, 3 Sonntagsruhekommissions-, 3 kombinierte und 2 Lohnkommissionssitzungen dienten als Vorarbeit hierzu. 6000 Flugblätter und zeitweise kurze Artikel in der Arbeiterpresse waren der Kontrolle der Einkassierer durch das kaufende Publikum gewidmet und sind auch bereits einige Erfolge hierdurch zu verzeichnen. Doch kann gerade in diesem Punkte noch viel mehr getan werden, wenn erst die gesamte organisierte Arbeiterschaft über den wahren Sachverhalt aufgeklärt ist. Kein unorganisierter Einkassierer könne dann mehr gehen. Die nach der Einkassiererkonferenz kräftig einsetzende Betriebsagitation führte die größere Anzahl der bei Singer u. Co. beschäftigten Kollegen der Organisation zu, so daß sich die Mitgliederzahl der Sektion der Einkassierer von 105 am Schlusse vorigen Jahres auf 128 am Schlusse des heurigen Jahres erhöhte. Im ganzen hat uns das verflossene Jahr wieder ein gutes Stück vorwärts gebracht; doch dürfen wir uns deshalb nicht der Ruhe hingeben, — denn Stillstand wäre Rückschritt. Vorwärts zu neuen Erfolgen, muß unsere Losung sein! Hiermit schloß Redner seine Ausführungen unter allgemeinem Beifall. — Hierauf folgte die Neuwahl der Sektionsleitung und wurde als solche mit Stimmenmajorität gewählt: Leiter: Fritz Schmidt, 2. Leiter: Anton Heigl, Schriftführer: Hans Wagner, Beisitzer: Jos. Link und Mich. Kiener. Nachdem noch einstimmig beschlossen wurde, die Sektions-Monatsversammlungen nur mehr durch die „Münchener Post" einzuladen, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß jeder Kollege auch Leser und Abonnent dieses Arbeiterblattes werden solle, die schön verlaufene Generalversammlung.

Schmiedeberg. In der letzten Mitgliederverversammlung wurde der Kartellbericht gegeben und zur Kenntnis genommen. Für den Konsumverein soll eine Hausagitation vorgenommen werden. Die Lokale „Zum Stollen", Schlüssel und Schreibers Hotel sind von den Kollegen streng zu meiden. Nur wenn diesem Beschlusse allseits nachgekommen wird, ist es möglich, für uns Lokale zu erkämpfen. Nach Erledigung einiger Internas trat dann Schluß der Versammlung ein.

Theissen. In der Mitgliederversammlung am 12. Dezember referierte der Bevollmächtigte über Verbandsangelegenheiten und wurden seine Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen. Dann wurde über das Fahrverbot auf verschiedenen Wegen gesprochen und an diese Verbote die entsprechende Kritik geknüpft. Die Kollegen wurden verpflichtet, wenigstens je ein neues Mitglied dem Verbande zuzuführen und nicht eher zu ruhen, bis mit dem Indifferentismus der Berufskollegen am Orte aufgeräumt ist.

Allgemeines.

Alkohol- und Nikotinvergiftung der Kinder. Daß der Alkoholgenuß und das Tabakrauchen für Kinder unter allen Umständen, auch wenn es in den mäßigsten Grenzen geschieht, ungemein schädlich ist, darüber besteht kein Zweifel. Wie fast allgemein aber noch die Unvernunft der Eltern ist, ihren Kindern regelmäßig alkoholhaltige Getränke zu verabreichen, zeigen die Erfahrungen der Schulärzte. Der Stadtarzt Dr. Stark-Fürth hat, wie er in der Nr. 6 der Zeitschrift „Der Schularzt" mitteilt, bei 1255 Knaben in Fürth Untersuchungen vorgenommen und gefunden, daß nur 117 = 9,3 pCt. der Kinder keinen Alkohol genießen, die übrigen 1138 = 90,7 pCt. erhalten täglich oder doch häufiger Alkohol, ja einzelne Knaben von zehn bis zwölf Jahren fallen ihren Lehrern nicht selten (namentlich Montags) durch schlechte Auffassung, müdes und schlaffes Benehmen auf, eine Erscheinung, die auf den Alkoholgenuß am Tage vorher zurückgeführt wird. — Nicht viel weniger schlimm ist es in Magdeburg, wo ein Schularzt feststellte, daß von den von ihm untersuchten Kindern 87,7 pCt. öfters Alkohol zu sich nehmen.

Auch dem Nikotin wird in den Volksschülerkreisen stark gehuldigt. Der Magdeburger Arzt fand, daß von 742 von ihm untersuchten Kindern 306 = 41,2 pCt. Zigaretten und Zigarren rauchten. Die Erhebungen in Fürth ergaben, daß von den 1255 Kindern nicht weniger als 685 = 54,5 pCt. bereits geraucht haben. Wenn hierunter auch mancher A-B-C-Schütze sich befand, der nur zum Spaße einmal ein paar Züge rauchen durfte, so sind von den Klassenlehrern dem Arzte doch auch Knaben von 11—13 Jahren direkt als Gewohnheitsraucher bezeichnet worden. Am schlimmsten ist die Nikotinvergiftung der Kinder in Holland. Die dort angestellten Erhebungen, welche sich auf 24789 Knaben erstreckten, ergaben, daß 25 pCt. dann und wann, 17 pCt. aber regelmäßig rauchen, während 2 pCt. sogar regelmäßig Tabak kauen. Von 5689 Knaben im Alter von 5 bis 7 Jahren rauchen dort 1162 = 21 pCt. manchmal und 415 = 7 pCt. regelmäßig! „Sie werden als stumpfsinnig und unaufmerksam geschildert, sind die schlechtesten Schüler der Klasse und schreiben schlecht, mit zitternder Hand." Es können die Eltern nicht dringend genug ermahnt werden, ihren Kindern keine alkoholhaltigen Getränke zu verabreichen und sie am Rauchen zu verhindern, da beides auf das Nervensystem der Kinder einen unheilvollen Einfluß hat und deren Gesundheit oft zeitlebens schädigt.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 11. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Wasser am Halse. — Die sozialistischen Stimmen bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. — Der Bankrott der polnischen Ansiedelungspolitik. Von Emil Caspari (Kattowitz). — Die Beurteilung der Produktionsbedingungen der deutschen Textilindustrie bei wirtschaftlichen Kämpfen. Von H. Krätzig. — Bürgerliche Jugendausschüsse. Von Paul Schiller (Charlottenburg). — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von R. Woldt. — Literarische Rundschau: Dr. Käthe Lux, Studien über die Entwicklung der Warenhäuser in Deutschland. Von J. Karski. Frau Dr. B. Farbstein, Die Ziele der Frauenbewegung. Von Therese Schlesinger. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Protokoll des 5. Internationalen Holzarbeiterkongresses am 5. und 6. September 1910 zu Kopenhagen. Ausgabe in deutscher Sprache. Berlin 1910. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis pro Exemplar 50 Pfennig.

Der Vertrauensmann. Die Tätigkeit der Werkstattvertrauensmänner im Deutschen Holzarbeiter-Verband. Eine Anleitung, herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin 1910. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. Preis pro Exemplar 30 Pf.

Falsche Einladung von Gästen zu Vereinslustbarkeiten. Wohl alle Vereine lassen an ihren Festlichkeiten auch Nichtmitglieder teilnehmen, verfahren aber bei ihren Einladungen oft recht unvorsichtig. Die unangenehme Folge ist häufig eine polizeiliche Bestrafung sämtlicher Vorstandsmitglieder. So müssen wir heute von einem Verein berichten, dessen 4 Vorstandsmitglieder mit je 20 Mk., insgesamt also mit 80 Mk. Polizeistrafe belegt wurden, weil die Festlichkeit des Vereins durch Zulassung „nicht ordnungsmäßig geladener Personen" in eine öffentliche Lustbarkeit umgewandelt war. Derartige Strafen, die immer ein großes Loch in die Kasse des Vereins bezw. des Bestraften reißen, lassen sich indessen leicht vermeiden. Der Vorstand beachte nur die ausführlichen Weisungen über die richtige Form der Einladung von Gästen in Emil Müllers neuem Buche: „Die Vereins- und Versammlungs-Polizei", welches anstelle seines inzwischen veralteten Buches: „Die Privatvereine", getreten und 200 Seiten stärker ist als dieses. In dem Abschnitte: „Gäste bei Vereinslustbarkeiten" findet man Aufschluß über folgende Fragen: A. Zulässigkeit von Gästen. B. Wer ist ordnungsmäßiger Gast? C. Familienangehörige, weibliche Personen und Kinder als Gäste. D. Einladungen ganzer Vereine in korpore. E. Richtige und falsche Form der Einladung. F. Zulässige Anzahl der Gäste. G. Eintritts- und Tanzgeld von Gästen. H. Verschleiertes Eintrittsgeld, Programm- und Garderobengeld. I. Unentgeltliche Zulassung fremder Personen; Zutritt als Zuschauer. K. Bewirtung der Gäste durch den Verein. L. Jugendliche Personen bei Vereinslustbarkeiten. Ueberhaupt ermöglicht das neue Buch, welches in erster Linie für den Nichtjuristen geschrieben ist, die sofortige Prüfung der Gesetzmäßigkeit behördlicher Strafen, Beschränkungen, Stempel- und Lustbarkeits-Steuerforderungen gegen Vereine. Wir können seine Anschaffung nur empfehlen. Preis 4,— Mk. und 35 Pf. Porto, bei Nachnahme 4,55 Mk.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob" ist soeben 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir:

Bilder: Eine schöne Bescherung. Von Erich Schilling. — Ein Gruß aus der jüngsten Republik. — Der Weihnachtsengel. Von Emil Ert. — Matthäi am Letzten. Von M. Engert. — Vorder- und Hinterhaus. Von P. Thesing. — Aus dem gesegneten Bayernlande. Von M. Engert. — Agrarisch ist Trumpf! Von M. Vanselow. — Verkehrte Rechnung. (Mit Gedicht.) Von H. G. Jentzsch. — Die Wirkung einer Kaiserrede. Von M. Vanselow. — Moderne Rechtspflege. Von M. Vanselow. — Standesbewußtsein. Von R. Rost.

Text: Weihnachten. Von Lehmann. — Der Scharfmacher. Von P. E. — Fazit. — Bismarck Nr. 2. — Bürgerstolz. — Die neueste Bekanntmachung. — Weihnachtsgaben. (Nach Hans Hopfen.) — Berliner Polizei. — Hofjagd. Von P. E. — Lieber Jacob! Von Jotthilf Rauke. — Die Memoiren eines Tannenbaums. Von Alfred Scholz. — Weihnachten auf der Landstraße. Von August Wysock. (Mit Illustrationen von M. Vanselow.) — Christbescherung. Von C. Leopold. — Moabiter Volkslied. Von Balduin. — Stark, stolz und frei! — Jagows Notruf. Von Tobias. — v. Below-Pleitenburg an v. Arnim-Schnodderheim. — Weihnachts-Elegie. Von A. T. — Die Menüs des Fabrikanten. Von R. W. Usw.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 6. des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Philisterweisheit vor dem Reichstag. — Weihnacht. Von B. Selinger. — Die Beschlüsse der Reichsversicherungsordnungskommission in erster Lesung: II. Die Leistungen der Versicherung. Von gh. — Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit. IV, V und Schlußsätze. Von Dr. A. Lipsius. — Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel. III. Von A. Th. — Weihnachtsklänge. Von Mary Preiß. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Ein Kursus zur Einführung der Arbeiterinnen in die Gewerbeordnung in Nürnberg. — Jahresbericht der Genossinnen des 4. sächsischen Wahlkreises. — Anna Sachs †. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Das Ende des Streiks in der Bielefelder Wäscheindustrie. Von N. N. — Notizenteil: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Aemtern. — Frauenbewegung. — Literarisches.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Freiheit — Handeln. Von Gottlieb Fichte. — Aus der Geschichte unseres Hausrats. II. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Tiermilch und Menschenmilch. Von M. Kt. — Reformkleid aus einem Stück. Von gd. — Feuilleton: „Nur leider." Von Lord Byron. — Weihnachten unter dem Zepter des Zaren. Von Jean Kurländer.

Für unsere Kinder: In der Winternacht. Von F. W. Weber. (Gedicht.) — Trudchens Traum. Von Ernst Preczang. — Der Falke. Bretonisches Volkslied, übersetzt von Ludwig Pfau. (Gedicht.) — Ein Weihnachtsabend in der Provence. Von Frederi Mistral. — Ohne Baum. Von Emma Dölitz. (Gedicht.) — Als ich Weihnachtsengel war. Von Anna Mosegaad. — Im Winter. Von Viktor Blüthgen. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortl. Redakteur: Carl Lindow, Karlshorst.
Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H.
Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.